

**Schleswig-Holsteinischer Landtag
14. Wahlperiode**

Plenarprotokoll 14/10

**10. Sitzung
Kiel, Mittwoch, 25. September 1996**

Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 02.10.96

Tagesordnung:

Aktuelle Stunde

„Auswirkungen des Wachstums- und Beschäftigungsgesetzes auf den Reha-Standort Schleswig-Holstein“

Antrag der Fraktion der SPD

Rolf Schroedter (SPD)
Uwe Eichelberg (CDU)
Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Gerhard Poppendiecker (SPD)
Thomas Stritzl (CDU)

„Position der Landesregierung zur Ausbildungsabgabe“

Antrag der Fraktion der CDU

Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Ulrike Rodust (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)
Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr
Martin Kayenburg (CDU)

Gemeinsame Beratung

a) Regierungserklärung zum Thema „Kernkraftwerk Krümmel“

b) Aufklärung der Vorwürfe um den Reaktordruckbehälter des Kernkraftwerkes Krümmel

Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD

Drucksache 14/232

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie
Dr. Ottfried Hennig (CDU)
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Peter Gerckens (SSW)
Reinhard Sager (CDU)
Konrad Nabel (SPD)
Karl-Martin Hentschel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)
Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/232

Gemeinsame Beratung

a) Entschließung zur Fallkontrollstudie in der Elbmarsch

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/229

b) Neuorientierung in der Leukämieursachenforschung

Antrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/233

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/273

Konrad Nabel (SPD)

Reinhard Sager (CDU)

Dr. Adelheid Winking-Nikolay (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beschlüsse: Annahme der Anträge Drucksachen 14/229 und 14/273

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/212

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Sabine Schröder (SPD)

Angelika Volquartz (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anke Spoorendonk (SSW)

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Beschluß: Überweisung an den Bildungsausschuß

Gemeinsame Beratung

a) Bericht des Landtagspräsidenten gemäß § 28 des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten

Drucksache 14/254

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, der CDU, der F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk und Peter Gerckens (SSW)

Drucksache 14/271

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident

Holger Astrup (SPD)

Meinhard Füllner (CDU)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (F.D.P.)

Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/271 an den Innen- und Rechtsausschuß

* * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Dr. Ekkehard Wienholtz, Innenminister

Angelika Birk, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

Beginn: 10.03 Uhr

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 5. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Erkrankt sind die Abgeordneten Frau Franzen, Frau Küstner und Herr Zahn - er ist erfolgreich operiert. Ich wünsche allen dreien auch in Ihrem Namen gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Herr Minister Gerd Walter.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln:

Zu den Tagesordnungspunkten 3, 29, 31, 32 und 37 ist eine Aussprache nicht geplant. Auch Tagesordnungspunkt 36 sollte ursprünglich ohne Aussprache behandelt werden; die Fraktionen haben sich verständigt, diesen Punkt von der Tagesordnung abzusetzen und auf der nächsten Tagung in ordentlicher Aussprache zu behandeln.

Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 2 und 19 - Kernkraftwerk Krümmel -, die Punkte 5 und 39 - Änderung des Abgeordnetengesetzes -, die Punkte 16 und 20 - Fall-Kontroll-Studie zur Leukämieursachenforschung -, die Punkte 22 und 26 - Förderung der friesischen Sprache - sowie die Punkte 27 und 40 - Zusammenarbeit im Ostseeraum. Ferner haben sich die Fraktionen darauf verständigt, Punkt 18 von der Tagesordnung abzusetzen.

Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 5. Tagung. Fragen zur Fragestunde liegen nicht vor.

Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18.00 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich begrüße unsere Besucher auf der Tribüne.

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde

mit dem von der Fraktion der SPD beantragten **Thema** „Auswirkungen des Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetzes auf den Reha-Standort Schleswig-Holstein“.

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Rolf Schroedter.

Rolf Schroedter [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor nur wenigen Tagen ist das **Gesetz für mehr Wachstum und mehr Beschäftigung** in Bonn verabschiedet worden

(Beifall des Abgeordneten
Thorsten Geißler [CDU])

- wir werden gleich prüfen, inwieweit es in Schleswig-Holstein konkret zu mehr Beschäftigung führt -, und wir haben uns heute mit den **Auswirkungen** der Kürzungen im Bereich der **medizinischen Rehabilitation** zu befassen. Da ist insgesamt festzuhalten, daß dieses Gesetz mit seinen Kürzungen dem Land Schleswig-Holstein als

Adresse Nummer 1 bei der Gesundheit und als Adresse Nummer 1 beim Fremdenverkehr Schaden zufügt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Nach Schätzungen des Sozialministeriums sind 2000 **Arbeitsplätze** im Bereich der medizinischen Rehabilitation in unserem Land gefährdet; 3000 Reha-Betten sind berührt. Nach Schätzungen der LVA fallen von 1996 bis 1997 52 Millionen DM Reha-Leistungsmittel weg. Das ist etwa ein Viertel des gesamten Aufkommens im Bereich der LVA. Hinzu kommt ein Arbeitsplatzabbau im Bereich der **Zuliefer- und Ergänzungsbetriebe**. Summa summarum - so schätzt das Sozialministerium vorsichtig - ist mit einem Kaufkraftverlust von 140 Millionen DM zu rechnen.

Das Gesetz für mehr Wachstum und Beschäftigung schafft in diesem Fall nicht mehr, sondern Minuswachstum und baut Arbeitsplätze in unserem Lande ab.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Natürlich sind Umstrukturierungen im Bereich der Rehabilitation und im Bereich des Kurwesens erforderlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Aha!)

Aber niemand hat Zeit für eine sorgfältige und sanfte Umstrukturierung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Deshalb machen wir auch eine
Aktuelle Stunde dazu!)

Ich begrüße, daß sich die Sozialministerin rechtzeitig mit den Kassen und den Verbänden zusammengesetzt hat und ein Dialog aufgenommen worden ist, mit dem Ziel, die Folgen zu mindern und zu einer

Umstrukturierung im Interesse der verschiedenen Regionen und im Interesse von mehr Arbeit für Schleswig-Holstein zu kommen. Frau Ministerin Moser, vielleicht hören wir ja in der heutigen Aktuellen Stunde schon das eine oder andere Zwischenergebnis.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das
wäre schön!)

Die SPD hat in den letzten Monaten in diesem Hause immer wieder auf die produktiven Aspekte von Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen hingewiesen. Wir sind dafür eher ausgelacht worden nach dem Motto, jede Mark Ausgabe im Sozialwesen sei quasi verschenkt.

(Widerspruch bei CDU und
F.D.P.)

Jetzt zeigen sich die produktiven Aspekte, und jetzt zeigen sich die verschiedenen Aspekte und die verschiedenen Facetten von Sozialwirtschaft.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir
sind hier nicht auf einem SPD-
Parteitag!)

Der Deutsche Bundestag und die Mehrheit des Deutschen Bundestages sind nicht virtuell, sondern sie sind zusammengesetzt aus realen Abgeordneten, auch aus **Schleswig-Holstein**. Auch die **Bundestagsabgeordneten** von CDU und F.D.P. sind von Bürgerinnen und Bürgern aus unserem Lande gewählt. Sie haben nach meiner Meinung nicht jeden Tag St. Florian zu spielen. Aber sie haben das Interesse unseres Landes wahrzunehmen, und sie haben auch Leistung für unser Land zu erbringen. Sie haben nicht mitzuwirken an einer offenen Schädigung des Landes als Gesundheitsadresse und als Adresse für den Tourismus und den Fremdenverkehr.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich rege an, daß diese Bundestagsabgeordneten ihre politische Verantwortung auch einmal in den Orten in Schleswig-Holstein wahrnehmen, in denen ganzjährig ein Kurbetrieb stattfindet. Ich rufe Ihnen zu: Gehen Sie einmal nach Malente, Plön oder Nordfriesland und treten Sie in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Beschäftigten und denjenigen in der Region an, die unter Strukturveränderungen zu leiden haben.

Die SPD-Landtagsfraktion sieht Parallelen zu anderen Bereichen der Konversion, obwohl natürlich diese Vergleiche immer hinken. Die SPD-Landtagsfraktion geht davon aus, daß alle Beteiligten mit tatkräftiger Unterstützung, Moderation und Engagement der Landesregierung Umstrukturierungen in diesem Bereich vorbereiten und mit allen anderen Akteuren im Interesse von mehr Arbeit und im Interesse der Zukunft des Reha-Standorts Schleswig-Holstein durchführen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU ist im Grunde genommen ganz dankbar, daß die SPD dieses Thema auf den Tisch gebracht hat; denn wir sind der Meinung, daß dieses Thema sehr deutlich zeigt, wie lange diese Landesregierung abwartet, um mit Strukturänderungen auf den Markt zu kommen. Die Entscheidung ist nicht erst in dieser Woche gefallen; sie bahnte sich schon seit sehr langer Zeit an. Wir hätten schon längst Maßnahmen ergreifen können. Also herzlichen Dank.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Lieber Herr Schroedter, wenn Sie so singular einzelne Einheiten volkswirtschaftlich betrachten, müssen Sie auf einem Irrweg landen; denn das **Gesamtkonzept der Kostendämpfung** ist volkswirtschaftlich zu sehen und besteht nicht nur allein aus Reha-Maßnahmen. Dennoch wissen wir alle - Sie haben es deutlich gemacht -, daß der **Reha-Standort Schleswig-Holstein** von besonderer Bedeutung für unsere Wirtschaft im Lande ist.

(Beifall der Abgeordneten
Monika Heinold [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN])

Neben Hessen haben wir die meisten fremden Bundesbürger, die bei uns kuren. Das ist ein Vorteil für unser Land.

90 Einrichtungen mit rund 12 000 Betten sind eine große Kapazität, die sich in den letzten Jahren aufgebaut hat.

(Ursula Kähler [SPD]: Was haben Sie denn die ganze Zeit gemacht?)

In den letzten Jahren haben sich aber auch die **Kosten** aufgebaut, die in der Bundesrepublik Deutschland um über 5 Milliarden DM, also um über 50 % allein in den letzten fünf Jahren, gestiegen sind. Sie können nicht behaupten, daß ein solcher Anstieg allein aus notwendigen medizinischen Gründen eingetreten ist. In diesem Bereich muß einfach etwas getan werden.

Keiner von den gesundheitspolitischen Damen und Herren in diesem Hause wird etwas dagegen haben, daß Menschen, die eine Rehabilitation notwendig haben, diese Rehabilitation auch in Zukunft schnell erfahren, um wieder in den Arbeitsprozeß oder in die Gesellschaft integriert werden können. Das ist ein volkswirtschaftlicher Vorteil.

Natürlich weiß jeder von uns, daß derartige Maßnahmen im Ausland nirgendwo von der Solidargemeinschaft bezahlt werden. Nirgendwo werden Arbeitnehmer von ihren Arbeitgebern für solche Maßnahmen freigestellt. Dennoch halten wir dies volkswirtschaftlich für richtig.

Lassen Sie uns nicht vergessen, daß schon 1981 gravierende Maßnahmen zur Kostendämpfung in diesem Sektor vorgenommen wurden. Die Maßnahmen sanken um 36 %. Trotzdem mußte keine einzige Stätte geschlossen werden, vielmehr sind weitere eröffnet worden.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sehr richtig!)

Meiner Meinung nach hätte es in den letzten zwei bis drei Jahren schon Aufgabe der Landesregierung sein müssen, sich nicht erst im August zu treffen, sondern vorher mit den Vertretern der Kassen, der Rententräger und natürlich mit denjenigen, die diese Heime in Schleswig-Holstein unterhalten, zu reden, um neue **Konzepte** zu entwickeln, die zukunftsgerichtete **Strukturen** aufweisen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Als erste Maßnahme hätte man wenigstens erreichen können, daß die über 70 % aus Schleswig-Holstein, die in andere Einrichtungen zu Kuren außerhalb von Schleswig-Holstein gehen, zunächst in unsere Heime gehen, bevor in Schleswig-Holstein Betten leerstehen.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn man gesund werden will, kommt es nicht darauf an, wo man sich befindet.

(Beifall bei der CDU - Holger Astrup SPD: Was soll das denn?)

Meine Damen und Herren, wir verlangen auch mehr **Flexibilität von den Kassen**; denn in der Vergangenheit ging es immer danach, welches Haus mit dem Rentenversicherungsträger einen Vertrag geschlossen hat. Dann können auch die Krankenkassen anfangen. Nein, wir meinen eher, der Leistungswettbewerb zwischen den Häusern muß mit neue Strukturen schaffen. Dazu gehört auch, daß die Krankenkassen einzelne singuläre Verträge mit den Häusern schließen können, so daß auch in diesem Bereich ein Wettbewerb im Lande aufkommt.

Ich verstehe immer noch nicht, weshalb beispielsweise die Rentenkassen heute Träger vieler Heime im Lande sind. Ich sehe darin einen großen Interessenkonflikt, der verhindert, daß sich neue Strukturen aufbauen. Der Qualitätsstandard unserer Häuser muß Zukunftschancen für unser Land und für die Rehabilitationsstätten bieten. Der Qualitätsstandard hat in anderen Bereichen Vorteile gebracht und wird es auch in diesem Bereich tun.

Wir wissen, daß eine Kostenreduzierung notwendig ist. Eine **Kostenreduzierung** ist auch in diesem Bereich machbar. Sie ist durch Umstrukturierungen so machbar, daß die Branche der Rehabilitationsstätten in Schleswig-Holstein eine Zukunft für alle hat und weiterhin ein Wirtschaftsfaktor in den Regionen sein kann.

Ich halte es im Grunde genommen für hanebüchen, wenn man den Bürgern nicht mehr zumuten kann, daß sie sich mit 25 DM pro Tag an den Pflegekosten in einer Rehabilitationsstätte beteiligen, da dies schließlich ein Aufwand ist, den man auch selbst zu Hause hat. Genauso halten wir es für vertretbar, wenn man zwei Tage seines Urlaubs für eine Kurwoche opfert. Das sind Maßnahmen, die vertretbar sind.

(Beifall bei der CDU)

Ich halte sie vor allen Dingen nicht für völlig überzogene Einschnitte in das Sozialsystem, wie Frau Ministerin Moser das dargestellt hat.

Ein Leistungswettbewerb in unseren Häusern bringt uns Vorteile und bringt auch Vorteile für unsere Kunden.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluß.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Jawohl.

Das neue Gesetz ist nicht nur eine Gefahr für unser Land, sondern bindet auch Zukunftschancen für produktive und ordentliche Stätten in unserem Land. Deshalb glaube ich, daß wir im Ausschuß darüber ausführlich reden müssen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Eichelberg, wenn Sie es schaffen, ein Nordseeklima im Harz zu erzeugen und umgekehrt, können wir über eine Genesung vor Ort sprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Das neue **Beschäftigungsförderungsgesetz** schafft es zumindest, uns zu beschäftigen. Wenn es so ist, daß 25 bis 30 % der Reha-Betten in Schleswig-Holstein abgebaut

werden sollen, ist das natürlich ein Thema, mit dem wir uns beschäftigen müssen. Eigentlich hatte ich gedacht, daß Sie mit diesem Gesetz Arbeitsplätze schaffen und nicht die Parlamentarier beschäftigen wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Neue **Rahmenbedingungen**, die Sie schaffen, werden natürlich dazu führen, daß **Standorte** gefährdet sind. Sie werden dazu führen, daß entweder in allen Kliniken gleichmäßig gekürzt wird oder daß einige Kliniken ganz geschlossen werden müssen. Das wird einige Standorte akut in Bedrängung bringen, da sich herausstellen muß, ob sie überhaupt noch wirtschaftlich zu führen sind.

Schleswig-Holstein trifft dies besonders empfindlich. Wir wissen das alle, da für Schleswig-Holstein die Reha-Standorte relativ große Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind. Die CDU, die sofort von einer Standortsicherung spricht, wenn es darum geht, die Legitimation dafür zu erbringen, daß 100 grüne Männer weiter durch die Büsche kriechen dürfen, kann an diesem Punkt Standortpolitik machen und sich dafür einsetzen, daß Infrastrukturmaßnahmen der Standorte nicht gefährdet sondern erhalten bleiben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Beschäftigungsförderungsgesetz der CDU führt zu dem, was wir schon immer befürchtet haben, nämlich daß Arbeitsplätze abgebaut werden. In diesem Fall helfen auch keine Schlagworte wie Kreativität, Umwandlung dieser Kliniken in touristische Maßnahmen oder Gesundheitsmarketing, sondern es muß sehr genau hingesehen werden, wer diese Reha-Kliniken braucht und welches Ziel diese Maßnahmen eigentlich haben. Es geht nicht um Beschäftigungstherapien für irgendwelche Leute.

Es wurde erwähnt, daß es die 25 DM pro Tag nicht sein können, die die Menschen davon abhalten, Reha-Maßnahmen in Anspruch zu nehmen. Das ist aber nicht das einzige, was den Betroffenen aufgedrückt wird. Es ist nicht „nur“ der Urlaub, den sie teilweise dafür opfern sollen, sondern es ist vor allem die verminderte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die hinzukommt. Es entstehen also für die Reha-Maßnahmen minus 20 % beim Gehalt und zusätzlich 25 DM pro Tag. Ganz aktuell ist auch die Arbeitsplatzunsicherheit, die durch Reha-Maßnahmen entsteht. Denn eine neue Rechtsprechung erlaubt es inzwischen, Kündigungen mit chronischen Krankheiten zu begründen. Diejenigen, die Reha-Maßnahmen in Anspruch nehmen, sind meist von chronischen Krankheiten betroffen. Insofern entsteht ein ernsthaftes Problem.

Anscheinend zielt die CDU wieder einmal darauf ab, daß die finanziell Schlechtestgestellten hart getroffen werden. Denn die Arbeitsbedingungen derjenigen, die relativ wenig verdienen, sind oft deutlich schlechter als die Arbeitsbedingungen der **Besserverdienenden**. Die körperlichen und die psychischen Belastungen derjenigen, die wenig verdienen, sind oft sehr groß, und die Folge sind oft berufsbedingte Krankheiten. Das dürfen wir in dieser Diskussion nicht vergessen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sich die Regierung unterschiedliche Maßnahmen zusammenschustert, kann ich überhaupt nicht verstehen. Der Regierung kann nicht mehr unterstellt werden, daß sie ein Gesamtkonzept hat. Denn Konzepte, meine Damen und Herren von der Opposition, basieren auf Logik. Was ist denn das für eine Logik, wenn Sie auf der einen Seite von den Menschen erwarten, daß diese länger arbeiten, daß das Rentenalter nach hinten verschoben wird, und wenn Sie auf

der anderen Seite diesen Menschen die Grundlage entziehen, die sie dazu brauchen? Denn **Reha-Maßnahmen** haben den originären Auftrag, die Erwerbstätigkeit zu erhalten oder zu verbessern. Ohne diese Grundlage kann es nicht gelingen, Ihren Anspruch zu erfüllen, daß Menschen länger arbeiten, ganz abgesehen von dem, was dabei an Unsozialem entsteht. Dies wird dazu führen, daß Menschen früher verrentet werden. Die Kassen werden erneut belastet werden, und es wird ein neuer Druck entstehen, der sich dann wieder auf die Finanzierung oder Nichtfinanzierung von Reha-Maßnahmen auswirken wird. So ist dies ein Kreislauf, der uns nicht voranbringt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Eine letzte Sache noch. Die Opposition spricht ja gern davon, daß sie in die Zukunft sieht, daß sie Visionen hat und daß sie Dinge verankert, die zukunftsfruchtig sind.

(Beifall bei der CDU)

In diesem Zusammenhang haben Sie zwei entscheidende Dinge vergessen. Das erste ist: Die Bevölkerung wird älter, und eine Gesellschaft mit älter werdender **Bevölkerung** muß den Menschen, die älter werden, die Möglichkeit geben, mit diesem **Älterwerden** umzugehen und sich in Form von Kuren und Reha-Maßnahmen fit zu halten.

(Ursula Röper [CDU]: Wer verwehrt ihnen das denn?)

Denn die Menschen wollen ja nicht 40 Jahre im Stuhl verbringen, sondern aktiv am Leben teilnehmen. Dies muß den älteren Menschen auch zugestanden werden.

Das nächste ist aus Sicht der Grünen noch sehr viel brisanter: Es gibt immer mehr **chronische Krankheiten** aufgrund von **Umweltbelastungen**, und für die

Umweltbelastungen ist die CDU federführend verantwortlich.

(Meinhard Füllner [CDU]: Diese Legende erzählen Sie immer!)

Deshalb sollte sie sich über die zunehmenden chronischen Krankheiten und die Möglichkeiten, diese in Kur- und Reha-Kliniken zu bessern, ernsthaft Gedanken machen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich begrüße jetzt als Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer der Realschule Bad Schwartau. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, wenn wir uns heute über die Auswirkungen der Gesetze unterhalten, die in Bonn beschlossen worden sind, sollten wir zunächst einmal die unterschiedlichen **Rehabilitationsmaßnahmen** auseinanderhalten. Wenn man einfach vom „Reha-Standort Schleswig-Holstein“ spricht, so versteht das - ich habe das gestern mit Betroffenen telefonisch ausgelotet - ohnehin keiner.

Die Frage ist also erst einmal: Worüber sprechen wir? Sprechen wir über Kuren, oder sprechen wir über Rehabilitationsmaßnahmen? Sprechen wir über Anschlußheilbehandlungen, oder sprechen wir über andere Kuren?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Bevor wir das nicht sorgsam auseinanderhalten, können wir über den Sinn und Unsinn von geplanten Maßnahmen überhaupt nichts sagen.

Wenn ich das richtig verstanden habe, geht es heute um zwei Maßnahmen, nämlich einmal um die **Begrenzung der medizinischen Rehabilitation** in der Rentenversicherung und zum zweiten um das sogenannte Beitragsentlastungsgesetz. Die Kumulation - aber nur die Kumulation - dieser beiden Sparmaßnahmen führt in der Tat dazu - ich nenne jetzt einmal dieses Wort „Reha-Standort Schleswig-Holstein“ -, daß **Arbeitsplätze** und **Betriebe** gerade auch in Schleswig-Holstein hiervon betroffen sein werden. Das will ich überhaupt nicht bestreiten.

Die F.D.P. in Bonn - das will ich Ihnen auch sagen - hat zur medizinischen Rehabilitation in der **Rentenversicherung** einen **Stufenplan** vorgeschlagen, der eben nicht dazu führt, daß ohne den notwendigen Anpassungsprozeß ein radikaler Kurswechsel vorgenommen wird. Wir wollen vielmehr, daß in diesem Bereich über die nächsten fünf Jahre den Betrieben und damit natürlich auch den Arbeitnehmern die Möglichkeit gegeben wird, sich stufenweise anzupassen, weil sie wissen, was auf sie zukommt. Diese Haltung haben wir im übrigen auch schon in anderen Dingen sehr wohl vertreten. Bei jeder Forderung nach Subventionsabbau haben wir gesagt: Das geht nicht von heute auf morgen. Die betroffenen Betriebe, die betroffenen Arbeitnehmer müssen sich darauf einstellen können. Ich hoffe, daß dieser Stufenplan, der im einzelnen noch zu behandeln sein wird, verwirklicht werden kann.

Ich möchte noch etwas zu dem sagen, was meine Vorredner ausgeführt haben. Herr Eichelberg, ich will es deutlich machen: Auch wir sind selbstverständlich der Auffassung, daß unter der gegebenen Situation die **Verkürzung der Kuren**, die **Verlängerung des Intervalls** von drei Jahren auf vier Jahre

und die Zuzahlung - in der Regel jedenfalls, und nur für die Regel ist das vorgesehen - notwendig und auch erträglich ist. Natürlich - überhaupt keine Frage - wären wir alle dankbar, wenn wir das nicht hätten machen müssen.

Ich möchte noch aus § 23 des Beitragsentlastungsgesetzes zitieren. Dort heißt es nämlich nicht nur, daß diese eben angesprochenen Maßnahmen eingeführt werden sollen, sondern es wird auch ausgeführt, daß dann, wenn es aus medizinischen Gründen dringend erforderlich ist, die Verkürzung der Kuren auf drei Wochen nicht erfolgen soll. Ich glaube, es ist sinnvoll, dies so zu belassen. Wenn eine Kur dringend erforderlich ist, kann es nicht anders sein.

Meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Kollege Schroedter, Sie haben gesagt, wir hätten hier und anderswo immer wieder behauptet, jede Mark, die für den sozialen Bereich oder für die Gesundheit ausgegeben werde, sei falsch ausgegeben beziehungsweise unproduktiv. Das muß ich von dieser Stelle heute noch einmal mit Empörung von mir weisen. Ich habe auch in der letzten Legislaturperiode mehrfach an dieser Stelle gestanden und gerade hinsichtlich des sozialen Bereichs, aber auch hinsichtlich des **Pflegebereiches** immer wieder gesagt: Dies ist ein **Wachstumsmarkt**. Das ist völlig klar. Es gibt keinen Zweifel daran. Die Frage ist aber nicht, ob dies ein Wachstumsmarkt ist und ob die Mark richtig ausgegeben ist. Gefragt werden muß vielmehr: An welcher Stelle ist sie richtig ausgegeben, von wem wird sie ausgegeben, und wie ist sie umzulegen oder nicht umzulegen? Darüber unterhalten wir uns doch und nicht über die Frage, ob Gesundheit, Rehabilitation und ähnliches auch von der Bevölkerung als wichtiges Gut angesehen werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Lassen Sie mich ein letztes Wort dazu sagen. Frau Heinold, Prävention ist natürlich besser als **Heilung**. Das gilt nicht nur auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge. Aber wir sollten auch sagen, daß der einzelne Mensch Verantwortung dafür hat, daß er gesund bleibt, daß es nicht nur darum gehen kann, ihm Maßnahmen anzubieten, und daß wir im übrigen trotz der hervorragenden **Vorsorge**, die wir in Deutschland in den letzten Jahrzehnten aufgebaut und gehabt haben, keineswegs ein Volk geworden sind, das gesund ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Spoorendonk!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Eigentlich bin ich der Meinung, daß dieses Thema besser für einen Berichtsantrag als für eine Aktuelle Stunde geeignet ist. Aktuell ist aber doch, daß das **Bonner Sparpaket** jetzt beschlossene Sache ist. Dazu könnte man natürlich eine ganze Menge sagen. Schon der Name „Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung“ ist irreführend. Man könnte sogar von Vernebelungstechnik sprechen. Man könnte auch sagen, daß auch das Gesetz zur Beseitigung des Kündigungsschutzes so aufzufassen ist, weil dort vom „Arbeitsrecht“ und vom „Beschäftigungsförderungsgesetz“ die Rede ist.

Was für das Gesundheitswesen bleibt, sind **Einsparungen** und **Kürzungen**; diese Einsparungen und Kürzungen sind aber nicht dazu geeignet, im Gesundheitsbereich jetzt etwas Zukunftweisendes voranzubringen.

Kuren gehören zur Gesundheitspolitik unseres Landes; **Kurbetrieb** ist aber für Schleswig-Holstein auch ein **Wirtschaftsfaktor**. Wir hörten die Zahlen

heute morgen im Rundfunk: Die Zahl der Kurbetriebe wird um 25 % zurückgehen, 20 000 Betten - mindestens! - sind in Gefahr und damit insgesamt **Arbeitsplätze**. Jetzt kann man natürlich die Frage stellen - und das muß ich dann jetzt auch tun -: Was soll hier diskutiert werden, die Arbeitsplätze, die Wachstumsmöglichkeiten im Kurbetrieb oder auch der gesundheitspolitische Aspekt? Man muß das trennen, man muß sorgfältig argumentieren. Natürlich kann man auch behaupten, daß nicht alle Kuren sinnvoll sind, daß es Wildwuchs gibt; aber das sagen ja auch diejenigen, die mit den Beschlüssen im Gesundheitswesen zu tun haben, zum Beispiel die Kassen.

Wichtig ist, daß Kuren für die Wiederherstellung der Gesundheit entscheidend sind, daß Kuren für Arbeitnehmer viel teurer werden und daß sich das letztlich beißt. Da ist also ein neuer Ansatz gefragt, und so einen neuen Ansatz kann man mit dieser Politik nicht vorantreiben, mit einer Politik der Kürzungen, mit einer Politik der Einfallslosigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man könnte sich ja ohne weiteres vorstellen, daß es auch im **Gesundheitsbereich** eine Art **Konversionsprogramm** geben könnte. Vor dem Hintergrund des letzten Altenparlaments und des Landesaltenplans sehe ich viele Möglichkeiten dafür. Aber das muß vorbereitet werden. Dazu muß ein Konzept her. Die Gesundheitspolitik, wie sie uns im Moment vor Augen geführt wird, läßt das aber nicht zu.

Die Gesellschaft wird älter. Gefragt sind Reha-Maßnahmen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger. Da läßt sich viel machen, auch etwas, was für Schleswig-Holstein wirtschaftlich sinnvoll ist. Aber solange wir diese Art von Gesundheitspolitik mit einem Kostendämpfungsgesetz erleben - und das ist

dieses Gesetz ja -, kommen wir keinen Schritt weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Gefragt sind also neue Ansätze, neue Reformen. Erst dann können wir auch erkennen, wie wir wirtschaftlich im Bereich der Kurbetriebe in Schleswig-Holstein weiterkommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin Moser!

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit dem **gesundheitspolitischen Aspekt** beginnen. Der Bundesgesundheitsminister glaubt ja offenbar an die durchschlagende Wirkung von Vorsorge, denn er streicht für die Jahrgänge ab 1979 mit dem Hinweis auf die zahnmedizinische Prophylaxe den Anspruch auf Zahnersatz. Glaubt er nun wirklich daran, oder liegt hier eine Art Bewußtseinspaltung vor? Denn gleichzeitig streicht er - in Zusammenarbeit mit anderen - den Kranken- und Rentenversicherten ein Viertel ihres Anspruchs auf Vorsorge- und Rehabilitationsbehandlung. Er erhöht die Zuzahlung um das Doppelte - mehr als das Doppelte -, zwingt zur Anrechnung von Urlaubstagen und senkt das Übergangsgeld, um die Inanspruchnahme der Vorsorgeleistungen noch weiter nach unten zu drücken.

Wenn jedoch Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung der Gesundheit und der Arbeitskraft nicht mehr ausreichend angeboten werden oder aber nicht mehr in Anspruch genommen werden, dann steigen die Fehlzeiten in den Betrieben, dann steigt

die Notwendigkeit früher Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrenten.

Vor dem Hintergrund, daß der gesetzliche Grundsatz „Reha vor Rente“ gilt, daß die Rentenkassen entlastet werden sollen - wir sprechen täglich davon -, und vor allem in Verbindung mit der gleichzeitig beschlossenen Anhebung des Rentenalters - auch darauf wurde schon hingewiesen - liegt hier wahrlich ein Fall von Schizophrenie vor.

(Beifall bei der SPD)

Allein die Tatsache, daß die Unternehmen die Kosten aufgrund höherer Ausfallzeiten wenigstens teilweise durch Einsparungen bei der Lohnfortzahlung kompensieren können, paßt damit zusammen - insofern also nicht Schizophrenie, sondern Zynismus.

Gewollt sind **Einsparungen** im Bereich der **Krankenversicherung** von 860 Millionen DM und im Bereich der **Rentenversicherung** von 2,4 Milliarden DM. Aber dabei sind die erhöhten Kosten durch höhere Krankheitskosten, durch höhere Rentenausgaben nicht gegengerechnet, und erst recht sind nicht die Folgen gegengerechnet, die daraus entstehen, daß unsere Rehabilitationseinrichtungen und die Struktur, die wir haben, nicht nur quantitativ wegbrechen, sondern daß auch die mühsam erarbeiteten qualitativen Standards in der medizinischen Rehabilitation nicht zu halten sein werden. Dies ist uns von den Leistungserbringern in diesem Bereich bei unserem Fachgespräch in Malente noch einmal sehr deutlich gemacht worden.

Ich denke, das ist unverantwortlich, weil wir wissen, daß die Menschen bei steigender Produktivität und wachsender Komplexität des Arbeitsprozesses dringender denn je auf körperliche und seelische Regeneration angewiesen sind. Die Altersstruktur dieser Gesellschaft kommt noch hinzu.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wenn die Maßnahmen nun schon nicht wirklich und dauerhaft sparen, stellt sich die Frage: Schaffen sie denn wenigstens Wachstum und Beschäftigung? Bei dieser Frage kommen wir nun zu der ganz besonders ausgeprägten Schizophrenie, auf die schon hingewiesen worden ist.

Das Sparpaket zwingt die Rentenversicherer, Frau Aschmoneit-Lücke, allein die Rentenversicherung zu einer Reduzierung der Ausgaben - und zwar sofort - um 26 %. Von einem Stufenplan kann also nach diesem Gesetz nicht die Rede sein, wie Sie es eben dargestellt haben. 30 000 Betten kündigen heißt rechnerisch, 150 Kliniken zu schließen, das heißt 18 800 **Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer** zu entlassen. Aber vielleicht ist dies ja in Zeiten der Massenarbeitslosigkeit für eine Bundesregierung nur eine Kleinigkeit, sind diese 18 800 betroffenen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur Peanuts. Das muß ja wohl so sein, wenn man so etwas beschließt.

Schleswig-Holstein ist in höchstem Maße betroffen - auch das ist schon gesagt worden -; es ist nach Hessen der Standort mit den meisten **Einrichtungen zur medizinischen Rehabilitation**. Diese Einrichtungen sind nun nicht gleichmäßig über das Land verteilt, nein, sie liegen häufig genug in strukturschwachen Gebieten, wo man auf jeden Arbeitsplatz angewiesen ist. Das kommt ja noch hinzu.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2000 betroffene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ein Viertel der Betten, Kaufkraftverlust - alles das ist schon genannt worden.

Wie gehen wir jetzt damit um? Herr Eichelberg, ich weise Sie darauf hin: Diese

Landesregierung hat sich seit langem bemüht zu steuern, die Einrichtungen hier sozusagen nicht wildwüchsig entstehen zu lassen. Nur, fragen Sie dann doch einmal bei den Kollegen herum, wie viele Briefe wir bekommen, daß wir am Standort X oder Y doch aber bitte schön diese ganz besonders gute Klinik auch noch fördern sollten! Wir können darüber letztlich nicht bestimmen, sondern das ist eine Angelegenheit zwischen Kostenträgern und Leistungserbringern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist auch gut so!)

- So ist es, Herr Kubicki, ja.

Die **Landesregierung** wird ihr **Krisenmanagement** fortsetzen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Ministerin, können Sie zu einer Schlußbemerkung ansetzen?

Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Ich beende meine Ausführungen mit diesem Satz, ja, Herr Präsident! - Wir werden mit den Kostenträgern und den Einrichtungen über den Erhalt der medizinischen Standards reden - soweit möglich -, über eine Angebotsdiversifizierung, zu der auch Angebote im ambulanten Bereich gehören können. Wir werden versuchen, eine Arbeitsteiligkeit trotz Konkurrenz zu moderieren, wir werden vor allen Dingen Verabredungen treffen, daß es keine Ausweitungen von Bettenkapazitäten mehr gibt.

Da bitte ich mir aber doch aus, daß auch diejenigen Abgeordneten, die hier und heute fordern, daß wir steuern sollten, nicht ihre Wahlkreisinteressen in den Vordergrund stellen; ich bitte mir dabei auch aus, daß Abgeordnete, die dieses Sparpaket mittragen,

mich nicht per Brief auffordern, ich möge die Folgen dieses Sparpakets just von der Klinik in ihrem Wahlkreis fernhalten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Holger
Astrup [SPD]: So ist es!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Poppendiecker!

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich wollte ich gar nicht mehr in die Bütt gehen, aber wir Kollegen aus Ostholstein wie Herr Sager und Frau Todsén sind von dieser Maßnahme natürlich besonders betroffen. Eines lassen Sie mich sagen, Herr Eichelberg: Daß die CDU für den **Arbeitsplatzabbau**, der durch die **Gesundheitsreform** hier eintritt, dankbar ist,

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Das hat er ja nicht gesagt!)

ist natürlich nicht in Ordnung.

Vielleicht ist eine Kostendämmung von Herrn Seehofer notwendig, aber es kann nicht sein, daß man damit nur bestimmte Einkommensgruppen trifft. Fragen Sie doch einmal Ihre Bonner Kollegen, ob man nicht in der Pharmaindustrie einige Milliarden DM einsparen könnte, statt ausgerechnet bei den Menschen, die sich das nicht leisten können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich will Ihnen noch etwas sagen, Herr Eichelberg: In diesem Hause wird viel Unsinn geredet. Aber was Sie eben gebracht haben, war der Gipfel! Schleswig-Holsteiner kuren in Schleswig-Holstein, Bayern kuren in Bayern und Hessen kuren in Hessen! Haben Sie einmal überlegt, was das für unser Land bedeuten würde? Dann wäre der Rest auch noch Futsch.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich habe eine gute Idee. Vielleicht kann Herr Seehofer sie ja umsetzen, wenn der Einkommensmensch - -

(Zuruf von der CDU)

Jetzt will ich Ihnen einmal etwas sagen: In diesem Hause bin ich wahrscheinlich der einzige, der aus einem Beruf kommt, der ein normales **Einkommen** hat, nämlich mittlerer Postdienst.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Na!)

- Die Besoldungsstufen A 12 bis A 14 lassen wir einmal außen vor.

Ich weiß, wie meinen Kollegen zumute ist. Ich war Sozialbetreuer bei der Post. Schon damals haben die Kollegen, die selbst bei der Beamtenkrankenkasse zuzahlen mußten, gesagt: Wir können nicht zur Kur, weil wir mit unseren 2600 DM netto mit einem Kind nicht in der Lage sind, wie jetzt gefordert, die 25 DM zu zahlen. Vielleicht könnte man, Herr Eichelberg - da Sie sonst immer gute Vorschläge mache - das Bett, das frei wird, wenn der Mann oder die Frau zur Kur geht, für die Zeit vermieten und für die Übernachtung mit Frühstück 50 DM kassieren. Dann würde sich das ausgleichen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Zuruf von
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Wenn Ihre Müllgebühr gesenkt
werden könnte, hätten Sie die
Kosten schon heraus!)

Frau Aschmoneit-Lücke, wissen Sie, wie einem **Normalverdiener** zumute ist, wenn er aus irgendwelchen Gründen zur Kur muß, weil er vorbeugen muß, da er einen Beruf hat, der dies erfordert, und plötzlich den

Bescheid bekommt: Er muß zur Kur. Er muß sich noch bestimmte Klamotten kaufen und zudem 25 DM pro Tag bezahlen. Mir liegt eine Eingabe vor, in der ein Justizbeamter die Kur ablehnt, weil er nicht in der Lage ist, diese Kur zu finanzieren. Eine solche Situation haben wir. Ich kann nicht von den Leuten ausgehen, für die es ein Klacks ist, eben in die Tasche zu greifen und zu sagen: Ich gehe zur Kur.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich habe mir überlegt, was Herr Seehofer letzten Endes bezweckt. Jetzt ist es mir klargeworden. Ich will es Ihnen sagen: Der Krankenkassenbeitrag wird eines Tages der Beitrag sein, den die Krankenkassen brauchen, um ihre Leute zu bezahlen. Die Arbeitgeber werden entlastet, und der Kranke bezahlt seinen ganzen Scheiß allein! Dahin kommen wir, wenn wir so weitermachen! Das kann eines Sozialstaats nicht würdig sein. Das halte ich für schlimm!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Der letzte Debattenbeitrag zu diesem Thema, Herr Abgeordneter Stritzl!

Thomas Stritzl [CDU]:

Lieber Herr Kollege Poppendiecker, daß wir alle die Sorgen um die Menschen teilen, die berechtigt ärztliche Hilfe und Reha-Maßnahmen brauchen, ist zwischen uns wohl unstrittig

(Frauke Walhorn [SPD]: Na!)

und sollte es auch bleiben, Frau Kollegin Walhorn. Vor diesem Hintergrund sind die Angriffe, die auch unqualifiziert gegen den Kollegen Eichelberg gefahren worden sind, fehl am Platze, weil die Frage der

Sicherstellung einer vernünftigen medizinischen Versorgung der Betroffenen auch im **Reha-Bereich** für uns außer Frage steht.

Zweitens. Die Pharmaindustrie, Herr Kollege Poppendiecker, wurde angesprochen nach dem Motto: Ist es nicht ungewichtig, daß ihr bei der Krankenkasse spart und bei der Pharmaindustrie nicht? - Wenn Sie sich einmal anschauen, welche negativen Arbeitsplatzverdrängungseffekte wir in den letzten Jahren aufgrund der **Kostendämpfungsmaßnahmen** gehabt haben,

(Zuruf von der SPD: Das wissen wir doch schon!)

- das ist so -, dann werden Sie sehen, daß es zu erheblichen **Arbeitsplatzverlusten** geführt hat.

Drittens. Nun zu dem hier angesprochenen Arbeitsplatzabsparungsmodell, wo die Schuld einseitig nach Bonn geschoben wird nach dem Motto, das sei alles der böse Seehofer: Wir sollten nicht vergessen - Frau Ministerin, Sie wissen es; ich schätze, auch viele Kollegen, Herr Schroedter, in der SPD-Fraktion wissen es -, daß die Kostenträger seit Jahren darüber nachdenken, wie sie die ausufernden **Kostenstrukturen** im allgemeinen Reha-Bereich in den Griff kriegen. Das ist doch unstrittig. Darüber denken die Kostenträger, Krankenkassen sowie die Versicherungsanstalten seit längerer Zeit nach.

Daß Herr Seehofer hier aktiv geworden ist und einen Vorschlag gemacht hat, kann man ihm nicht vorwerfen, denn wir wissen, daß die Kosten ausufernd. Denn sowohl er als auch Sie reden ja immer davon, daß die Lohnnebenkosten wiederum nicht ansteigen dürfen. Aber das, was in diesem Bereich an Kosten verursacht wird, wird ja im Ergebnis über eine Erhöhung der Lohnnebenkosten ausgeglichen. Deswegen ist vor diesem Hintergrund nicht nur Kritik angebracht,

sondern dann sollten Sie auch sagen, wie der Anstieg in diesen Bereichen anders zu begrenzen wäre.

Viertens. In der allgemeinen Betrachtung werden **Reha-Maßnahmen** weder von Herrn Seehofer noch von der CDU in Abrede gestellt. Sie sind und bleiben ein wichtiger Bereich im Rahmen der Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsnachsorge und sind auch gerade dazu da, der Frührente entgegenzuwirken.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber sie sind nicht mehr real, sondern nur noch virtuell!)

Es ist unstrittig, daß dies auch in Zukunft so bleiben wird.

Lassen Sie mich, weil die 25 DM angesprochen werden, noch zwei Bemerkungen machen: Ist es für jemanden wirklich unzumutbar, für eine Kur, die über die Gemeinschaft der Versicherten finanziert wird, pro Tag 25 DM selbst beizusteuern?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja!)

Ist das wirklich unzumutbar, oder sollte man nicht die Frage stellen, Herr Kollege Poppendiecker, wieviel Geld er ansonsten für sich zu Hause ausgeben müßte?

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber doch keine 25 DM!)

Ich frage einmal nach. Stellen Sie doch bitte diese Rechnung auf, wenn Sie die Angebotspalette vergleichen.

Zweitens - auch darüber müssen wir offen reden -: Wer „Ja“ sagt zu einer qualifizierten Versorgung im Reha-Bereich - das sagen wir -, der wird in der Diskussion nicht ausblenden können, daß es zwischen **Anbietern und Kostenträgern** in der

Vergangenheit Fehlentwicklungen gegeben hat. Natürlich haben wir die Situation - das wissen Sie genauso gut wie ich, Frau Ministerin -: Morgens Fango, abends Tango! Diese Situation gibt es.

(Widerspruch bei der SPD)

Das wissen wir. Es ist doch unstrittig, daß es diese Fehlentwicklungen gibt und deshalb die Konzentration auf das Notwendige erforderlich ist. Die Entwicklungen voranzutreiben, die wegweisend sind, die neue Akzente setzen und hochqualifizierte medizinische Angebote beinhalten, wird doch wohl im Interesse aller sein, die ein Angebot zum Wohle der Menschen im Sinn haben. Die Bundesregierung hatte dieses im Sinn. Wir können sicherlich jederzeit miteinander über Veränderungen und Verbesserungen reden; aber diese Polemik gegen die Bundesregierung ist angesichts der Tatsachen, um die es geht, nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Die Geschäftsordnung schreibt mir an dieser Stelle die Beendigung dieses Themas vor, obwohl noch eine Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Wir haben noch ein **zweites Thema in der Aktuellen Stunde** zu behandeln, das ich jetzt aufrufen will. Zuvor begrüße ich aber unsere ehemaligen Abgeordneten Herrn Johna und Herrn Hager, die heute unsere Gäste sind.

(Beifall)

Ich rufe jetzt im Rahmen der Aktuellen Stunde das von der CDU beantragte Thema auf: „Position der Landesregierung zur Ausbildungsabgabe“.

Das Wort erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich frage die Landesregierung, Herr Minister Steinbrück: Was gilt denn nun, wenn man sich den vielstimmigen Chor rot-grüner Meinungen zum Thema **Ausbildungsplatzabgabe** anschaut und anhört. Da verkündet der Wirtschaftsminister - dagegen will ich überhaupt nichts sagen - in der vergangenen Woche heere Ziele: keine zusätzlichen Belastungen für die Wirtschaft. Keine Ausbildungsplatzabgabe für nichtausbildende Betriebe. - Das Lob aus der Wirtschaft war ihm sicher.

(Beifall bei der CDU)

Das ist ja auch in Ordnung. Dafür hat er den Beifall verdient.

Aber dies ist eine Stimme. Daneben gibt es einen ganzen Chor völlig anderer Stimmen. Daran schließt sich natürlich die Frage an: Was gilt für diese Landesregierung?

Am 1. Mai haben Sie, Frau Ministerpräsidentin, auf der DGB-Kundgebung verkündet, Sie seien für ein finanzielles Ausgleichssystem zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Unternehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]

Das ist nun das Kontrastprogramm.

Im Juni hat die rot-grüne Koalition hier im Hohen Hause einen Antrag präsentiert - das ist ja nun erst wenige Wochen her -, mit dem die Landesregierung aufgefordert wird, eine Gesetzesinitiative für eine Ausbildungsplatzabgabe zu prüfen.

In der darauf folgenden Landtagsdebatte vom 13. Juni kommt der Kollege Helmut Jacobs von der SPD dann an das Rednerpult

und sagt wörtlich: „Wir wollen die Ausbildungsabgabe.“

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Entwicklungsprozeß!)

Ich frage: Was gilt nun? Der SPD-Landesvorstand und der SPD-Landesausschuß bekräftigten am 15. August: Ausbildungsplatzabgabe auf der Grundlage einer gesetzlichen Regelung!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Beifall bei der grünen Fraktion. - Meine Frage also: Was gilt für die Landesregierung?

Der SPD-Landesparteitag am vergangenen Wochenende ist zwar etwas zurückhaltender, aber er fordert im Kern ebenfalls einen - ich zitiere wörtlich - „Leistungsausgleich“. Ich muß das auswendig zitieren, weil ich ja nicht in mein Manuskript gucken darf, Herr Präsident.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das dürfen Sie gelegentlich!

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herzlichen Dank. Ich hatte Ihre Ermahnung durchaus im Gedächtnis. Ich zitiere also:

„Die Ausbildung erfordert den Leistungsausgleich zwischen ausbildenden und nichtausbildenden Betrieben.“

Was anderes als eine Umlage oder eine Abgabe ist denn das, wenn in dem Parteitagsentschließungsantrag so formuliert wird? Wer sie erhebt, ist in diesem Zusammenhang doch völlig zweitrangig.

(Zuruf von der SPD: Nein, überhaupt nicht!)

Aber auch dies ist - das ist das Entscheidende - ein negatives Signal an die **Wirtschaft** und bedeutet neue **Belastungen** und neue **Gängelung**. Daran ändert auch der beschwichtigende Begleittext nichts.

Und nun ein Wort zu den Grünen. Das ist jetzt dringend fällig.

(Abgeordnete Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] trinkt ein Glas Wasser)

- Sehr zum Wohle, Frau Kollegin!

Die Grünen sind noch entschiedener. Frau Fröhlich fordert am 13. Juni die Abgabe mit der Begründung, daß - ich zitiere wörtlich - „die Nieten im Nadelstreifen einmal einen gehörigen Dämpfer zwischen die Hörner brauchen“.

Sie klatschen nur noch unter der Bank, damit man es nicht sieht.

(Heiterkeit und Beifall bei CDU und F.D.P.)

So einfach machen Sie sich das, aber so absurd ist doch auch diese ganze Argumentation.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Nein!)

Der rot-grüne Bündnisvertrag ist an dieser Stelle relativ schwammig. Aber auch hier wird eine gesetzliche Regelung angestrebt, Herr Steinbrück. Was gilt also?

Dies sind verschiedenste Äußerungen, die alle samt und sonders im krassen Widerspruch zu den Äußerungen des Wirtschaftsministers stehen. Deswegen wiederhole ich meine Frage: Was gilt für die Landesregierung? Was ist **Regierungsposition**: Die Position des Wirtschaftsministers für einen freiwilligen Ausgleich, den die Wirtschaft selber regelt - dafür bedarf es keiner Gesetze; das wissen

Sie genauso gut wie wir -, oder die vielen anderen Positionen von SPD und Grünen, die eine gesetzliche Regelung für eine Ausbildungsplatzabgabe oder eine Umlage fordern?

Eine **Abgabe** schafft keine neue Lehrstelle; sie schafft nur eine neue **Bürokratie**.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Woher wissen Sie das?)

- Das ist doch ganz selbstverständlich. Wie wollen Sie die sonst kassieren, meine Damen und Herren?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie schafft eine neue Bürokratie; sie belastet die Wirtschaft und zerstört damit im Ergebnis die Ausbildungsbereitschaft, auf die wir dringend angewiesen sind, weil es doch so einfach und scheinbar auch legitim ist, sich mit dieser Ausbildungsplatzabgabe freizukaufen.

Deswegen sagen wir: Eine Ausbildungsplatzabgabe ist der grundsätzlich falsche Weg. Das ist unsere Position.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist der falsche Weg, wenn wir wirklich Lehrstellen schaffen wollen, die wir dringend brauchen. Und gerade weil dies eines der zentralen Themen unseres Landes ist, um das wir uns gemeinsam Sorgen machen, ist es notwendig, daß die Regierung heute Farbe bekennt. Gilt dieses oder gilt jenes?

Deswegen fordere ich Sie auf, uns ganz klar zu sagen: Wollen Sie eine Abgabe, oder wollen Sie sie nicht? Diese Antwort sind Sie uns, dem Parlament, der Öffentlichkeit und vor allen Dingen den vielen von diesem Problem Betroffenen schuldig.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Rodust.

Ulrike Rodust [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einem Sprichwort beginnen: Wer anderen eine Grube gräbt, fällt selbst hinein! Ich bin der Meinung, die CDU sitzt drin.

(Thorsten Geißler [CDU]: Sie auch!)

Es tut mir leid, irgendwie wirkt dieser ganze Antrag zur Aktuellen Stunde wie ein Spekulationsantrag in der Hoffnung, daß der SPD-Landesparteitag am letzten Wochenende anders entschieden hätte. Es tut mir richtig leid für Sie, daß das nun nicht der Fall ist. Denn wieder einmal haben die Delegierten der Landespartei bewiesen, daß sie wirtschaftliche Kompetenz haben.

(Beifall bei der SPD - Lachen bei der CDU - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist doch Selbstbespiegelung! Köstlich!)

- Das habe ich mir schon gedacht, daß Sie das erheitern wird, wenn ich sage, daß sie sich sehr wohl die Probleme der Wirtschaft angehört und entsprechend entschieden haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Köstlich, was die alles schon beschlossen haben!)

Nun möchte ich Ihnen kurz vorstellen, was sie entschieden haben. Sie haben gesagt, die **Betriebe** und **Verwaltungen** sind nach dem Gesetz und der Rechtsprechung verpflichtet, ausreichend **qualifizierte**

Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen.

Wir haben mit dem **Bündnis für Ausbildung** in den vergangenen Monaten sehr wohl bewiesen, daß dies in diesem Lande möglich ist; die Politik, die Kammern und die Gewerkschaften und andere haben sich an einen Tisch gesetzt. Es ist gelungen, 20 494 Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen. Davon sind 18 855 Ausbildungsplätze bisher angenommen worden; wir haben nach wie vor noch 1639 freie Ausbildungsplätze.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Also keine Abgabe?)

Wir setzen uns auch für eine solidarische Finanzierung der beruflichen Bildung ein. Wir wollen die Betriebe honorieren, die ausbilden. Das wollen wir nicht nur alleine. Wenn Sie sich in der Wirtschaft genauso gut auskennen würden wie wir,

(Lachen bei der CDU - Dr.
Ottfried Hennig [CDU]: Welche
Wirtschaft meinen Sie?)

dann würden Sie wissen, daß die Friseurinnung beispielsweise genau diese Forderung an uns alle stellt. Denn dort ist eine ziemliche Ungerechtigkeit zu verzeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem wünschen wir uns, daß ein solcher Ausgleich über die Selbstverwaltung organisiert wird. Aber der entscheidende Beschluß auf diesem Landesparteitag - ich denke, das wird die Regierung genauso tragen - ist, daß ein Umlagemodus nur dann eingefordert wird, wenn nicht mindestens 112,5 % der nachgefragten Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden. Wir hier in Schleswig-Holstein haben das zumindest für dieses Jahr erreicht, und aus diesem Grunde sehen wir im Moment überhaupt keinen Handlungsbedarf.

Natürlich heißt das nicht, daß wir hier nichts mehr zu tun hätten. Wir werden uns darum kümmern müssen, neue **Berufsbilder** rechtzeitig und vor allen Dingen schneller auf den Weg zu bringen. Wir haben uns darüber zu unterhalten, ob die Berufsschulzeiten, so, wie sie sich im Moment darstellen, vernünftig organisiert sind.

(Beifall der Abgeordneten Martin
Kayenburg [CDU] und Meinhard
Füllner [CDU])

Wir haben darüber nachzudenken, ob man **Abschlüsse** anders formuliert. Das alles sind wichtige Gründe. Trotzdem behaupte ich, der CDU-Antrag hat überhaupt keinen aktuellen Hintergrund. Ich denke, er bindet nur unsere kostbare Zeit, und er bindet auch die kostbare Zeit des Ministers und seiner Mitarbeiter.

(Widerspruch bei der CDU -
Zurufe von der F.D.P.: Oh!)

- Ich rede über eine Aktuelle Stunde.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Und nicht über den Antrag!)

Und wenn Sie die Zeitungen der vergangenen Wochen gelesen hätten, dann hätten Sie das **Thesepapier des Ministers** deutlich zur Kenntnis nehmen können, Sie hätten die **Beschlüsse des Landesparteitags** zur Kenntnis nehmen können, und Sie hätten auch den **Koalitionsvertrag** - Herr Hennig, Sie sind ja schon darauf eingegangen -

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Da
steht es ja leider drin!)

so nehmen können, wie er wirklich gemeint ist.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Den habe ich ja so zitiert!)

Ich fordere Sie deshalb an dieser Stelle auf, das nächste Mal etwas überlegter zu handeln; denn es ist schon das zweite Mal, daß Sie eine Aktuelle Stunde einfordern, die wirklich nichts mit aktuellen Dingen zu tun hat.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Warum brauchen wir eine **Ausbildungsplatzabgabe**, und wann brauchen wir sie? Das sind die entscheidenden Fragen. Im Koalitionsvertrag ist nicht geregelt, daß wir eine Ausbildungsplatzabgabe automatisch einführen, sondern es ist darin gesagt, daß eine Ausbildungsplatzabgabe von uns für den Fall angestoßen wird, daß die Zahl der Ausbildungsplätze nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]:
Dazu sagt der Minister nein!)

Das muß man einmal ganz deutlich sagen. Wenn das nicht der Fall ist, dann stehen wir auch in der Pflicht, etwas zu tun. Sie wissen genausogut wie ich, daß 1980 das **Bundesverfassungsgericht** zu diesem Thema eine eindeutige Aussage gemacht hat. Das Bundesverfassungsgericht hat nämlich gesagt, daß es die Pflicht der Wirtschaft und des Gesetzgebendes sei, dafür zu sorgen, daß es eine freie Berufswahl gibt und daß diese freie Berufswahl beinhaltet, daß eine ausreichende Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung gestellt wird. Das ist eine verfassungsmäßige Pflicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Es ist weiter festgestellt worden, daß zur Erfüllung dieser Pflicht ein gewisses **Mehrangebot an Ausbildungsplätzen** gegenüber der Nachfrage erforderlich ist. Es war die Rede davon, daß eine solche Zahl bei etwa 12,5 % liegen müsse. Das heißt, jedes Jahr müssen nach Auffassung des Bundesverfassungsgerichts 12,5 % mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, als nachgefragt werden, damit eine freie Wahl des Ausbildungsplatzes überhaupt möglich ist.

Ich stelle fest, daß sich die Situation zur Zeit etwas entspannt hat, die Probleme damit aber nicht bewältigt sind. Bis zum Jahr 2005 wird die Zahl der benötigten Ausbildungsplätze nach Schätzung der Bundesregierung von jetzt 600 000 auf 740 000 steigen. Es ist heute so, daß viele Jugendliche nicht den Ausbildungsplatz bekommen, den sie haben wollen, das heißt die **freie Berufswahl** nicht gewährleistet ist, sondern gezwungen sind, Ausbildungsplätze in Berufen anzunehmen, die wenig Perspektive bieten oder die sie nicht wollen, und hinterher andere Wege beschreiten oder einen anderen Beruf erlernen und damit sozusagen einen dreijährigen Umweg beschreiten.

Wir stellen auch fest, daß gerade die Ausbildung in den **Großbetrieben** und in den Betrieben mit modernen Technologien mit erheblichen Kosten verbunden ist und Arbeitsplätze dort systematisch abgebaut werden und der Großteil der Ausbildungsplätze - das muß man anerkennend sagen - von den kleinen und mittleren Betrieben zur Verfügung gestellt wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Dabei tritt aber auch das Problem auf, daß Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt werden, die nicht unbedingt zukunftssträftig sind, sondern die angeboten werden, weil man Auszubildende in bestimmten Bereichen

sehr gut in der Produktion einsetzen kann, **Auszubildende** also als **billige Arbeitskräfte** benutzt werden.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ein typisches Beispiel dafür ist die Tatsache, daß 20 % aller Mädchen eine Ausbildung zur Friseurin machen.

(Zuruf von der CDU: Die Nachfrage ist noch viel höher!)

Bekannt ist, daß die Zahl der notwendigen Friseurinnen geringer ist. Das heißt, diese Mädchen machen die Ausbildung, und ein großer Teil von ihnen übt diesen Beruf nie aus.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das soll durch eine Ausbildungsabgabe noch gesteigert werden!)

Es ist notwendig, darüber zu diskutieren, wie wir diese Aufgabe in Zukunft bewältigen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Mit einer Abgabe!)

Wenn sich herausstellt - genau das steht im Koalitionsvertrag -, daß die Zahl der **Ausbildungsplätze** nicht ausreicht, sind wir verpflichtet zu handeln. Ich meine, wir sollten marktwirtschaftlich handeln.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die **Wirtschaft** orientiert sich am **Markt**.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Marx?)

Der Markt sagt:

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Marx ist tot!)

Ausbildungsplätze werden dann angeboten, wenn es sich lohnt. Wir hatten in den siebziger Jahren eine Situation, in der es sich sehr lohnte, weil die Betriebe bemüht waren, gut qualifizierte Auszubildende heranzuholen. Heute, in einer Situation, in der wir eine relativ hohe Arbeitslosigkeit haben, sind wir in der Situation, daß sich das für viele Betriebe nicht lohnt. Deswegen muß dafür gesorgt werden, daß es sich lohnt.

Eine Umlage über die Industrie- und Handelskammer, wie sie vorgeschlagen worden ist - unter Regie des Berufsverbandes, des Wirtschaftsverbandes, der Industrie- und Handelskammer -, würde dafür sorgen, daß die Betriebe, die ausbilden, belohnt werden, und die Betriebe, die nicht ausbilden, aber ausgebildete Arbeitskräfte brauchen, an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden. Das ist ein sinnvolles Verfahren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Unlogik, dein Name ist Hentschel!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Debattenbeitrag von Herrn Hentschel zu Aktuellen Stunden war offensichtlich ein heftiges Sowohl-Als-auch. Jedenfalls ist das bei mir so angekommen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Von tiefster Logik geprägt! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Differenziert argumentiert, Frau Kollegin!)

Sehr geehrte liebe Frau Kollegin Rodust, Sie haben hier gesagt, das Thema sei nicht

aktuell. Ich glaube, Sie haben sich in der Thematik ein bißchen geirrt. Hier heißt es „Position der Landesregierung zur Ausbildungsplatzabgabe“ und nicht etwa „Position des SPD-Landesparteitages zur Ausbildungsplatzabgabe“.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -
Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Zur Sache!)

Insbesondere nach dem Beitrag von Herrn Hentschel, der - wie wir wissen - einer Regierungsfraktion angehört, ist es tatsächlich aktuell, über dieses Thema zu sprechen, Herr Dr. Hennig.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie haben zu Recht ausgeführt, daß es einen Beschluß der Mehrheit dieses Hauses dahin gehend gibt, die Regierung aufzufordern, zu prüfen, mit dem Ziel, eine Gesetzesinitiative bezüglich der **Ausbildungsplatzabgabe** ergreifen.

Schon der Prüfantrag an sich ist ziemlich merkwürdig. Er ist ein Widerspruch in sich. Wenn ich einen **Prüfauftrag** mit dem Ziel erteile, zu einem bestimmten Ergebnis zu kommen - das wird in diesem Hause übrigens häufig gemacht -, ist das kein Prüfauftrag mehr.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Man prüft, wie!)

Aber, man höre und staune, dieser Prüfauftrag ist tatsächlich unheimlich schnell, unheimlich effizient und mit einem ganz tollen Ergebnis erfüllt worden - zwar nicht mit dem Ziel, das vorgegeben worden ist, aber mit einem Ergebnis, mit dem jedenfalls wir ganz hervorragend leben können.

Wenn jetzt die Frage auftaucht, wie sich die Landesregierung eigentlich dazu stellt, dann

gehe ich einfach einmal davon aus, daß der Wirtschaftsminister dieses Landes soviel Einfluß im Kabinett hat, daß das, was er veröffentlicht, auch die Haltung der Landesregierung ist.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Wenn die Ministerpräsidentin das Gegenteil sagt! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Äußerst zweifelhaft! - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir sind mit dem Ergebnis voll zufrieden und werden von Herrn Steinbrück sicherlich gleich hören, daß dies die Haltung der Landesregierung ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Nein!)

Ich erinnere Sie trotzdem daran, was hier am 13. Juni zu diesem Thema gesagt worden ist. Herr Baarsch und insbesondere Herr Jacobs haben sich eindeutig für die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe ausgesprochen und sie überhaupt nicht in Frage gestellt. Frau Fröhlich hat nicht nur das von Ihnen, Herr Dr. Hennig, Zitierte, sondern darüber hinaus gesagt: Wir müssen die Großen zur Kasse bitten. - Das hat mich schon damals zu einem entsprechenden Zwischenruf veranlaßt, wie dem Protokoll zu entnehmen ist.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ich dachte, die F.D.P. sei auch für die Kleinbetriebe!)

Ich gehe davon aus, daß der Prüfauftrag, den der Landtag erteilt hat, erledigt ist, daß der Prüfauftrag zu unserer Zufriedenheit erledigt ist. Für mich bleibt heute eigentlich nur die für mich spannende Frage - die ist bisher jedenfalls nicht beantwortet worden -, ob die Regierungsfraktionen, die als Fraktionen dieses Hauses Gesetzesinitiative haben,

möglicherweise ihrerseits dazu kommen, eine entsprechende Initiative einzubringen.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Ja, wenn es nötig ist! - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Das trauen die
sich nicht!)

Das war schließlich Ihr Ziel.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete
Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kollegen und
Kolleginnen! Irgendwie muß ich erst einmal
meinen Ärger darüber loswerden, daß wir
hier nicht über die Sache diskutieren, also
über die Zukunft des dualen
Ausbildungssystems, sondern uns wieder
einmal mit uns selbst beschäftigen, mit dem
Drumherum, mit der rot-grünen Koalition
und was da alles gesagt wird. Das kann doch
nicht das sein, um das es geht.

(Beifall bei SSW, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Wirtschaftsminister hat sich in einem
Thesenpapier gegen die Einführung einer
Ausbildungsplatzabgabe ausgesprochen.
Das kann er.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die
Ministerpräsidentin dafür!)

- Das darf er auch! - Richtig ist, daß es in der
Juni-Tagung des Landtages einen Antrag von
SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
gegeben hat, dem wir zugestimmt haben, aus
dem hervorgeht, daß die Einführung einer
gesetzlichen Ausbildungsplatzabgabe geprüft
werden soll. Dazu stehen wir.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Gut!)

Für den SSW geht es darum, erst einmal über
zukunftsweisende Lösungen nachzudenken.
Das **duale Ausbildungssystem** befindet sich
doch in der **Krise**. Das wird doch von innen
ausgehöhlt. Darum kann man doch nicht
lange drumherum reden. Da muß doch etwas
passieren.

(Zuruf der Abgeordneten Brita
Schmitz-Hübsch [CDU])

Man kann sagen, „gut, das ist eine
Möglichkeit“. Man kann eine
Ausgleichszahlung fordern. Eine andere
Möglichkeit ist „Zuckerbrot statt Peitsche“,
daß man die Arbeitgeber für die
Bereitstellung von Arbeitsplätzen belohnt.
Auch das kann man untersuchen. Auch
darüber sollte man sich unterhalten.

Ich weise darauf hin, daß es nördlich der
Grenze - das müssen Sie mir erlauben zu
sagen - seit Anfang der siebziger Jahre ein
umlagefinanziertes Ausbildungssystem gibt,
ohne daß die Welt untergegangen ist. Im
Gegenteil, man erkannte in den siebziger
Jahren, daß das alte duale System, das man
auch in Dänemark hatte, reformbedürftig
war, daß etwas passieren mußte.
Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften,
die Sozialpartner also, haben sich
zusammengesetzt und ein neues System
gemacht. So muß es doch sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich will auch noch darauf hinweisen, daß es
im Baugewerbe seit Jahren ein
umlagefinanziertes Ausbildungssystem
gibt. Es ist doch nicht so, daß alles chaotisch
wird, wenn man sich Gedanken darüber
macht, was passieren soll.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Ursula Röper
[CDU]: Das ist freiwillig!)

Man muß sich auch fragen, wie weit man mit der Freiwilligkeit heute noch gehen kann; denn es ziehen sich Betriebe aus der Ausbildungsverpflichtung zurück. Es ist ja nicht so, daß diejenigen, die ausbilden, bestraft werden sollen; so ist es nicht gedacht.

Ich muß auch noch folgendes sagen: Wir haben in den letzten Jahren regelmäßig im August/September in den Zeitungen lesen können, wie es mit dem Lehrstellenangebot aussieht. Jetzt war wieder einmal zu lesen, daß das erfolgreich zum Abschluß gebracht worden ist. Aber Tatsache ist auch, daß die jungen Leute viele dieser Lehrstellen nicht annehmen. Welche **Zukunftsmöglichkeiten** gibt es dann im Grunde genommen im **Einzelhandelsbereich**? Welches Aufbaustudium kann man machen? Welche Attraktivität kann man jungen Leuten damit vor Augen führen? Vorhin wurden die Friseurinnen genannt. Was kann man denn damit machen?

Man muß also auch inhaltlich reformieren. Man muß transparente Berufsbilder schaffen und dafür sorgen, daß den jungen Leuten die Aufstiegsmöglichkeiten deutlich werden. Es reicht doch nicht aus, einfach nur eine Quantität an Lehrstellen zu schaffen, und das war es dann. Gefragt ist also eine **Reform des dualen Ausbildungssystems**.

Ich habe vorhin davon gesprochen, daß das System von innen ausgehöhlt wird. Es ist ja gut und schön, daß das **Handwerk** - zu 80% oder so, las ich - ausbildet. Aber die **Industrie** ist doch auch gefragt; denn der Großteil des Volkseinkommens wird von der Industrie bereitgestellt. Das heißt, auch sie müssen etwas machen. In der Industrie liegen doch auch die neuen technologischen Möglichkeiten, das, was für die jungen Leute heute zukunftsweisend sein sollte.

Wie gesagt, das Handwerk soll dafür gelobt werden, daß es ausbildet. Aber das reicht

nicht. Da muß mehr passieren, und wir können das nicht mit Scheuklappen vor den Augen machen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie uns zur Sache reden und uns nicht wieder einmal mit uns selbst beschäftigen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Minister Steinbrück.

Peer Steinbrück, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die schlichte Antwort auf die Überschrift dieser Aktuellen Stunde lautet: Die **Landesregierung** betreibt keine **Ausbildungsplatzabgabe** durch den Staat.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Dabei könnte ich es eigentlich belassen, um Ihnen, Herr Hennig und Frau Aschmoneit-Lücke, direkt zu antworten; denn das Pro und Contra dazu habe ich in hinreichendem Umfang aufgeschrieben. Man hätte es auch in einer längeren Version machen können; es lassen sich noch zusätzliche Argumente finden.

Tatsächlich scheint dieser Aktuellen Stunde doch ein gewisser politischer Irrtum zugrunde zu liegen, nämlich der Irrtum, daß sich der Erkenntnisstand eines sozialdemokratischen Wirtschaftsministers von der Vernunftorientierung oder von dem Augenmaß seiner Partei unterscheiden könnte; darauf zielte ja Ihre eigentliche Absicht in der letzten Woche. Sie haben den Versuch unternommen, die Bäume

auszureißen, um zu sehen, ob da noch Wurzeln dran sind. Die Antwort von mir lautet: Die Wurzeln sind dran.

(Beifall bei der SPD)

Dies habe ich gesagt, damit wir bei der Frage, warum Sie diese Aktuelle Stunde gemacht haben, nicht um den heißen Brei herumreden.

Nun kommt allerdings hinzu, Herr Hennig, daß man schon einen intellektuellen Aufwand wird betreiben müssen, um gewisse Unterscheidungen vorzunehmen. Die Landesregierung ist gegen eine fiskalische Ausbildungsplatzabgabe. Weil es immer so schön durcheinandergeht, weise ich darauf hin, daß es in den Selbstorganisationen der Wirtschaft **Umlagen zur Finanzierung von Ausbildung** längst gibt; es gibt sie bereits. Die Ärztekammer in Schleswig-Holstein, der Baubereich betreiben solidarische Ausbildungsfinanzierungen.

(Beifall bei der SPD)

Dies allerdings, diesen Weg hält die Landesregierung in Übereinstimmung mit der sie mehrheitlich tragenden Partei nicht nur für möglich, sondern auch für ratsam, wenn sich die Situation so verschlechtert, wie es sich im Augenblick anbahnt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Es gibt sogar einige Handwerkerinnungen in Schleswig-Holstein, die diese Frage an die Landesregierung adressieren; das tun verschiedene Innungen. Insofern ist die Gemengelage doch ganz klar und einfach.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aber der Unterschied zwischen freiwillig und Gesetz ist Ihnen auch geläufig?)

- Man kann es auf dem einen Wege machen. Man kann aber auch bundesweit dafür Sorge tragen, daß die Selbstverwaltungsorgane der Wirtschaft ein solches internes Umlagesystem organisieren, insbesondere wenn sich die Situation zuspitzt. Wieso nicht?

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie vermengen dabei immer etwas - das ist in meinen Augen manchmal taktischer Natur, weil es darum geht, irgendwelche Ansätze aufeinander prallen zu lassen -, indem Sie versuchen, dies mit einer Ausbildungsplatzabgabe gleichzusetzen, gegen die nicht nur ich strikt bin, sondern die diese Landesregierung nicht betreiben wird.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Für die die Ministerpräsidentin im Mai plädiert hat!)

- Nein; das hat sie nicht getan! Ich füge hinzu: Dies steht auch nicht im Koalitionsvertrag, definitiv nicht. Da ist ein keiner Stelle die Rede von einer Ausbildungsabgabe. Darauf lege ich gesteigerten Wert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist der Geist des Koalitionsvertrages!)

Erlauben Sie mir, in dem Zusammenhang vier kurze Bemerkungen zu machen, die im Sinne des Beitrags von Frau Spoorendonk allerdings etwas weiterführender sein sollen.

Erste Bemerkung. Die **Situation in Schleswig-Holstein** unterscheidet sich wohltuend von der Situation in allen anderen Bundesländern. Dies sollte Anerkennung erfahren und nicht zerredet werden.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Unabweisbar ist allerdings auch, daß das Problem nicht dadurch lösbar ist, daß man sich von Ausbildungsjahr zu Ausbildungsjahr hangelt; denn wir reden über Lebensperspektiven, über Berufsbiographien von jungen Menschen. Wir reden gegebenenfalls auch über einen vorprogrammierten Facharbeitermangel, den wir in wenigen Jahren in der Bundesrepublik Deutschland haben werden und der ein wesentlicher Faktor bei dem ist, was wir als Globalisierungsherausforderung bezeichnen.

Dieses Thema darf nicht zufällig aufgegriffen werden, sondern es ist - zweitens - ein systematischer, struktureller Ansatz erforderlich, um Ausbildungshemmnisse zu beseitigen und die **Ausbildungsbereitschaft** in der ganzen Republik, aber auch in Schleswig-Holstein zu fördern. Dann geht es allerdings weniger um grandiose Reizworte, sondern es geht um eine sehr beharrliche und schwierige Kärnerarbeit, bei der ein Lösungssteinchen neben das andere zu bringen ist. Wir reden dann über die Organisation von Berufsschuluntgericht, über Lernortkooperation, über differenzierte Ausbildungsgänge, neue Ausbildungsverordnungen. Wir reden über die Information und auch Betreuung von Jugendlichen und über vieles anderes mehr. Das ist dann eine sehr viel komplexere, sehr viel schwierigere Debatte, bei der es um mehr geht, als sich nur einige Reizworte um die Ohren zu schlagen.

Dritte Bemerkung. Ich halte ein strammes Plädoyer dafür - auch von dieser Stelle -, daß jeder Entwicklung, durch die die Ausbildung schleichend verstaatlicht wird und die in zunehmendem Maße dem Trend Raum gibt, die **berufliche Ausbildung** in die überbetriebliche oder **außerbetriebliche Ausbildung** zu verlagern, ein Riegel vorgeschoben wird. Eine solche Entwicklung hielte ich für sträflich.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich füge hinzu: Dies wäre mit einer Verlagerung der Verantwortung auf die Politik verbunden, die die Politik gar nicht tragen kann. Dies meine ich sehr ernsthaft.

Vierter und letzter Punkt. Wir reden in der Tat über das, was Frau Spoorendonk nach meiner Wahrnehmung völlig richtig gesagt hat: Wir reden über eine **Reform der dualen Ausbildung** in der Bundesrepublik Deutschland, um die uns viele beneiden, die sich aber den kommenden Herausforderungen stellen muß. Wir reden über Inhalte, über Organisationsfragen. Wir reden über neue Berufsbilder, und es geht nicht um eine Verkürzung der Debatte auf ein Reizwort wie „Abgabe ja oder nein“. Ich hielte es für falsch, wenn eine solche Verkürzung stattfinden würde. Ich hätte es für falsch gehalten, wenn dies auf dem Parteitag meiner Partei so geschehen wäre. Ich hielte es auch für falsch, wenn dies so im Landtag geschehen würde.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe den Eindruck, daß wir die Kurzdebatte an dieser Stelle beenden könnten. Ich werde aber nur mit dem Einverständnis der Redner, die sich noch zu Wort gemeldet haben, entsprechend verfahren. - Herr Kayenburg, wollen Sie noch reden?

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, nach diesen Ausführungen des Wirtschaftsministers, Frau Rodust, ist klar, daß die Aktuelle Stunde ihren Sinn hatte. Aber ich nehme gern zur Kenntnis, daß Sie einen SPD-Parteitag nicht für würdig halten, Anlaß für eine Aktuelle Stunde zu sein.

(Zuruf der Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und
Ute Erdsiek-Rave [SPD])

- Ich denke, Frau Erdsiek-Rave, die Zielrichtung ist in dem letzten Wortbeitrag deutlich geworden. Ich stehe nicht an zu sagen, daß die Zielrichtung ist, hier festzustellen, daß die Landesregierung keine **Ausbildungsplatzabgabe** will. Nachdem Herr Steinbrück die Ausbildungsplatzabgabe vom Tisch genommen hat, ist der Antrag, den die Fraktionen der SPD und der Grünen gestellt haben, ja wohl erledigt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Rodust, meine Zahlen sind ein bißchen anders als Ihre; aber sie sind ähnlich. Es ist festzustellen, daß auf 100 Ausbildungsplatzbewerber 110 freie Ausbildungsplätze kommen. Herr Hentschel ist nun leider draußen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Er steht
hinter Ihnen!)

Das ist nahe bei der Zahl, die er eben angemahnt hat. Wir müssen aber einmal ganz genau hinschauen, um festzustellen, wo die Schularbeiten nicht gemacht worden sind.

In der **Wirtschaft** sind die Schularbeiten gemacht worden. Die Lehrstelleninitiative war erfolgreich. Von der **öffentlichen Hand** sind die Schularbeiten nicht gemacht worden. Bundesweit haben wir bei der Wirtschaft per saldo einen Zuwachs von rund 3000 Ausbildungsplätzen, bei der öffentlichen Hand ein Minus von 2800 Ausbildungsplätzen.

Wenn man einmal danach guckt, was diese Landesregierung getan hat, dann sieht man, daß wir bei einem anderen Verhalten überhaupt keinen Mangel hätten und insofern überhaupt auf die Diskussion über eine Ausbildungsplatzabgabe verzichten könnten. Diese Landesregierung hat nämlich nicht nur

keine zusätzlichen Stellen angeboten, sondern sie hat auch Ausbildungsplätze abgebaut,

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

und zwar in den Bereichen, die sie überschauen kann. Es ist ja peinlich genug: Die **Landesregierung** konnte noch nicht einmal mitteilen, wie denn die Ausbildungsplatzsituation in ihrem **Verantwortungsbereich** ist, und schon gar nicht konnte sie Auskunft darüber geben, wie es bei den nachgeordneten Behörden aussieht.

Wenn dann in einer Begründung durch die Landesregierung steht, daß man beispielsweise beim Technischen Dienst die Ausbildungsplätze nur zu 50 % ausgeschöpft habe, weil nur geringe Übernahmemöglichkeiten bestünden, geringe Bewerberzahlen vorlägen oder weil das Vorhalten der Stellen in Bereichen liege, die lediglich Voraussetzung für einen weiteren beruflichen Werdegang seien, frage ich mich, welcher Ansatz dem eigentlich zugrunde liegt. Hier wird eine Lehrstelleninitiative von der Wirtschaft gefordert, nämlich über den Bedarf auszubilden, und die Landesregierung sagt unter Bezug auf das Beispiel Vermessungsverwaltung, sie stehe hier nicht an, zusätzliche Ausbildung anzubieten, weil die Übernahme der Auszubildenden nicht gewährleistet sei.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Unglaublich!)

Ich glaube, wir sind uns alle einig darin, daß irgendeine Ausbildung immer noch besser ist als keine Ausbildung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir sind uns sicherlich auch alle einig darin, daß wir während eines Berufslebens den Beruf wechseln müssen oder uns so anpassen müssen, weil wir ohnehin mit dem, was wir einmal gelernt haben, nachher in unserem

Berufsleben kaum noch konfrontiert werden. Der technische Wandel ist nun einmal so.

Wir sollten dann auch darauf gucken, daß die Landesregierung bei ihrer Initiative mit den Falschen geredet hat. Es gibt ein Geheimpapier, das sie mit der IHK und mit der Landwirtschaftskammer ausgearbeitet hat, in dem die Last einseitig auf die Wirtschaft geschoben wird. Darin steht nämlich, die Wirtschaft sei verpflichtet! Ich vermisse hier die Verpflichtung der Landesregierung, der öffentlichen Hand.

Meine Damen und Herren von der Regierung, Sie haben mit den falschen Leuten geredet! Sie haben nicht mit den Innungen, nicht mit dem Wirtschaftsverband Handwerk, nicht mit den Verbänden geredet. Die sind jedoch für die Ausbildung zuständig - nicht die **Kammern**.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Kammern registrieren Ausbildungsplätze, aber sie sind nicht diejenigen, die die Ausbildung durchführen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

- Herr Rossmann, bezüglich der Kammern kann ich Ihnen auch noch eine Anregung geben, wenn Sie sie entgegennehmen möchten: Die Kammern - sie machen die Ausbildungsplätze, die besetzt sind - sollten einmal eine Abfrage für das nächste Jahr machen. Wenn sie das täten, hätten sie vielleicht einen Überblick darüber, wie sich die Situation entwickelt. Dann müßten wir nicht jedes Frühjahr hier stehen und darüber diskutieren, wie die Auszubildenden, die noch eine Lehrstelle suchen, einen Ausbildungsplatz bekommen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P. -
Zuruf des Abgeordneten Dr.
Ernst Dieter Rossmann [SPD])

- Herr Rossmann, ich habe Ihren Zwischenruf leider nicht verstanden.

Ich komme zum Schluß. Ich wiederhole, daß im Verantwortungsbereich der Regierung zu wenig ausgebildet wird. Wenn ich Herrn Pieczyk richtig verstanden habe, hat er ja gesagt, daß diejenigen Schmarotzer der Gesellschaft seien, die nicht ausbilden. Der Vorwurf war in Richtung Wirtschaft gedacht. Ich hoffe nicht, daß er auf uns zurückfällt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Baasch.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Diskussion ist ja deswegen nötig, weil es zum einen tatsächlich zu loben gilt, daß das **Bündnis für Ausbildung** in Schleswig-Holstein diesen Erfolg gebracht hat, den es gebracht hat, und es zum anderen zu loben gilt, daß die Lehrstellensituation so ist, wie sie ist. Darauf kann man auch ein bißchen stolz sein, und dieses positive Ergebnis kann man hier auch einmal bewerten.

(Beifall des Abgeordneten
Holger Astrup [SPD])

Ein zweiter Punkt in diesem Zusammenhang ist - das bleibt in dieser Diskussion auch einmal festzuhalten -, daß dann, wenn **Wirtschaft** und andere **Verbände**, die damit im Zusammenhang stehen, es sich leisten, jedes Jahr dafür zu sorgen, daß die Frage, ob ein Ausbildungsplatz für junge Menschen vorgehalten werden kann, zu einer Zitterpartie für junge Menschen wird, daß die Frage, ob genügend Ausbildungsplätze vorgehalten werden, vom reinen Glück begleitet wird, ob es die Wirtschaft schafft, daß die Rahmenbedingungen so sind, wie sie sein sollen, die jungen Menschen daran zweifeln, daß diese Gesellschaft sie wirklich

ausbilden will, ihnen eine entsprechende Erstausbildung zur Verfügung stellen will.

Das haben wir zum Beispiel diskutiert, und ich halte es für nötig, daß man sich darüber Gedanken macht, wie man damit in Zukunft umgehen will, wie man mit den Sorgen und Befürchtungen von jungen Menschen umgehen will, wie ernst man sie nehmen will. Wenn man sich dann nur darauf verläßt zu sagen, die Politik diskutiere nur über Abgaben und von Regulierungen bezüglich der Abgaben, zu kurz und nimmt diese Befürchtungen nicht mehr ernst, sondern man macht dann einfach nur Politik auf dem Rücken dieser jungen Menschen.

Richtig ist vielmehr - ich glaube, das braucht eigentlich auch nicht weiter ausgeführt zu werden, weil das auch in der Entschließung enthalten ist, die wir im Juni verabschiedet haben -, daß das **duale Ausbildungssystem** in der **Krise** steckt und dringend eine Modernisierung, eine Stärkung braucht. Diese Modernisierung und Stärkung des dualen Ausbildungssystems sollten wir weiter diskutieren, und wir sollten dazu kommen, daß diese Modernisierung und diese Stärkung des dualen Ausbildungssystems von uns inhaltlich aufgearbeitet wird und wir dazu auch konkrete Vorstellungen entwickeln. Insofern bleibt der Beschluß, den wir im Juni gefaßt haben, aktuell und seine Umsetzung dringend gefordert.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Hört, hört!)

Wenn es dann so ist, daß hier die **Kammern** angesprochen worden sind, dann möchte ich darauf hinweisen, daß die Kammern sehr wohl einen ganz konkreten Beitrag dazu leisten könnten, ausbildende Betriebe zu entlasten, indem sie den auszubildenden Betrieben zum Beispiel endlich Prüfungsgebühren, Gebühren für Abschlüsse von Lehrverhältnissen erlassen. Bundesweit könnten damit kostenmäßig 2 Milliarden DM von auszubildenden Betrieben heruntergenommen werden. Das wäre auch

einmal ein Weg, um zu zeigen, daß man eine ganz konkrete **Entlastung für ausbildende Betriebe** erreichen will.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben dann auch in der Juni-Tagung gesagt, daß wir eine **solidarische Finanzierung der Ausbildung** anstreben. Diese solidarische Finanzierung findet ihre Grundlage auch im **Koalitionsvertrag**. Insofern ist der Koalitionsvertrag für die SPD und für die Bündnisgrünen, aber auch für die Landesregierung in der Frage bindend; denn wenn es tatsächlich so ist, daß nicht genügend Ausbildungsplätze vorgehalten werden, wenn junge Menschen tatsächlich in diesem Land nicht genügend Ausbildungsplätze bekommen können, dann muß man sich überlegen, wie man reagiert. Dann kann man nicht warten und sagen, daß sich das schon in irgendeiner Weise zusammenfügen wird. Dann muß zum Beispiel mit einer gesetzlichen Grundlage gearbeitet werden. Genauso steht es auch im Koalitionsvertrag. Das gilt es dann abzuarbeiten.

Im Moment ist das nicht nötig, weil die Politik der Landesregierung und auch die Anstrengungen des Bündnisses für Ausbildung dafür gesorgt haben, daß wir in Schleswig-Holstein eine Situation haben, in der wir mehr Ausbildungsplätze haben, als Bewerberinnen und Bewerber Ausbildung nachfragen. Ich hoffe, daß das so bleibt. Wenn es aber nicht so bleibt, gilt es im Interesse von jungen Menschen, Regulierungsbedarf einzuführen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]:
„Regierungsbedarf einführen“, so
ein Quatsch!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit beenden wir die beiden Kurzdebatten.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 2 und 19 zur gemeinsamen Beratung auf:

Gemeinsame Beratung**a) Regierungserklärung zum Thema „Kernkraftwerk Krümmel“****b) Aufklärung der Vorwürfe um den Reaktordruckbehälter des Kernkraftwerkes Krümmel**

Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD
Drucksache 14/232

Ich gehe davon aus, daß Sie damit einverstanden sind, daß wir zunächst die Regierungserklärung entgegennehmen. Ich frage, ob anschließend noch eine Begründung des Antrages erfolgen soll, oder ob wir dann direkt in die Sachdebatte eintreten können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Direkt zur Sache!)

- Wir treten dann direkt in die Sachdebatte ein.

Jetzt hat Herr Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit Jahren wird um das **Atomkraftwerk Krümmel** gestritten - politisch, wissenschaftlich-technisch und juristisch. In diesen Wochen erleben wir einen neuen Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen: Im Mai dieses Jahres ist bekanntgeworden, daß wieder ein Kind im Umkreis von Krümmel an

Leukämie erkrankt ist; das Bundesverwaltungsgericht in Berlin hat ein Urteil von möglicherweise besonderer Bedeutung gefällt, und Ende August hat das ARD-Magazin „Monitor“ über Vorgänge beim Bau des Kernkraftwerkes berichtet.

Im Umkreis des Atomkraftwerkes Krümmel hat es auf niedersächsischer und auf schleswig-holsteinischer Seite nachweislich auffällig viele Leukämieerkrankungen mit inzwischen drei Todesfällen gegeben.

Die Ursachen sind aus unserer Sicht nicht geklärt. Ich wundere mich deshalb schon über den Mut einiger Professoren und auch einiger Politiker.

(Thorsten Geißler [CDU]:
Meinen Sie Herrn Vahrenholt?)

Wie mag es auf die betroffenen Familien gewirkt haben, als in den ersten Kommentaren der Atomindustrie zu dem Berliner Urteil von einer Katastrophe die Rede war? Wie mag der „Monitor“-Bericht auf die betroffenen Familien gewirkt haben? Wie, meine Damen und Herren, wirkt es auf uns alle und auf die betroffenen Familien, wenn am 23. September Professor Neth - ich kenne ihn nicht - in einem Telefax an alle Landtagsfraktionen feststellt, daß es „keinen Zusammenhang zwischen der Leukämieerkrankung der fünf Kinder in der Elbmarsch und dem Kernkraftwerk Krümmel“ gibt und am selben Tag die Professoren Scholz, Kuni, Lengfelder und Schmitz-Feuerhake feststellen, daß gegen den einzig in Frage kommenden Verursacher der Leukämieerkrankungen, daß gegen das Kernkraftwerk Krümmel, nichts unternommen werde.

Ich möchte den betroffenen Familien hier sagen, daß wir ihr Leid mitempfinden und daß wir bei der Forderung nach Aufklärung der Ursachen an ihrer Seite stehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Und wir werden unsere rechtlichen
Möglichkeiten zum Abschalten des
Atomkraftwerkes Krümmel auch nutzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man muß es hier noch einmal deutlich sagen:
Seit den Landtagswahlen 1988 hat die
Atomenergie keine Mehrheit mehr bei den
Bürgerinnen und Bürgern Schleswig-
Holsteins.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Völliger
Quatsch!)

Daß Bundesregierung und Atomindustrie,
daß das Atomgesetz und die Rechtsprechung
den **Ausstieg** aus der Kernenergie gleichwohl
sehr erschweren, ist eine politische Belastung
für unser Land.

(Zuruf des Abgeordneten Dr.
Ottfried Hennig [CDU])

Die Atomenergie ist eine Belastung für die
Sicherheit der Menschen in Schleswig-
Holstein. Die Atomenergie ist eine
ökologische Belastung und sie hat keine
ökonomische Zukunft.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man kann es nicht oft genug wiederholen: In
Schleswig-Holstein gibt es heute in der
Windenergie mehr Arbeitsplätze als in den
drei Atomkraftwerken!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die
werden auch nicht so
schikaniert!)

Die tragenden Parteien dieser
Landesregierung, die Sozialdemokratische

Partei und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
kämpfen seit nahezu zwei Jahrzehnten für die
Beendigung der Nutzung der Kernenergie.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Engholm derzeit besonders!)

„So schnell wie möglich wollen wir die drei
schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke
Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel
stilllegen.“ - So steht es in der
Regierungserklärung der Ministerpräsidentin
Simonis. Und das ist unser gemeinsames Ziel
in dieser Koalition.

(Zurufe der Abgeordneten Dr.
Ekkehard Klug [F.D.P.] und
Wolfgang Kubicki [F.D.P])

Ich möchte Ihnen heute die Grundzüge der
Kernenergiepolitik dieser Landesregierung
darlegen und ausführen, welche
Konsequenzen und Maßnahmen sich daraus
für die Kernkraftwerke Krümmel und
Brunsbüttel aktuell ergeben.

SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
haben in ihrer Koalitionsvereinbarung
gemeinsam eine ethische Entscheidung
getroffen, die auch schon Grundlage der
Regierungspolitik seit 1988 gewesen ist.

„Eine Technik, die niemals versagen
darf und der gegenüber Menschen
niemals versagen dürfen, weil die
Folgen unbeherrschbar sind, kann nicht
verantwortet werden.“

Wir wollen die Kernenergienutzung beenden,
weil Reaktorkatastrophen auch bei den
heutigen westlichen Sicherheitsstandards
nicht mit letzter Sicherheit auszuschließen
sind; weil die Entsorgung des Atom Mülls
weltweit nicht gesichert ist; weil die
Wiederaufarbeitung keine Lösung darstellt,
sondern nur neue Probleme schafft; weil ein
Risikopotential von Innentätern und
terroristischen Drohungen besteht. Deshalb
sagen wir: Bei der Atomenergie ist der

einzig, der einzige echte Schutz, die Beseitigung der Risikoquelle selbst!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hinzu kommt, daß die Nutzung der Atomenergie auch keine Lösung der Bekämpfung der **Klimaprobleme** darstellt. Zum energiepolitischen Ansatz der Landesregierung, das heißt zur Energieeinsparung, zur effizienten Energienutzung und zum Ausbau regenerativer Energien, gibt es keine Alternative.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden wir noch sehen!)

Wir sind anderer Auffassung als das Bundesverfassungsgericht, das ein **Restrisiko** ausdrücklich in Kauf nimmt. Aber stilllegen können wir Atomkraftwerke nur nach Recht und Gesetz. Auch diese Landesregierung verfügt nicht über den Knopf zum Abschalten. Deshalb mußte auch diese Landesregierung Brokdorf nach vierwöchigen Revisionsarbeiten am 20. Juni 1996 die **Zustimmung zum Wiederanfahren** erteilen, nachdem alle Auflagen aus der Revision genau überprüft und erfüllt waren.

Die Zuständigkeit der Landesregierung ist nach heute geltender Rechtslage auf die Genehmigung und Überwachung der Atomanlagen beschränkt - und dies nur in Auftragsverwaltung des Bundes. Dabei gilt unverändert: Wir üben die atomrechtliche Aufsicht zum Schutz der Bevölkerung nach strengsten Maßstäben aus. Das heißt, die Sicherheit der Anlagen und der Schutz der Menschen hat unbedingten Vorrang vor jeden wirtschaftlichen und sonstigen Interessen. Das ist auch eine ethische Entscheidung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das steht bereits im Gesetz!)

- Das ist richtig, daß dies erfreulicherweise im Atomgesetz steht.

Ich weiß - das hat der dreijährige Stillstand von Brunsbüttel gezeigt -, was das für die Unternehmen, die Arbeitnehmer und die betroffene regionale Wirtschaft bedeuten kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Aber bei der Sicherheit von Atomkraftwerken gibt es bei uns kein Taktieren und keine Kompromisse.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die ganze Problematik zeigt, daß eine politische Lösung gefunden werden muß. Im Klartext heißt das, daß der Weg zum Ausstieg über eine neue Mehrheit im Bundestag, über ein **Kernenergieabwicklungsgesetz** gesucht werden muß.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich möchte die Punkte ansprechen, die gegenwärtig in bezug auf das Kernkraftwerk Krümmel Gegenstand des Antrages und aktuell besonders umstritten sind. Das sind das Berliner Verwaltungsgerichtsurteil, der Bericht von „Monitor“ und die Leukämieproblematik.

Worum geht es bei dem **Berliner Urteil**? Es geht um eine Klage der niedersächsischen BUND-Vorsitzenden Renate Backhaus gegen die 1991 erteilte Genehmigung für den Einbau von sogenannten GE-11-Brennelementen im Kernkraftwerk Krümmel. GE steht in diesem Fall für General Electric. Es handelt sich dabei um herkömmliche

Brennelemente, die nichts mit den Mox-Brennstäben zu tun haben. Diese neuen Brennelemente haben einen höheren Urananteil und ermöglichen einen höheren sogenannten Abbrand als die bisher eingesetzten Brennelemente. Das Schleswig-Holsteinische Oberverwaltungsgericht hatte im November 1994 diese Klage abgewiesen und keine Revision zugelassen. Frau Backhaus ist dann vor das Bundesverwaltungsgericht gegangen, das die Revision wegen der rechtsgrundsätzlichen Bedeutung zugelassen hat, und das jetzt mit Urteil vom 21. August 1996 die Entscheidung des OVG Schleswig-Holstein aufgehoben und die Sache zur erneuten Verhandlung an das OVG Schleswig zurückverwiesen hat. Das höchste deutsche Verwaltungsgericht hat dabei das OVG dafür gerügt, daß es die Klage unter Hinweis auf die Unanfechtbarkeit vorangegangener Genehmigungen ohne weitere Prüfung eines möglichen Ursachenzusammenhangs zwischen dem Anlagenbetrieb und den Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch abgewiesen hat.

Die Reaktorsicherheitsbehörde hat 1991 unter Berücksichtigung des damaligen Kenntnisstandes zur Leukämie entschieden - auch wenn ein ehemaliger beteiligter Mitarbeiter sich heute öffentlich davon distanziert, und diese Entscheidung haben wir auch vor dem OVG und dem Bundesverwaltungsgericht vertreten. Das Bundesverwaltungsgericht hat unsere 1991 erteilte Genehmigung nicht aufgehoben - darauf möchte ich ausdrücklich hinweisen. Nun muß das OVG Schleswig erneut entscheiden.

Über das Berliner Urteil ist viel spekuliert worden. Es bleibt abzuwarten, ob es tatsächlich eine völlig neue Rechtsprechung ist, die die bisherige höchstrichterliche Rechtsprechung zu Kalkar, Wyhl, Brokdorf und Lingen sowie die Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte Lüneburg und Schleswig revidiert. Wir müssen die schriftliche Begründung abwarten.

Ich erinnere hier an das bereits dem Verein „Eltern für unbelastete Nahrung“ gemachte Angebot, die Urteilsbegründung aus Berlin atompolitisch und atomrechtlich sorgfältig, gründlich und auch gemeinsam zu diskutieren.

Die Urteilsbegründung aus Berlin ist auch für die anhängige Klage der beiden Ärzte Dr. Clever und Dr. Dieckmann auf Widerruf der Betriebsgenehmigung des Atomkraftwerkes Krümmel von Bedeutung, oder kann für sie von Bedeutung werden.

Die **Zustimmung zum Wiederanfahren** von Krümmel 1994 - nach über einjährigem Stillstand - haben wir nach sorgfältigen technischen und juristischen Prüfungen unter Hinzuziehung externen juristischen und technischen Sachverständes erteilt und dabei hinsichtlich der erforderlichen Schadensvorsorge auf das Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Schleswig vom 27. Mai 1994 abgehoben - ein damals ganz aktuelles Urteil des OVG. In diesem Urteil hat das OVG festgestellt, daß die Notwendigkeit eines Ursachenzusammenhangs zwischen dem Betrieb der konkreten Anlage und der von ihr ausgehenden Gefahr ionisierender Strahlen zu fordern ist.

Dieser Nachweis ist bislang nicht erbracht, und darum haben wir so entschieden. Wir haben uns auch ausführlich mit der Frage der **Leukämie** beschäftigt in der Ablehnung des Antrages auf Widerruf der Betriebsgenehmigung, der jetzt gerichtsanhängig ist. Die entscheidende Frage ist: Bleibt das OVG bei seiner bisherigen Position nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts - für das OVG Schleswig wahrlich keine leichte Entscheidung!

Das ARD-Magazin „Monitor“ hat am 29. August berichtet, daß beim Bau von Krümmel gepusht worden sei. „**Monitor**“ hat den Vorwurf erhoben, daß die Einzelteile

des Reaktordruckbehälters nicht exakt gefertigt worden seien und durch ein unzulässiges Preßverfahren und anschließende Schweißungen zusammengefügt worden seien.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wissen Sie doch schon seit 1988!
- Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was ist denn an „Monitor“ neu?)

- Bleiben Sie ruhig! Sie kommen noch dran.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie können trotzdem mal sagen, was denn neu ist!)

Dabei hätten die Schweißnähte den Preßkräften angeblich nicht standgehalten. Es habe einen unzulässigen Kantenversatz gegeben, der durch eine nicht dem Stand der Technik entsprechende Methode verringert worden sei. Durch Auftragsschweißungen seien verbliebene Kantenversätze beseitigt worden. - So die Hauptvorwürfe.

Sie wissen, daß die damalige CDU-Landesregierung dieses Reparaturverfahren - bei dem man versucht hat, Verformungen des Hohlzylinders mit Hydraulikpressen zu korrigieren - unter Einschaltung von Sachverständigen toleriert und es letztlich kurz vor der Landtagswahl 1988 durch ihre zweite Betriebsgenehmigung sanktioniert hat.

Die erste Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Krümmel vom 14. September 1983 erlaubte den Probetrieb der Anlage für vier Betriebszyklen. Eine Auflage verlangt eine Sicherheitsanalyse für die Gesamtanlage rechtzeitig vor Ablauf des letzten genehmigten Betriebszyklus. Ich weise darauf hin, weil öffentlich der Vorwurf erhoben wird, die generelle Überprüfung des Reaktordruckbehälters hätte schon früher erfolgen müssen. Diese in der ersten Betriebsgenehmigung verlangte Überprüfung hat in einem zwischen Betreiberin und

Behörde abgestimmten Umfang stattgefunden.

Die zweite und jetzt gültige Dauerbetriebsgenehmigung wurde am 11. April 1988 erteilt. Sie sieht auf Empfehlung des TÜV erstmals für Ende 1997 und danach alle zehn Jahre eine umfassende Sicherheitsanalyse der Anlage - also ausdrücklich und umfassend auch des Reaktordruckbehälters - vor. Hier ist die **Periodische Sicherheitsüberprüfung** nach dem neuesten Stand der Technik, wie sie nach Tschernobyl diskutiert wurde, für Krümmel als Auflage verankert. Die Landesregierung fordert eine solche Periodische Sicherheitsüberprüfung als bundeseinheitlichen Standard für alle Kernkraftwerke. Mit Brokdorf sind wir darüber zur Zeit in Gesprächen.

(Beifall der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Der Reaktordruckbehälter war schon früher Gegenstand von Klagen mehrerer Bürger gegen die achte Teilgenehmigung vom 17. Januar 1978. Entscheidungen dazu gibt es vom Verwaltungsgericht Schleswig, vom Obergerverwaltungsgericht Lüneburg und vom Bundesverwaltungsgericht aus den Jahren 1981 und 1988. Im Rahmen der Beweiserhebung hat sich das Obergerverwaltungsgericht Lüneburg 1988 auch mit den in Rede stehenden Kantenversätzen beschäftigt.

Die in der „Monitor“-Sendung am 29. August erhobenen Vorwürfe über Pfusch am Bau werden von uns rückhaltlos aufgeklärt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die sind alle aufgeklärt! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nichts!)

Unsere Untersuchungen haben bisher ergeben: Es sind Meßabweichungen an den zylindrischen Teilen aufgetreten. Der vor

dem Pressen gemessene maximale Kantenversatz betrug 23 mm.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wissen Sie doch alles schon seit 1988!)

Die Kantenversätze wurden vor dem Schweißen mit hydraulischen Pressen ausgerichtet. Es wurden Reparaturschweißungen durchgeführt, um Schlackeneinschlüsse in den Schweißnähten zu beseitigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wissen Sie alles schon seit 1988!)

Deshalb haben Staatssekretär Voigt und ich eine Reihe von Sonderprüfungen eingeleitet.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wegen acht Jahre alter Dinge!)

Wir prüfen, ob das auf der Baustelle angewendete Verfahren zulässig war. Wir prüfen die Herstellungsdocumentation des Reaktordruckbehälters darauf hin, ob er auf dem Transport oder bei anderen Handhabungen Verformungen erlitten hat. Wir prüfen, ob die Herstellung nach vorgeprüften Spezifikationen erfolgte. Wir erstellen eine Spannungsanalyse zur Feststellung der Spannungen, die in das Reaktordruckgefäß durch das Ausrichten eingeleitet wurden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das haben Sie vor acht Jahren nicht getan? - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Ausstiegsorientierter Gesetzesvollzug! Nur Heuchelei ist das!)

Wir führen Sichtprüfungen der inneren Oberfläche des Reaktordruckbehälters an den Positionen der Stempelaufgaben durch. Es erfolgen Ultraschallprüfungen der Baustellenschweißnähte CW 34 und CW 78 von außen, während der Revision 1996 zu 100 %, begleitet und bewertet durch

Gutachter des TÜV und unabhängig davon durch Gutachter der Bundesanstalt für Materialprüfung. Es erfolgt auch eine Befragung von Behördenmitarbeiterinnen und -mitarbeitern sowie Gutachtern, die seinerzeit mit der Angelegenheit befaßt waren.

Im übrigen wird die Aufklärung derzeit auch aufgrund der Anzeige der „Christlichen Demokraten gegen Atomkraft“ von der Staatsanwaltschaft Lübeck betrieben. Das ist für uns eine Verpflichtung, daran zu arbeiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich fasse zusammen: Die aktuellen Untersuchungen laufen zur Zeit. 50 % der Schweißnaht CW 34 sind bereits überprüft, ohne daß sich eine Auffälligkeit ergeben hat. Der Rest befindet sich in der Überprüfung. Eine Prüfung der Stellen im Inneren des Reaktordruckbehälters, auf denen die Hydraulikpressen aufgesetzt wurden, hat nach bisherigem Kenntnisstand keine Auffälligkeit ergeben. Die Sonderbegutachtung durch die Bundesanstalt für Materialprüfung läuft. Die Periodische Sicherheitsüberprüfung für das Jahr 1997 wird konzeptionell und anlagenbezogen gemeinsam mit verschiedenen Sachverständigen - darunter auch das Öko-Institut - vorbereitet.

Sollten die in Rede stehenden und veranlaßten Sonderprüfungen und Begutachtungen keine Auffälligkeiten ergeben, sehe ich keine Chance, die sich aus der Betriebsgenehmigung ergebene für 1997 anstehende gesamte, umfassende Periodische Sicherheitsüberprüfung des Reaktordruckbehälters, wie im Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gefordert, auf 1996 vorzuziehen.

Wir hoffen, daß die schriftliche Begründung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes wie angekündigt Ende September eingeht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hoffen wir auch!)

Ich schließe aber nicht aus, daß wir, wenn sich die gerichtliche Entscheidung verzögert, die **Zustimmung zum Wiederanfahren** gegebenenfalls vor Kenntnis der schriftlichen Begründung erteilen müssen. Zeitpunkte können nicht genannt werden; die derzeitige Revision ist noch nicht abgeschlossen. Das hängt davon ab, wann das Urteil kommt.

Wenn sich aber aus dem Berlin-Urteil neue Erkenntnisse ergeben, werden wir diese im aufsichtlichen Verfahren nach § 19 Abs. 3 Atomgesetz prüfen und gegebenenfalls das Abfahren der Anlage verfügen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum erklären Sie Selbstverständlichkeiten?)

Es wäre allerdings eine vertrauensbildende Maßnahme, wenn die Betreiberin der Anlage in dieser Situation dem im Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enthaltenen Appell folgen und auf das Anfahren des Kernkraftwerks freiwillig verzichten würde. Das kann ein Betreiber.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Schlimm, schlimm! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Herr Möller! Wenn Sie das bezahlen, ist das ja in Ordnung! - Abg. Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie betreiben doch nichts anderes als Angstmachen!)

Ein Wort zur Leukämieproblematik! Die weltweiten Untersuchungen verschiedener Leukämiehäufungen zeigen, wie schwierig eindeutige Nachweise zu führen sind. Auch hier hoffen wir, daß das Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes möglichst deutliche Aussagen dazu enthält, wie die

Frage der Kausalität zu behandeln ist und wem die Last der Nachweisführung obliegt.

Wir haben gerade erlebt, wie über viele Jahre mit hoher wissenschaftlicher Kunstfertigkeit ein Zusammenhang von BSE bei Rindern und der Creutzfeldt-Jacob-Krankheit beim Menschen bestritten worden ist.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist vielleicht ein Vergleich!)

Dann sind diese wissenschaftlichen Ergebnisse zusammengebrochen wie ein Kartenhaus.

Die Landesregierung wird deshalb den Ursachen mit einer Fallkontrollstudie und mit Untersuchungen zur Strahlenbiologie und zur kleinräumigen Meteorologie auf den Grund gehen. Auch das Berliner Urteil unterstreicht übrigens die Notwendigkeit, die Klärung der Ursachen für die **Leukämien in der Elbmarsch** zügig voranzutreiben. Ich freue mich, daß auch die CDU - so wie ich den Antrag gelesen haben - dies vom Grundsatz her unterstützt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aus aktuellem Anlaß möchte ich zur Situation im Atomkraftwerk **Brunsbüttel** Stellung nehmen. Die HEW haben durch die Kernkraftwerk Brunsbüttel GmbH das Energieministerium am 19. September 1996 beim Obergericht darauf verklagt, die Zustimmung zum Wiederanfahren zu erteilen und gerichtlich feststellen zu lassen, daß die Zustimmung zum Wiederanfahren unverzüglich, spätestens jedoch am 13. September 1996, hätte erteilt werden müssen.

Dazu sage ich folgendes:

Die Betriebsgenehmigung für das Atomkraftwerk Brunsbüttel von 1983 bestimmt, daß nach den jährlichen

Revisionen die Zustimmung der Aufsichtsbehörde zum Anfahren einzuholen ist.

Am 10. September 1996 hat die KKB GmbH die Anlage als technisch anfahrbereit erklärt und dazu umfangreiche Unterlagen vorgelegt. Eine Stellungnahme des TÜV, der diese Unterlagen für uns vorprüft, ist hierzu am 18. September 1996 vorgelegt worden. Sie wird wie üblich von der Behörde geprüft und ausgewertet.

Meine Damen und Herren, wir lassen uns durch die Klage der HEW nicht von unserem Kurs der gründlichen und vollständigen Sicherheitsüberprüfung abbringen. Wir lassen uns nicht einschüchtern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sicherheit geht vor Wirtschaftlichkeit.

(Beifall bei der SPD)

Die Überprüfung der Anfahrbereitschaft ist auch deshalb

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

gründlich wahrzunehmen, weil nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, HEW bestimmte sicherheitstechnische Nachrüstungen durchgeführt hat. Wir haben dann besonders begutachten lassen, ob Brunsbüttel ohne diese Nachrüstung an das Netz gehen kann. Ich sage noch einmal: Wir prüfen auch im Zusammenhang mit dem Wiederanfahren, inwieweit und zu welchem Zeitpunkt wir die Nachrüstung der bekannten Speisewasser- und Frischdampfleitungen sowie der Isolationsventile durchsetzen können. Wir prüfen das insbesondere deshalb sorgfältig, weil die Betreiberin eine Teilgenehmigung für den Ersatz der Speisewasserleitungen zu unserer Überraschung mit Hinweis auf das Berliner Urteil nicht in Anspruch genommen hat. Das hat uns doch sehr stutzig gemacht.

Diese Überprüfungen laufen. Ich werde heute keinen Tag nennen, aber wenn sich nichts weiteres ergibt, wird die Entscheidung in Kürze fallen.

Meine Damen und Herren, Umweltminister Steenblock und ich sind heute abend bei einer Bürgerversammlung in Geesthacht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Dazu brauchen wir eine
Regierungserklärung!)

Mir ist bewußt, daß wir den Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger - jedenfalls so, wie sie bisher und auch in der Vergangenheit artikuliert worden sind (sofortiges Abschalten) - nicht gerecht werden können. Diese Landesregierung ist rechtlich gehindert, das zu tun, was sie politisch für wünschenswert hält.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Gott sei Dank!)

Wir halten es für richtig und notwendig, daß das Kernkraftwerk Krümmel nicht wieder an das Netz geht, bevor die Berliner Urteilsbegründung vorliegt und ausgewertet werden konnte. Rechtlich sind wir sehr wahrscheinlich daran gehindert, dies durchzusetzen.

Wir halten es politisch für richtig und notwendig, daß Krümmel eigentlich nicht wieder an das Netz geht, bevor die Ursachen der Leukämien im Umkreis wirklich aufgeklärt sind. Wir sind aber rechtlich gehindert, dies durchzusetzen, weil wir keine neuen Erkenntnisse haben, die das Kernkraftwerk belasten. Ich habe nach dem derzeitigen Kenntnisstand zur Ablehnung auf Widerruf der Betriebsgenehmigung aus der heutigen Sicht nichts hinzuzufügen. Zur rechtlichen Angelegenheit habe ich mich geäußert. Das bedeutet, daß die Anfahrzustimmung aus diesem Grunde nicht verweigert werden kann. Ich sage noch einmal: Aus diesem Grunde. Die Revisionen laufen schließlich noch.

Lassen Sie mich zum Schluß folgendes sagen: Günther Anders hat in seinem Buch „Die Antiquiertheit des Menschen“ 1956 drei Hauptthesen aufgestellt:

„Daß wir der Perfektion unserer Produkte nicht gewachsen sind; daß wir mehr herstellen als wir vorstellen und verantworten können; und daß wir glauben, das, was wir können, auch zu dürfen, nein: zu sollen, nein: zu müssen.“

Ich glaube nicht, daß wir das, was wir in der Atomtechnologie können, auch dürfen, sollen oder gar müssen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, deshalb wollen wir erstens die Nutzung der Atomenergie beenden und zweitens in der Sicherheitsfrage hart bleiben und kompromißlos dem Schutz der Menschen unseres Landes verpflichtet sein, solange der Ausstieg nicht geschafft ist.

(Anhaltend lebhafter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich den nächsten Redner aufrufe, darf ich auf der Tribüne Gäste begrüßen, und zwar Schülerinnen und Schüler der Realschule Altenholz und des Gymnasiums Heikendorf mit ihren Lehrerinnen und Lehrern. Herzlich willkommen!

(Beifall im ganzen Haus)

Das Wort zur Begründung des Antrags - Drucksache 14/232 - ist nicht gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Oppositionsführer Dr. Hennig.

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt niemanden, der die Sorgen der Bevölkerung in der Elbmarsch wegen der tatsächlichen Ursachen der Leukämiefälle nicht außerordentlich ernst nimmt. Dies bringt unser Antrag in seinem ersten Satz sehr deutlich zum Ausdruck. Es gibt aber manche, die diese Sorgen instrumentalisieren und dann in einen Zusammenhang stellen. Dies finde ich mies, opportunistisch und unehrlich.

(Beifall bei der CDU)

In der Energiepolitik beginnt jetzt genau der quälende Eiertanz, der nach den Formulierungen des rot-grünen Bündnisvertrages zu erwarten gewesen ist.

(Beifall bei der CDU)

Dort wird die **Ausstiegspolitik** festgeschrieben, obgleich man genau weiß, daß ein sofortiger Ausstieg überhaupt nicht möglich ist. Deshalb ist die heutige Regierungserklärung genauso quälend.

Herr Möller, die gesamte erste Hälfte der Regierungserklärung war nichts anderes als eine rhetorische Ausstiegserklärung als Grußadresse an alle rot-grünen Partner. Relevanz für das Regierungshandeln oder irgendeinen Neuigkeitswert hatte das alles überhaupt nicht.

Dort, wo es in der zweiten Hälfte konkret wurde, mußten sie eingestehen, daß alle bisherigen Überprüfungen keinen Grund für Beanstandungen ergeben haben. Ansonsten haben wir viel gehört, was wäre wenn, was Sie nicht ausschließen und was sein könnte. Das waren alles nichtssagende Unverbindlichkeiten. Damit hätten Sie sich diese Regierungserklärung im Grunde genommen gänzlich sparen können.

(Beifall bei der CDU)

Einen erklärbaren Grund für diese Regierungserklärung gibt es allerdings: Der Grund liegt im Aufbegehren der grünen Basis.

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist das!)

Ihr völlig überflüssiger Staatssekretär für Energie

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Pfui! Das werden Sie noch sehen, wie „überflüssig“ der ist!)

- Herr Hentschel, Sie können den Streichungsantrag für seine Stelle schon vorbereiten -

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie werden noch sehen, wie „überflüssig“ der ist!)

soll endlich seine Existenzberechtigung nachweisen. Deshalb hat er Ihnen möglicherweise diese Rede geschrieben. Das ist aber doch ein erneutes, peinliches Kapitel des rot-grünen Bündnisses in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese Regierungserklärung und der rot-grüne Antrag dazu sind die logische Fortsetzung einer verhängnisvollen Politik, die wir schon einmal viel zu lange erleben mußten. Der **ausstiegsorientierte Gesetzesvollzug** wird wieder einmal zur Handlungsmaxime der Landesregierung.

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, natürlich!)

- Ja, zugegebenermaßen. Vielen Dank. - Was zu beweisen war.

Nach dem unrühmlich Abgang der Herren Jansen und Sauer hatten wir und hatte vor allem die Wirtschaft in unserem Lande auf eine pragmatische Politik gehofft. Eine Zeitlang schien es so, als sei sie erreichbar, als zum Beispiel das **Kernkraftwerk Brunsbüttel** nach dem traurigen Rekord - ich wiederhole: nach dem traurigen Rekord - von fast drei Stillstandsjahren - und zwar nicht aus technischen, sondern allein aus politischen Gründen - doch wieder ans Netz gehen konnte.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schade!)

- „Schade“ lautete der Zwischenruf; ich glaube, er kam von Frau Fröhlich. - Nun aber erleben wir, daß der Energieminister wieder an die Leine gelegt werden soll. Das Ziel ist es, die Kernkraftwerke stillzulegen, koste es, was es wolle, egal, ob die Begründung stimmt oder nicht.

(Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Wir erleben es jetzt beim **Kernkraftwerk Krümmel**. Da werden die Begründungen konstruiert, wie sie passen. Natürlich machen auch wir uns Gedanken und nehmen - ich habe dies bereits gesagt - die Sorgen der Menschen ernst, vor allem wenn Kinder an Leukämie erkranken.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Dr. Hennig, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

Dr. Ottfried Hennig [CDU]:

Bitte sehr, Herr Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Dr. Hennig, sind Sie denn der

Meinung, daß dieser dreijährige Stillstand in Brunsbüttel nicht nach Recht und Gesetz abgewickelt wurde?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

- Ich bin der Meinung, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung an genau das gleiche Gesetz gebunden ist wie die baden-württembergische Landesregierung. Der dortige sozialdemokratische Umweltminister hat das Wiederauffahren nach 17 Wochen genehmigt, hier ist es nach drei Jahren genehmigt worden. Der Rest ist Politik.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P. - Zurufe der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Natürlich machen auch wir uns Sorgen und nehmen die Sorgen und Nöte der Menschen ernst.

(Wortmeldung der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ich möchte jetzt gern im Zusammenhang vortragen. - Ich sage das, was Herr Möller gesagt hat, ebenfalls: Unser Mitgefühl gilt den Familien. Aber wir sind weit davon entfernt, dies für politische Stimmungen zu instrumentalisieren.

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Herr Möller, da kann ich es Ihnen nicht ersparen - und dies zeigt das ganze Ausmaß des Opportunismus der heutigen Regierungserklärung -, Ihnen das vorzuhalten, was Ihr Kollege Vahrenholt gestern in Hamburg erklärt hat.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch ein Sozialdemokrat!)

- Das ist auch ein Sozialdemokrat, und zwar ein sehr ernstzunehmender, fachkompetenter, zuständiger.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Ahnung hat er!)

- Keine Ahnung hat er?

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das werde ich Ihnen nachher zeigen!)

- Ah, ja. Ich zitiere ihn zunächst einmal:

„Anders ausgedrückt: Nichts spricht derzeit für Krümmel als Ursache der Leukämiehäufung.“

Oder:

„Wenn etwas als mögliche Ursache für die Leukämiehäufung ausgeschlossen werden kann, dann das Kernkraftwerk Krümmel.“

(Konrad Nabel [SPD]: Völlig unhaltbar!)

An anderer Stelle heißt es:

„Ich komme zu dem Schluß, daß nach allen uns vorliegenden Erkenntnissen Krümmel als Ursache ausscheidet. Ich hoffe, ich habe das heute in diesem umfangreichen Papier für alle nachvollziehbar dargelegt, und ich bitte jeden, ob Politiker oder Medienvertreter, sich selbstkritisch zu prüfen, ob er in der Vergangenheit nicht unbewußt die Kinderleukämie in der Elbmarsch instrumentalisiert hat, sei es als Schlagzeilenmaterial oder als

Hebel für den Einstieg in den Ausstieg aus der Atomenergie.“

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Damit sind auch Sie, Herr Möller, gemeint. Das müssen Sie sich hinter die Ohren schreiben. Ich halte Ihnen vor, was Sie selber, ausweislich Ihrer eigenen Ausarbeitung vom 28. September, die Sie zitiert haben, an die beiden Kläger Dr. Clever und Dr. Dieckmann geschrieben haben. Das, was in dem Schreiben steht, zitiere ich auszugsweise, meine Damen und Herren. Dort heißt es:

„Ganz im Gegenteil. Die Emissionen des Kernkraftwerkes Krümmel sind - davon muß die Behörde nach allem ausgehen - besonders klein. Der vorstehend geschilderte abgesicherte Kenntnisstand schließt nach dem derzeitigen Stand des Wissens eine Verursachung der Leukämiefälle durch den Betrieb des Kernkraftwerkes Krümmel aus.“

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist ein kleiner Unterschied!)

Zitat aus Ihrem Ministerium, meine Damen und Herren!

Wenn ich das zusammenfasse, dann frage ich Sie: Was hat es seit dieser Ausarbeitung sorgfältigster Art vom September 1995 an neuen Erkenntnissen gegeben, außer einer „Monitor“-Sendung, die uralte Geschichten aufgewärmt hat und die Sie nun in den Mittelpunkt einer Regierungserklärung stellen?

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ein letztes Zitat aus diesem Ablehnungsbescheid, der an Deutlichkeit wirklich nichts zu wünschen übrigläßt:

„Nach allem liefert der heutige Kenntnisstand“

- so schreiben Sie -

„keinerlei wissenschaftliche Bestätigung dafür, daß die Leukämiehäufung in der Elbmarsch in der Anlage des Kernkraftwerkes Krümmel oder seines Betriebes begründet sein könnte.“

Das stammt aus Ihrem Hause, von Ihnen, Herr Möller.

(Minister Claus Möller: Habe ich heute etwas anderes gesagt? - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Er hat heute nichts anderes gesagt!)

- Aber dann frage ich Sie, bitte schön: Warum denn diese Panikmache aufgrund einer „**Monitor**“-Sendung? Das müssen Sie doch beantworten!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Oder anders gefragt: Was ist denn wirklich dran an den Vorwürfen, das Kernkraftwerk sei Verursacher dieser **Leukämieerkrankungen**?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Hennig, wollen Sie „Monitor“ abschaffen?)

Herr Möller, das ist eine klare Aussage, mit der Sie auch beim Wort genommen werden. Oder liegen Ihnen inzwischen andere, wissenschaftlich begründete Erkenntnisse vor? Darüber werden wir noch ausführlich zu diskutieren haben.

Und dann waren es im Frühjahr erhöhte **Cäsiumwerte** einer Meßstation, die für ein Abschalten erhalten sollten. Dieses Thema hat sich inzwischen als völlig unergiebig herausgestellt.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das stimmt auch nicht!)

- Entweder stimmt das, was Sie sagen, oder es stimmt das, was Herr Möller gesagt hat. Diesen Widerspruch müssen Sie doch erkennen.

Dieses Thema hat sich also als unergiebig herausgestellt. Immerhin mußte auch hier das Energieministerium bescheinigen, daß kein Abschaltungsgrund zu konstruieren sei. Ich zitiere Sie wörtlich:

„Das Atomkraftwerk wird dauernd überwacht. Unsere Messungen, die vom Öko-Institut Darmstadt als sehr zuverlässig eingestuft werden, geben keine Anhaltspunkte für erhöhte Emissionen.“

So Ihr Sprecher, Herr Möller, gegenüber „dpa“ am 21. Juli 1996. Also wieder Fehlanzeige! Da kam „Monitor“ für diese Regierungserklärung wie gerufen.

Beim Bau des Kernkraftwerkes Krümmel sei gepfuscht worden, heißt es. Tatsächlich ist genau der Aspekt der Zusammenfügung einzelner Stahlteile des **Reaktordruckbehälters** bereits Gegenstand des Gerichtsverfahrens zur 8. Teilgenehmigung des Kernkraftwerkes vor dem Obergerverwaltungsgericht Lüneburg gewesen. Das angeblich neue brisante Thema, im Stile des Enthüllungsjournalismus aufgepeppt und vermarktet, hat also überhaupt keinen Neuigkeitswert. Das Thema ist ein uralter Hut, und Sie wissen dies.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es ist auch interessant, Herr Möller, was Sie selbst am 29. August zu den „Monitor“-Behauptungen erklärt haben.

„Bislang“

- so zitiere ich Sie -

„konnte nicht festgestellt werden, daß die Auffälligkeiten bei der Errichtung des Reaktordruckbehälters dessen Integrität in Frage gestellt und eine Möglichkeit der Stilllegung des Reaktors gegeben hätten.“

So wörtlich der Energieminister im Pressedienst der Landesregierung vom 29. August!

Das alles paßte Ihrem grünen Koalitionspartner ganz offensichtlich nicht in den Kram. Deshalb haben Sie sehr schnell damit begonnen, an einer neuen Legendenbildung zu stricken. Denn anders ist Ihre in den „Lübekker Nachrichten“ vom 5. September wiedergegebene entgegengesetzte Äußerung nicht zu erklären. Danach haben Sie in Geesthacht gesagt - ich zitiere Sie wiederum wörtlich -:

„Es hat mich erstaunt zu hören, wie der Druckbehälter zusammengeschweißt wurde.“

Ogleich dies alles gerichtsnotorisch bekannt und in Ihren Akten vorhanden war. Was ist das für ein erbärmlicher Opportunismus!

(Anhaltender demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie peinlich für einen Minister, der Aufsichtsbehörde ist, so etwas zu erklären!)

Deshalb ist es mehr als durchsichtig, was SPD und Grüne mit ihrem Antrag und Sie mit Ihrer überflüssigen Regierungserklärung bezwecken. Es geht im Kern nicht um mehr Sicherheit. Im Grunde geht es um die **Stilllegung** schlechthin. Deshalb müssen jetzt seit langem geklärt Vorwürfe für eine Stilllegung herhalten, die SPD und Grüne fordern. - Siehe Ihre Schlußsätze!

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Nur Stilllegung schafft
Sicherheit!)

- Jetzt kommen wir zu einem interessanten Punkt, Herr Hentschel: Warum fordern Sie eigentlich die Stilllegung vom Betreiber? Wenn Sie wirklich sicher sind, daß hier Sicherheitsrisiken vorliegen, dann dürften Sie es nicht bei einem unverbindlichen Appell an den Betreiber, an die Hamburgischen Electricitätswerke, bewenden lassen, er möge doch bitte schön das Kernkraftwerk vom Netz lassen, wie Sie es heute gesagt haben. Wenn das alles wirklich so ist, wie Sie befürchten und behaupten, dann müßten Sie konsequenter sein. Dann wäre es die Pflicht der Landesregierung, das Kraftwerk zwangsweise vom Netz zu nehmen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das steht im Gesetz!)

Und dann wäre es auch konsequenter von der SPD und von den Grünen, den Appell nicht an den Betreiber, sondern an die **Landesregierung** zu richten. Das wäre konsequent!

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Würden Sie denn einem entsprechenden Antrag zustimmen? - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben den Antrag schon einmal gestellt! Da hat die SPD nein gesagt!)

Genau das tun Sie mit Ihrem Antrag aber nicht. Warum nicht? Weil Sie ganz genau wissen, Herr Hentschel, daß Ihre Vorwürfe und Forderungen auf tönernen Füßen stehen. Deswegen stellen Sie diesen Antrag hier nicht.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil das Atomgesetz entsprechend gestrickt ist, darum! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist völliger Quatsch!)

Die Frage geht auch an die Landesregierung: Wenn es denn so wäre - mit all den Vorwürfen, die Sie erheben -, warum verfügen Sie dann nicht die weitere Stilllegung aus diesen Gründen? Sie tun es nicht, weil auch Sie wissen, daß mit längst widerlegten Geschichten Schiffbruch erlitten werden würde.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Von fundamentalistischen grünen Kernkraftgegnern ist eine andere Politik nicht zu erwarten.

Viel schlimmer ist es aber, daß sich die SPD selbst jetzt offenbar freiwillig an die Seite der Grünen stellt. Anders ist es nicht erklärbar, daß Sie uns diesen Antragstext gemeinsam vorlegen

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist das Lemminge-Syndrom!)

und daß sich der Energieminister in der Regierungserklärung so weit auf grünes Terrain begibt. Mit dieser gemeinsamen Politik schüren Sie Ängste in der Bevölkerung, anstatt über die Sache aufzuklären. Sie spielen mit dem Standortfaktor „Energieversorgung“, als hätte dies mit Arbeitsplätzen in Schleswig-Holstein, als hätte dies mit dem Wirtschaftsstandort überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wenn es denn wirklich um die **Sicherheit** ginge, meine Damen und Herren, dann wäre das etwas anderes. Aber Ihnen geht es nicht um die Sicherheit.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Nee!)

Ihnen geht es um eine ideologisch bedingte **Ausstiegspolitik**, und das werfe ich Ihnen vor; das ist Opportunismus, das ist verantwortungslos, das ist einer Regierung Schleswig-Holsteins völlig unwürdig.

(Anhaltender Beifall bei CDU
und F.D.P. - Konrad Nabel
[SPD]: Das war ein trauriger
Beitrag! - Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]: Wunderbar, Ottfried!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wodarz.

(Anhaltender Beifall bei CDU
und F.D.P.)

Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!
Vielen Dank für den Applaus!

„Der Strahlenalarm in Tschernobyl“ - das ist eine ganz uralte Überschrift, denken Sie. Diese Meldung stammt aber nicht vom 26. April 1986, dem Zeitpunkt der damaligen Katastrophe, sondern vom 18. September 1996. Dies war dem „Hamburger Abendblatt“ einen kleinen Einspalter wert; in anderen Tageszeitungen habe ich das kaum noch gefunden.

Die radioaktive Strahlung des vor zehn Jahren explodierten Reaktorblocks ist wieder angestiegen, und man befürchtet unkontrollierte Reaktionen. Wie nahe Tschernobyl im Augenblick der Katastrophe sein kann, haben wir alle erlebt. Aber wir haben auch erlebt, wie einige Politikerinnen und Politiker - hier spreche ich Sie ganz besonders an, Herr Dr. Hennig - dies nicht besonders beeindruckt zu haben scheint.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang von miesem Opportunismus, von Panikmache - ich konnte mir dieses ganze Negativ-Vokabular gar nicht so schnell aufschreiben - sprechen,

(Meinhard Füllner [CDU]: Was hat das denn mit Krümmel zu tun!)

dann muß ich Ihnen in gewisser Weise die Ernsthaftigkeit absprechen.

(Beifall bei der SPD - Meinhard Füllner [CDU]: Quatsch!)

- Sehen Sie, auch die Reaktion „Quatsch“ ist nicht besonders sachdienlich.

Beschwichtigend wird in diesem Zusammenhang immer wieder auf den hohen **Sicherheitsstandard** in der Bundesrepublik hingewiesen, auf die außerordentliche Qualität des Baumaterials, die Professionalität der Betreiber und das Verantwortungsbewußtsein der kontrollierenden Aufsichtsbehörden - übrigens ein Gesichtspunkt, den der damalige Atomminister Töpfer seinerzeit auch für die ostdeutschen Meiler gelten lassen wollte.

Wie präzise deutsche Reaktorwertarbeit aber sein kann, erfahren wir im August 1996. Für den Bau von **Druckbehältern** wurde verformter Stahl mit Hydraulikpressen gewaltsam korrigiert. Von „Pfusch am Bau“ wollten die HEW als Betreiber von Krümmel nichts wissen und bezeichneten das hydraulische Ausrichten und das anschließende Verschweißen als „üblich und dem Stand der Technik entsprechend“.

Die Betriebsgenehmigung wurde 1988 - Herr Möller hat darauf hingewiesen -, übrigens ganz wenige Tage vor der Landtagswahl, noch von einer CDU-Landesregierung erteilt.

Herr Dr. Hennig, wenn Sie immer wieder auf Recht und Gesetz abheben und fragen, warum das in anderen Bundesländern oder in anderen Situationen anders angewendet wird - sicher, das Recht gibt einen Rahmen, der auch in gewisser Weise interpretierbar ist, aber das Gesetz kann leider nicht alle Motive erfassen. Ich gehe auch davon aus, daß damals die Betriebsgenehmigung Rechtens war; sie war dennoch eine unmögliche politische Aktion.

(Beifall bei der SPD)

Bei einer Sonderprüfung wurden schon 1993 **Risse in Schweißnähten** entdeckt, und man war sich einig, daß es sich um Spannungsriß-Korrosion handelte. Wir möchten auch noch Aufklärung erhalten, ob diese Risse im Betrieb gewachsen sind. Man konnte darüber ja noch nichts erfahren.

Ab April 1994 hat die Reaktorsicherheitsbehörde die Zustimmung zu Reparaturarbeiten im Kernkraftwerk Krümmel erteilt. Einer Landesregierung, die höchste Sicherheitsmaßstäbe anlegen will, läßt die Rechtsprechung nur begrenzten Spielraum - das hat Herr Minister Möller hier ganz deutlich gemacht -, denn insbesondere nach dem sogenannten **Kalkar-Urteil** sind Betriebsgenehmigungen auch dann zulässig - ich zitiere -, „wenn die Wahrscheinlichkeit eines künftigen Schadens nicht mit letzter Sicherheit auszuschließen ist“. Auch das, meine Damen und Herren, ist leider Recht und Gesetz; bewerten kann man es sicherlich unterschiedlich.

Die Begründung zu dem aktuellen **Urteil des Bundesverwaltungsgerichts** liegt uns noch nicht im Wortlaut vor, aber wir können uns durchaus vorstellen, daß sich die Rechtslage deutlich verändern kann, insbesondere durch die Umkehrung der Beweislast.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die ist doch gar nicht ausgesprochen!)

- Nun warten Sie doch ab! - Wenn dieser Ansatz durchstünde, Herr Kubicki, dann hätten wir einen Standard, der natürlich über die Kernenergieproblematik weit hinausgehen könnte und Ihnen sicherlich auch so manchen Auftrag garantierte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Die Haltung der SPD in Schleswig-Holstein bleibt unbeschadet der rechtlichen Klarstellungsprozesse unverändert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ortsparteitagsniveau ist das, wie Sie argumentieren! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Wollen Sie die Beweislastumkehr? Dagegen hat die SPD 100 Jahre gekämpft, daß die Beweislast umgekehrt wird!)

So! Sie können sich ja nachher gern noch einmal zu Wort melden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auf solche Beiträge reagieren wir gar nicht!)

- Dann ist es ja gut; warum reagieren Sie dann aber ständig? Ich möchte Sie bitten, sich ruhig einmal etwas zurückzuhalten.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

- Ich möchte noch einmal eines ganz klar feststellen, Herr Dr. Hennig - wahrscheinlich muß man das des öfteren sagen, damit Sie es nicht immer wieder neu in Frage stellen -: Wir in Schleswig-Holstein wollen den **Ausstieg aus der Kernenergie**.

(Beifall bei der SPD)

Für uns gibt es da auch gar keine Kompromisse.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dann soll er doch stilllegen!)

Wir wollen auch keine Option für eine zukünftige Nutzung offenhalten. Wir sehen uns aber - und das müssen wir auch - an Recht und Gesetz gebunden. Damit ist unser politischer Handlungsspielraum eingegrenzt. Vielleicht - es ist heute schon so oft gesagt worden - lernen Sie das jetzt.

Wir werden uns aber mit allen demokratischen und rechtsstaatlichen Mitteln für eine **Veränderung der Rechtslage** einsetzen -

(Beifall bei der SPD)

auch das hören Sie -, weil unsere Vorstellungen von Schutz und Fürsorge für die Bevölkerung nicht von dem Gewinnstreben einiger Multis diktiert werden, wie es bei Ihnen von der CDU und der F.D.P. der Fall zu sein scheint,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist ja das Letzte! Herr Engholm arbeitet für die Multis, wir nicht!)

sondern von dem Wissen um die latente Gefahr bestimmt sind, die von diesen Kraftwerken ausgeht, und von dem Wissen um die fast irreversible Verschmutzung unserer Welt durch atomaren Müll, den wir vielen zukünftigen Generationen schon heute hinterlassen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es geht Ihnen nicht um die finanzielle Geschichte?)

Den Äußerungen des Oppositionsführers Dr. Hennig und Ihren ständigen Bemerkungen zu diesem Thema, Herr Kubicki, kann ich eigentlich entweder nur Blauäugigkeit oder rigorosen Zynismus unterstellen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kein Pressesprecher eines Kernkraftwerks würde heute gegenüber der Öffentlichkeit in dieser laxen und flapsigen Art mit den **Gefahren der Kernkraft** umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Sie sprechen hier ständig von „Panikmache“, „altem Hut“, „Pressekampagnen“, als wenn nicht wirklich eine tödliche und bedrohliche Gefahr im Hintergrund läge; da kann man doch nicht so darüber reden, als wenn das eine Masche oder eine Macke wäre.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Herr Möller hat heute in der Regierungserklärung das Gegenteil festgestellt!)

Die SPD hat neue Wege der Energiegewinnung aufgezeigt und sie auch beschritten. Wir wollen - auch da sind wir wieder an Recht und Gesetz gebunden - ein **Kernenergieabwicklungsgesetz** für den Ausstieg schaffen, und zwar im Konsens mit allen gesellschaftlichen Kräften - von der Energiewirtschaft über Umweltverbände, Gewerkschaften, Parteien, Bürgerinitiativen bis zur Wirtschaft.

Es ist doch ein längst überholtes Vorurteil, daß eine Wirtschaft ohne Kernenergie nicht wettbewerbsfähig wäre. Gerade Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Jahren gezeigt, welche wirtschaftlichen und technischen Impulse freierwerden, wenn man **Alternativen zur Kernenergie** eine Chance gibt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Hennig, Sie haben Pragmatismus angemahnt. Wo bleibt er denn angesichts dieser Tatsache? Die These „Mehr Wohlstand durch Vermeidung unnötigen Energiebedarfs“ wird doch durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze und guter Verdienstmöglichkeiten in dem Bereich

energiesparendes Bauen, bei dem Bau von Blockheizkraftwerken sowie in der Windmühlen- und Solarindustrie deutlich. Es wurde heute schon angesprochen: Die Windmühlenindustrie bescherte uns zirka 1000 neue zusätzliche hochqualifizierte und gut dotierte Arbeitsplätze. Der Weggang von ASE in Wedel ist eher ein sichtbares Zeichen einer falschen Industriepolitik der Bundesregierung!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wir können nur froh sein, daß die Landesregierung und einige lokale Politiker - ich habe mir sagen lassen, daß auch einige Politiker der CDU und private Investoren dabei waren - dafür gekämpft haben, daß diese Technik und das Know-how zumindest dem Ansatz nach in Wedel geblieben sind.

Ich habe heute in der Zeitung lesen können: Öko-Kraftwerke aus Glücksburg - ein Exportschlager. - Es ist doch keine Gefährdung für den Standort Schleswig-Holstein, wenn wir mit solchen Energien und Techniken neue Arbeitsplätze schaffen. Ich weiß nicht, warum das unpragmatisch oder realitätsfremd sein soll.

Eine ganze Branche hat sich darüber hinaus in der Energieberatung und der Entwicklung von Einsparkonzepten aufgetan. Gebremst wird dieser Industriezweig jedoch immer wieder von der Dominanz der Kernenergie, die nach wie vor eifrige Unterstützung bei CDU und F.D.P. hat. Klaus Töpfer sagte 1994 - da war er noch zuständiger Minister -:

„Eine Zukunft ohne Kernenergie bleibt mein klares Ziel. Wir müssen alles daransetzen, eine Energieversorgung ohne Kernenergie zu ermöglichen.“

Ich unterstreiche das voll und ganz.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Wenn sich bloß mehr seiner Parteifreunde mit dieser Zielvorstellung identifizieren könnten!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist bei uns völlig unstrittig!)

- Herr Dr. Hennig, Sie können noch so viele sozialdemokratische - prominente oder weniger prominente - Politiker zitieren, wir in Schleswig-Holstein sind uns einig: Wir wollen diesen Ausstieg nach Recht und Gesetz!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Hier ist die Politik des Forschungsministers Rüttgers als Ergebnisgeste gegenüber der Atomlobby anzusehen. Von den geplanten 4 Milliarden DM für die **Erforschung neuer Energiequellen** wird in den kommenden fünf Jahren fast die Hälfte in die Entwicklung der **Nukleartechnik** investiert.

Wir alle wissen, daß diese Techniken - ich denke an den Druckwasserreaktor oder die Kernfusion - nicht vor dem Jahr 2050 - das sagen einem selbst optimistische Befürworter - nicht zur Verfügung stehen werden. Bis zum Jahr 2005 will die Bundesregierung allerdings den CO₂-Ausstoß um 25 % gekürzt haben. Das sollen Sie mir einmal vormachen!

Wir brauchen eine verstärkte Förderung der **Erforschung alternativer Energieträger und -quellen**. In der Energieforschung darf es keine Einbahnstraßen geben! Grundsätzlich sind eine innovative Forschungs- und Technologiepolitik sowie ein zukunftsorientiertes alternatives Qualifikationspotential Grundlagen unseres Landes. Das hat auch etwas mit der Verbesserung des Standortes Schleswig-Holstein zu tun.

Die **Bundesforschungspolitik** ist einseitig und wird diesem Anspruch weder qualitativ

noch quantitativ gerecht. Der Anteil von Forschung und Entwicklung an der deutschen Wirtschaftsleistung geht immer weiter zurück. Bis 1999 sollen die Investitionen in Forschung und Entwicklung noch zusätzlich um 15 % gekürzt werden.

Technologische Vorsprünge - ich habe die Solarenergie erwähnt - werden fahrlässig verspielt. Kleinere innovationsorientierte Unternehmen werden angesichts der Dominanz der **Großindustrie** eher behindert als gefördert. Die in der Presse und in der Öffentlichkeit erhobenen Vorwürfe gegenüber Krümmel und die Reaktion der Betreiber lassen doch Zweifel an der Sicherheit und an der Ernsthaftigkeit der Betreiber vermuten. Es scheint, daß auch bei ihnen das Prinzip „Wirtschaftlichkeit vor Sicherheit“ gilt.

Die Freisprechungen dieser heimlichen Pressesprecher von F.D.P. und CDU machen eher erschrocken, als daß sie beruhigen. Wir wollen, daß die begonnene **Sicherheitsüberprüfung des Reaktordruckbehälters** umfassend und nach strengsten Maßstäben durchgeführt wird. Die beim Bau, bei der Errichtung und bei Inbetriebnahme des Reaktordruckbehälters Beteiligten sind anzuhören, und die Öffentlichkeit ist über den Sachstand zu informieren, einschließlich der atomrechtlichen Konsequenzen.

Die für 1997 vorgesehene **Sicherheitsüberprüfung der Gesamtanlage** ist angesichts der schweren Vorwürfe vorzuziehen und sollte jetzt im Rahmen der jährlichen Revision erfolgen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Geht doch gar nicht!)

- Herr Kubicki, Sie sollten das besser wissen als ich. Wir können gar keinen anderen als die Betreibergesellschaft auffordern, weil die Bundesgesetzgebung der Landesregierung überhaupt keinen Handlungsspielraum gibt.

(Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir fordern die Betreibergesellschaft auf, das Atomkraftwerk bis zur endgültigen Klärung der Vorwürfe vom Netz zu lassen, und zwar unbeschadet einer juristischen Notwendigkeit. Das wäre tatsächlich eine vertrauensbildende Maßnahme.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Und wir
bezahlen es anschließend!)

Der von Minister Möller vorgetragene Prüfungskatalog ist eine vertrauensbildende Maßnahme.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Quatsch ist das!)

Unter diesen Voraussetzungen sollten eigentlich alle in diesem Hause unserem Antrag zustimmen. Dieser Antrag ist weder überflüssig noch opportunistisch. Er ist bitter notwendig!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Friedlich in die Katastrophe“ lautet ein Buch von Holger Strohm. Es ist vor über zwei Jahrzehnten geschrieben worden. Inzwischen haben sich tatsächlich solche Katastrophen ereignet. Tschernobyl steht dabei im Mittelpunkt als die größte und schwerste Katastrophe. Windscale und Harrisburg sind andere Stationen, die dahinter fast

zurücktreten. Ich möchte auch daran erinnern, daß uns Brunsbüttel durch die Manipulation der Bedienungsmannschaft einmal fast einen GAU beschert hätte.

Ich will für Schleswig-Holstein nicht das Szenario eines großen Unfalls einer Atomanlage ausmalen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das haben Sie gerade getan!)

Ich will aber noch einmal deutlich sagen: Die Katastrophe könnte eintreten. Sie könnte morgen oder auch schon heute eintreten. Wenn dieses unvorstellbare Ereignis geschieht, fragt man nach den politischen Verantwortungsträgern, die heute so leicht die Verantwortung für diese unmenschliche Technik übernehmen. In einem solchen Fall würde wahrscheinlich niemand strafrechtlich verfolgt werden, es sei denn vielleicht eine Bedienungsmannschaft des AKW wegen menschlichen Versagens.

Herr Hennig, Sie sagten, ein **Sofortausstieg** sei nicht möglich. Selbstverständlich ist ein Sofortausstieg möglich, insbesondere wenn sich die politischen Mehrheiten in Bonn ändern werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Technisch wäre es überhaupt kein Problem. Selbst nach dem Abschalten aller AKWs hätten wir in der Stromproduktion noch eine Reserve von über 15 %.

Ich will jetzt prosaischer werden, und zwar mit der Feststellung, daß die ganze technische Perfektion, um die es heute geht - wenn es sie denn gäbe -, nicht vor Terrorismus schützt und nicht gegen Kriegseinwirkung hilft. Diese Faktoren können die, die politische Verantwortung übernehmen, mit Sicherheit nicht ausschließen; oder sie übernehmen die Restverantwortung nach menschlichem Ermessen mit.

Zusammengefaßt sagen die einen: Es könnte aus verschiedenen Gründen eine Katastrophe eintreten. Die anderen sagen: Das ist sehr unwahrscheinlich. Ich hoffe, die Letzteren mögen Recht behalten, obwohl ich sonst immer gern selber Recht behalten mag.

Zum sogenannten Normalbetrieb! Da heißt es, es werde niemand gefährdet, und das Atomgesetz schreibe das auch so vor, daß niemand gefährdet werden darf. Das sieht in Krümmel jedoch so aus, als könnte ein Zusammenhang zwischen den Krebserkrankungen und dem Atomkraftwerk bestehen. Wer will das ausschließen? Die schnellen Verantwortungsträger?

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Es ist auszuschließen!)

Um es klar zu sagen: Die weiteren Untersuchungen in der Elbmarsch müssen ergebnisoffen durchgeführt werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wollen Sie doch gar nicht!)

Insofern bin ich auf einer Linie mit Ihnen, Herr Dr. Hennig. Das heißt, ich will es wirklich vermeiden, die Zielrichtung „Das AKW war es“ etwa vorzuzeichnen und in der Untersuchung als Ergebniswunsch anzulegen.

(Dr. Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sieht Frau Jansen aber anders!)

Wir sind keine Antiatomfanatiker; wir wären nicht so perfide, das menschliche Leid in den betroffenen Familien für den Atomausstieg irgendwie zu funktionalisieren oder zu mißbrauchen.

(Zurufe von der F.D.P.: Oh, oh!)

Die Menschen haben ein Recht auf Aufklärung und Aufdeckung der Ursachen der Leukämie- und anderer Krebsfälle. Ich

vermute allerdings schon einen Zusammenhang mit den radioaktiven Emissionen aus dem KKK. Die Verifizierung dieses Verdachtes - wenn sie denn geleistet werden kann, etwa im Jahre 2000 - darf aber nicht abgewartet werden. Das dauert viel zu lange; das Atomprogramm muß sofort beendet werden.

In diesem Zusammenhang begrüße ich auch die Erklärung der Landesregierung, die unserem Antrag, den wir hier gemeinsam eingebracht haben, insofern entgegenkommt, als daß die Schweißnähte - CW 32 und CW 74 - in Gänze jetzt überprüft werden. Daß jetzt auch externer Sachverstand herangezogen werden soll, halten wir für einen notwendigen Schritt in die richtige Richtung, um die Verpressungsstellen im austenitischen Innenbereich des Reaktors beziehungsweise die Spannungen im ganzen Reaktordruckbehälter zu prüfen.

Ich sagte schon: Wir sind keine Antiatomfanatiker.

(Zurufe von der CDU: Na, na!)

Und zu einem Gegner dieses harten Energieweges wird man auch nicht als Fanatiker, sondern aufgrund sehr nüchterner Überlegungen. Die **Entsorgungsfrage** ist nur durch rechtliche Definition gelöst, nicht aber in der Realität.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es waren Sozialdemokraten, die das gemacht haben!)

- Ja, die Sozialdemokraten haben da eine wechselvolle Geschichte in ihrem Verhältnis zum Atomprogramm.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das kann man nur betonen!)

Das leugnen wir nicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Das ist die Realität: Die Entsorgungsfrage ist nicht lösbar. Sie ist weder technisch noch nach Maßgabe menschlicher Vernunft lösbar. Denn die Aufbewahrungszeit radioaktiven Mülls richtet sich nach den physikalischen Halbwertzeiten, das heißt nach Zehntausenden von Jahren, liegen also jenseits menschlichen historischen Zeitvorstellungsvermögens.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Müll ist ja nun einmal da!)

Das bedeutet nichts anderes, als daß die Befürworter des Atomprogramms nachfolgenden Generationen für die Energieernte vielleicht dreier Generationen jetzt Müll zur Überwachung in einem Zeitraum hinterlassen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Müll ist schon da!)

der ein Vielfaches dessen beträgt, was der Bau ägyptischer Pyramiden beispielsweise zurückliegt. Es sind Tonnen an Plutonium mit einer Toxizität im Nanogramm-Bereich! Da wollen doch die Wirtschaftsexperten der bürgerlichen Parteien nicht behaupten, diese langen Zeiten der Aufbewahrung mit den entsprechenden Aufwendungen mit Zins und Zinseszins in die Wirtschaftlichkeitsberechnungen des angeblich billigen Atomstroms eingerechnet zu haben.

Eine weitere Behauptung ist, daß der Atomstrom CO₂-frei produziert werde. Das ist natürlich deshalb schon einmal Quatsch, weil überhaupt kein Strom CO₂-frei produziert werden kann. Denn immerhin ist die Anlagenerstellung bereits ein energiezehrender Prozeß. Wie wollen Sie denn CO₂ vermindern? Konkret findet ja aktuell - obwohl wir so viele Atomkraftwerke betreiben - keine CO₂-

Verminderung statt. Das ist ein historisches Versagen der Bundesregierung gigantischen Ausmaßes.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zuruf von der CDU: Stimmt nicht!)

CO₂-Ausstoßvermeidung findet nur auf einem Weg statt - Herr Minister Möller hat es angedeutet -, nämlich durch die gleichzeitige Produktion von Strom überall dort, wo Wärme produziert wird. Anders ist es nicht denkbar. Überall dort, wo ein Öl- oder Gasbrenner betrieben wird und Wärme liefert - in jedem Krankenhaus, in jedem Mietsblock und in jedem Neubaugebiet mit Nahwärmenetz -, muß ein großes, mittleres Blockheizkraftwerk oder auch Kleinstblockheizkraftwerk den Ölbrenner ersetzen. Das Stichwort heißt: Effizienzrevolution - Strom als Abfallprodukt der Wärmebedarfsdeckung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit zentralen Großkraftwerken kann man das nicht erreichen, auch mit Atomkraftwerken ist es nicht denkbar. Letztere sind für eine Energiewende geradezu kontraproduktiv.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Arbeitsmarkteffekte einer solchen Energiewende sind hier schon vielfach angesprochen worden, und jeder hier im Hohen Hause hat sicherlich genug Phantasie, sich das vorzustellen.

Leider ist Herr Rexrodt mit seiner **Energierrechtsnovelle** gerade dabei, die Entwicklungsmöglichkeiten für eine vernünftige Energiezukunft endgültig zu zerschlagen. Morgen soll dieses

Wahnsinnswerk vom Bundeskabinett absegnet werden.

Ich sagte an anderer Stelle schon einmal, daß die F.D.P. bei der Förderung von Kleinunternehmungen und Mittelstand schon längst ein taktisches, verbales Verhältnis entwickelt hat. Rexrodt bedient mit seiner Initiative die Interessen der großen Monopole zu Lasten der Entwicklungsmöglichkeiten, die wir durch das Beispiel der Windenergie nur erahnen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich kann und konnte noch nie, beim besten Willen nicht, vernünftige Gründe finden, die für Atomkraftwerke, für das Atomprogramm sprechen - weder technische noch wirtschaftliche Gründe. Jeder Tag früher, an dem wir das Atomprogramm beenden, ist ein Stück mehr Zukunftssicherung. Jeder Tag länger, an dem diese Dinge laufen, könnte in eine Katastrophe münden.

Das heißt aber nicht, daß es keine Gründe gibt, die für Atomkraftwerke oder die für das bestehende Energiesystem sprechen. Es ist ja bekanntermaßen so, daß wir mit unseren Stromrechnungen die Stromkonzerne bezahlen und daß damit ein Schweinegeld verdient wird. Wovon bezahlen die Elektrizitätsmultis denn ihren Einstieg in neue Monopole, sprich in die Entsorgungswirtschaft und in die Kommunikationstechnologien?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Haben Sie das nie gehört?)

Es geschieht wesentlich aus steuerfreien Rückstellungsgeldern für die Atomkraftwerke, aus ihren enormen Gewinnen aus dem Stromverkauf. Joschka Fischer hat das einmal auf den Punkt gebracht, als er sagte: Wenn man Ihnen

einmal eine Stromkonzession anbietet oder eine Spielbank, Mann, seien Sie nicht so blöd, nehmen Sie die Elektrizität!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Der Strompreis wird aber hier bestimmt!)

- Herr Kubicki, es gibt bei uns ja das Parteiensystem, und das führt dazu, daß die einen gegen die Atomkraft sind und die anderen dafür. So ist das. Und auf beiden Seiten gibt es Leute, die nur mitsitzen. Aber für die, die dort sitzen und den Durchblick haben, gilt das umgedrehte Bibelwort: Lieber Gott, vergib ihnen nicht, denn sie wissen genau, was sie tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Der Antrag, den Sozialdemokraten und Grüne heute stellen, soll die Landesregierung in ihren Bemühungen unterstützen, aus dem Atomprogramm ein Stück weit auszusteigen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Können Sie machen! Aber überlegen Sie, was das kostet!)

Das ist nicht einfach, und ich wünsche inniglich, daß es gelingt. Herr Hennig, Sie haben gesagt, wir instrumentalisierten politische Stimmung. So ist es nicht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Doch, Sie fassen es so zusammen!)

Zumindest für meine Person, aber ich glaube auch für meine ganze Partei und auch für die Sozialdemokraten haben Sie es mit den Stimmungsträgern in personam zu tun.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPP])

Es ist auch nicht eine auf eine kleine, radikale Minderheit beschränkte Meinung, sondern der Ausstieg aus dem Atomprogramm wird von der Mehrheit der Bevölkerung mitgetragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist sehr unterschiedlich!)

Das Gerichtsverfahren, das Sie angesprochen haben, hatte nicht die angesprochenen Verpressungen im austenitischen Bereich zum Gegenstand oder die Verformungen, sondern lediglich die Schweißtechnik und die Schweißnähte mit ihrem Kupfergehaltanteil in den Elektroden. Also, auch das ist eine Fehlmeldung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch falsch! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Herr Möller hat das angesprochen! - Konrad Nabel [SPD]: Nein, Herr Hennig, Sie täuschen sich!)

Ich sagte, es ist nicht einfach, aus dem Atomprogramm auszusteigen, aber ich bin davon überzeugt, daß ein fester politischer Wille letztlich zum Erfolg führen wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Seit Jahren inszeniert diese Landesregierung mit Hilfe der Leukämiekommision den Streit um das Kernkraftwerk Krümmel. Diesen Streit heute zu beklagen, Herr Minister, ist der Gipfel an Heuchelei.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

In der Einleitung zur Regierungserklärung nennt Minister Möller die Erkrankung eines Kindes in Grünhof an Leukämie. Dies ist ein symbolischer Akt, denn er weiß und hat dies in der Begründung der Ablehnung der Klage von Clever und Dieckmann auch eindeutig festgestellt, daß das Kernkraftwerk Krümmel für die Leukämieerkrankungen in der Region nicht verantwortlich ist. Ich stelle fest, Herr Minister, daß Sie sich in Ihrem mündlichen Vortrag nicht von dieser Begründung distanziert haben. Handeln Sie danach.

Oder darf der Minister Möller in der rot-grünen Koalition nicht mehr so deutlich den Schluß aus den Ergebnissen der neun von der Landesregierung in Auftrag gegebenen Untersuchungen ziehen, den er im September vergangenen Jahres so glasklar gezogen hat? Setzt eine rot-grüne Koalition die beteiligten Minister so sehr unter Druck, daß sie ihr eigenes Wissen hier verleugnen sollen? Braucht die SPD die rot-grüne Option so sehr, daß sie sich alles vom Koalitionspartner diktieren läßt?

Doch lassen wir uns nicht täuschen: Die Bekämpfung der Ursachen der Leukämie, die eine notwendige Hilfe für die betroffenen Kinder ist, ist für diese Landesregierung kein Thema. Ihr Thema ist es, die Angst der Menschen vor Krebserkrankungen zu nutzen, um Stimmung gegen eine Technologie zu machen, gegen die die Partei - wie gegen andere Technologien auch - vor Jahren einen Ausstiegsbeschluß faßte. Dies ist die Ursache dafür, daß sich die Jugend von der SPD abwendet. Mit der Quote werden Sie das nicht aufhalten.

(Beifall bei der F.D.P. - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hören Sie doch zu! Ich habe gerade das Gegenteil gesagt! Sie lesen einfach Ihren Text herunter!)

Sie, Herr Minister, sprechen den Familien in der Elbmarsch Ihr Mitgefühl aus. Doch wo bleibt Ihr Mitgefühl für all die Kinder, die in Kiel, in Husum, in Lübeck oder in irgendeiner anderen Stadt oder Gemeinde in Schleswig-Holstein an Leukämie erkrankt sind?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Sie alle verdienen unser Mitleid, nicht nur die in der Umgebung von Krümmel.

(Beifall bei der F.D.P. sowie der Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Haben Sie nur Mitgefühl mit Kindern, die im Umkreis von Kernkraftwerken erkranken? Haben Sie nur Mitleid, wenn das Leid der Kranken sich für Ihre Vorstellungen von Energiepolitik instrumentalisieren läßt?

(Beifall bei der F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine Frechheit!)

Der Antrag der F.D.P.-Fraktion zur Förderung der Knochenmarkspende zur Heilung von Leukämiekranken wurde von der SPD-Mehrheit in diesem Haus abgelehnt. Im „Flensburger Tageblatt“ der vergangenen Woche beschreibt eine Frau in einem Leserbrief, welche Schwierigkeiten sie hatte, eine Finanzierung zu finden, um ihr Knochenmark für die Spenderdatei testen zu lassen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Muß man heute solch eine Debatte führen? Das ist nicht zum Aushalten! -

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Geh doch hinaus, Matthiessen!

Fast zwei Jahre nach dem Inkrafttreten des Bundesgesetzes zur Einrichtung von **Krebsregistern** legt die Landesregierung ihren langangekündigten Gesetzentwurf vor. Wir haben das begrüßt.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Anhörungen werden zeigen, ob es gelingt, die notwendige Hilfe der Ärzte - -

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn jemand die Leukämie instrumentalisiert, sind Sie das jetzt! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Ihrem angeblichen Fachwissen! - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Abgeordneter Matthiessen, Sie waren vorhin auch der Meinung, daß die Zwischenrufe nicht so zahlreich sein sollten. Ich bitte Sie, sich auch selbst daran zu halten.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war letzte Sitzung! - Heiterkeit)

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ich finde die Heiterkeit Ihrer Meinung entsprechend.

Die Anhörungen werden zeigen, ob es gelingt, die notwendige Hilfe der Ärzte bei der Umsetzung des Gesetzes zu gewinnen. Das ist zur Zeit - trotz langer Vorbereitung - leider nicht absehbar.

Als 1991 das Oberverwaltungsgericht in Lüneburg die Klage der niedersächsischen BUND-Vorsitzenden Renate Backhaus abwies, war das Leukämiecluster in der Elbmarsch gerade erst entdeckt worden. Damals wußte man nicht, was man heute weiß, „daß vom Kernkraftwerk Krümmel mit Sicherheit diese schlimmen Leukämie-Erkrankungen nicht ausgehen“, so Hamburgs Umweltsenator Fritz Vahrenholt im „Abendkurier“ am 22. August und heute wieder in der „Welt“, unterstützt durch namhafte Professoren wie Gaßmann, Neth und Heimpel.

Das **Bundesverwaltungsgericht** hat damals zu Recht gerügt,

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

daß diese Frage im Urteil des Oberverwaltungsgerichts nicht berücksichtigt wurde. Schon damals hätte das Gericht darauf hinweisen können, daß „die Verdichtung der Fälle auf nur 16 Monate tendenziell eher gegen die Strahlentese als für die Strahlengenese“ sprach, so der Energieminister der letzten Landesregierung.

Der Energieminister der jetzigen Landesregierung hofft nun, daß die Urteilsbegründung des Bundesverwaltungsgerichts Aussagen dazu macht, wie die Kausalität zu behandeln ist und wem die Last der Nachweisführung obliegt. Sein Vorgänger hat den Nachweis geführt. Traut Minister Möller seinem Vorgänger Möller nicht?

Auf die eigentliche Problematik des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts kommt Minister Möller nicht zu sprechen. Ist es wirklich ein Sieg für die Kernkraftgegner, wenn Kernkraftwerke, die doch angeblich so gefährlich sein sollen, daß man sie völlig abschalten will, in ihrer Sicherheit nicht weiter verbessert werden, weil die Betreiber

das Genehmigungsverfahren als Risiko einschätzen müssen? Ist dieser rot-grüne Sieg nicht als Pyrrhussieg einzustufen, der letztlich mehr Sicherheit verhindert, obwohl Sicherheit angeblich das oberste Gebot ist?

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Dazu ist auch zu zählen, daß in Brunsbüttel die Rohre trotz Teilgenehmigung nicht ausgewechselt werden.

Der Öko-Jubel über dieses Urteil entzieht der Antiatombewegung ihre Tarnkappe. Nicht die Frage der Sicherheit der Bevölkerung vor Kraftwerksunfällen ist Motor dieser Bewegung - nein; diese Frage ist für die Aktivisten der Bewegung zweitrangig -, es geht um die Macht. Das ist legitim. Dies jedoch zu verschweigen oder mit den üblichen Betroffenheitsmäntelchen zu verdecken, ist politischer Betrug.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die „Monitor“-Sendung am 29. August wärmte eine alte Geschichte wieder auf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Auch der Risikoexperte der Sendung, Dr. Kromp, war schon 1988 mit von der Partie. Alles keine Neuigkeiten!

(Konrad Nabel [SPD]: Thema verfehlt!)

Die erhobene Forderung nach unabhängiger Begutachtung des Reaktordruckbehälters spricht der Tatsache Hohn, daß kaum ein Kraftwerk in Deutschland besser untersucht worden ist als das Kernkraftwerk Krümmel.

Wie wichtig muß einer rot-grünen Landesregierung die Ihnen gemeinsame Ablehnung der Kernkraft sein? Grüne Ortspolitiker sprechen von Völkermord -

Politiker derselben Partei, die in Bosnien dem Völkermord tatenlos zusah -,

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Hans Siebke [CDU])

und der SPD-Energieminister verschweigt als zuständige **Aufsichtsbehörde** sein Wissen über die in vielen Kontrollen bestätigte Sicherheit des Reaktordruckbehälters.

(Konrad Nabel [SPD]: Demagogisch!)

Gibt es keinen gemeinsamen Gestaltungsthemen für Rot-Grün? Gibt es nur Verhinderungsthemen wie Antikernkraft, Antitransrapid, Antigentechnik?

(Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Minister hat gegenüber der Bevölkerung im südlichen Lauenburg, die doch nach seinen Angaben in ständiger Angst schwebt, die Pflicht, sie über die bisherigen Prüfverfahren und deren Ergebnisse zu unterrichten. Sieht er das nicht? Dies hat unmittelbar nach der Sendung und nicht mehr als drei Wochen später, hier und heute, zu geschehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Nimmt er wie so oft und so häufig beschworene Angst nicht ernst? Oder besteht sie vielleicht gar nicht? Transparenz und Information wird immer von anderen verlangt. Wo bleibt die Selbstverpflichtung? Wo bleibt das vorbildhafte Verhalten einer Landesregierung, die mit dem Zeigefinger so gern auf andere zeigt?

Ozonmessungen werden ungefragt bekanntgegeben, die Kenntnis der Reaktoraufsicht, daß das Kraftwerk sicher ist, jedoch nicht. Das könnte das Spiel mit der Angst verderben.

Dampfdruckbehälter wie der in Krümmel sind keine Spezialität der Kerntechnik. Es ist bewährte Technik, die nun schon über Jahrhunderte kontinuierlich weiterentwickelt wird.

(Ursula Kähler [SPD]:
Unwahrheit!)

Die Qualitätskontrolle von Dampfdruckbehältern war Anlaß zur Gründung des TÜV im vorigen Jahrhundert.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Seit der Steinzeit!)

- Nein, seit dem 17. Jahrhundert!

(Konrad Nabel [SPD]: Sie haben sich um ein Jahrhundert vertan!
Aber das macht ja nichts! Es geht nur um ein Jahrhundert!)

Wie erfolgreich der TÜV gearbeitet hat, ist schon daran zu sehen, daß produktionsbedingte Fehler an Dampfdruckbehältern, die zur Explosion führen, der Vergangenheit angehören. Selbst „Monitor“ hat kein Beispiel gefunden. Durch grob fehlerhaften Betrieb kann dies herbeigeführt werden, wie das Beispiel in Seveso zeigt. In Krümmel kann dies nicht geschehen. Die verschiedenen, unabhängig voneinander arbeitenden Sicherheitssysteme verhindern eine Erhöhung des Dampfdrucks im Druckbehälter, das Öffnen der Deckeldichtung ab einem bestimmten Druck verhindert den weiteren Druckaufbau.

Für die F.D.P.-Fraktion habe ich mich über die Fragen der Sicherheitstechnik und der Reaktorüberwachung vor Ort informiert. Und Sie, Herr Wodarz, und Sie, Herr Matthiessen? Haben Sie mit den Betriebsmitarbeitern gesprochen?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Nein, habe ich nicht!)

Der Katalog der Sonderprüfungen, den der Minister vorlegte, soll den Eindruck erwecken, als gebe es ein Defizit an Prüfungen. Das ist nicht der Fall. Der Abschluß aller Prüfungen ist die Druckprobe, bei der ein Innendruck entsprechend dem 1,3fachen des Auslegungsdrucks aufgebracht wird.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: 120 bar!)

Auch die SPD-geführte Landesregierung hat 1991 die Überprüfung des Reaktordruckbehälters in Kenntnis der Diskussion um diesen Behälter vor dem Lüneburger Gericht gebilligt. Sie weiß, daß die Kräfte, mit denen die Schüsse des Behälters gerichtet wurden, wesentlich kleiner waren als die, die bei diesen Prüfungen auf die Wand des Reaktordruckbehälters wirken.

Warum sagt sie es nicht? Brecht sagte - ich zitiere -:

„Derjenige, der die Wahrheit nicht weiß, ist dumm. Derjenige, der die Wahrheit weiß und sie nicht sagt, ist ein Verbrecher.“

(Zuruf der Abgeordneten Dr.
Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn die Regierungskoalition jetzt in ihrem Antrag strengste Prüfungen fordert, unterstellt sie, daß ohne ihren Antrag nicht strengstens geprüft würde. Wie kann sie das verantworten? Wem gegenüber kann sie das verantworten? Meinen Sie wirklich, daß die 1200 externen Fachleute sowie die Sachverständigen und Mitarbeiter des Kernkraftwerks bisher nicht nach strengsten Maßstäben gearbeitet haben?

(Zuruf der Abgeordneten Dr.
Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

418 Kernkraftwerke sind weltweit in Betrieb, 62 davon in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion; 17 weitere befinden sich dort in der Planung. Der Reaktorunfall in Tschernobyl vor 10 Jahren war der schwerste Unfall, der je in einem Kernkraftwerk passiert ist, hervorgerufen durch Manipulationen am Reaktor. Die Katastrophe ist Ergebnis eines nicht ordnungsgemäßen Betriebs.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist immer so!)

Sie ist Mahnung dafür, die Sicherheitstechniken weiterzuentwickeln, und insbesondere dafür, sie weiter in andere Länder zu verbreiten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Minister, Sie verweisen voll Stolz auf die seit 1988 in Schleswig-Holstein vorhandene Mehrheit für den **Ausstieg aus der Kernenergie**. Ich darf Sie daran erinnern, daß im Bund eine andere Mehrheit besteht

(Zuruf von der SPD: Leider,
leider!)

und daß auch in Ihrer eigenen Partei die Stimmen lauter werden, die sich in anbetracht der CO₂-Problematik von den Ausstiegsbeschlüssen abwenden. Diese Kräfte wissen, daß das Ende der Kernenergie in Deutschland die beste Sicherheitstechnik der Welt zu Technikgeschichte machte, daß das Ende der Kernenergie in Deutschland global absolut unerheblich und regional den eigenen Energie- und Sicherheitsinteressen widerspricht.

(Monika Heinold [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Blödsinn!)

Auch Sie, Herr Matthiessen, wissen, daß das Abschalten der Kernkraftwerke bei uns nur bedeutet, daß wir den Strom aus den veralteten Kernkraftwerken der GUS oder aus Frankreich beziehen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Wir haben
doch selber genug! - Karl-Martin
Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN]: Wir haben
Überproduktion!)

Ihr Eintreten, Herr Minister, für den Ausstiegsbeschluß ist müde. Sie unterstützen ihn mit Argumenten, von denen auch die SPD weiß, daß sie nicht tragen. Der Ausstiegsbeschluß führt nicht zu mehr Sicherheit, sondern demonstriert die Unbeweglichkeit einer Partei, die die Jugend verloren hat. Sie, Herr Minister, sind gefordert, sich mit Ängsten auseinanderzusetzen, statt sie zu schüren.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Hans Schuh von der „Zeit“ hat recht, wenn er mehr Vernunft fordert: „Das Irrationale verdrängt das Rationale - die wichtigste dauerhafte Klammer in einer säkularen Gesellschaft -, weil Wissenschaft und Politik, Medien und Interessenverbände sich zunehmend auf Schauspiele statt seriöse Diskussionen einlassen und so Entscheidungen zum Wohl des Ganzen blockieren.“

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ja.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Bitte sehr!

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Frau Dr. Happach-Kasan, liebe Kollegin, würden Sie meine Auffassung teilen, daß die rot-grüne Landesregierung sich nicht hinter dem Atomgesetz verstecken kann, wenn es - bei einer angenommenen Gefährdung - um das Abschalten von Kernkraftwerken ginge, weil § 17 Abs. 5 des Atomgesetzes, den ich jetzt wörtlich zitiere, folgendes erklärt: „Genehmigungen oder allgemeine Zulassungen sind außerdem zu widerrufen, wenn dies wegen einer erheblichen Gefährdung der Beschäftigten, Dritter oder der Allgemeinheit erforderlich ist und nicht durch nachträgliche Auflagen in angemessener Zeit Abhilfe geschaffen werden kann“?

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Das ist richtig.

(Unruhe bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Sie ist die Genehmigungsbehörde, und Herr Vahrenholt hat zutreffend erklärt, daß er davon ausgeht, daß die Landesregierung einen Reaktor abschaltet, von dessen Sicherheit sie nicht überzeugt ist. Sie muß es tun. Fangen wir einen Dialog an, statt die Kampfstellungen auszubauen!

(Unruhe)

- Ich finde es schon seltsam, Frau Winking-Nikolay, daß Sie überhaupt nicht zuhören, aber dann, wenn Sie reden, fordern, daß man

Ihnen zuhört. Es ist sehr seltsam, in welcher Weise Sie sich mit Argumenten einer politisch anderen Partei auseinandersetzen, nämlich gar nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie können sich nicht mit Argumenten auseinandersetzen, weil Sie in der eigenen Ideologie verfangen sind und andere Gedanken nicht mehr aufnehmen können.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad
Nabel [SPD])

Wenn schon die Wissenschaft nicht den Mut findet - wie Hans Schuh schreibt -, „Kollegen, die mehr der Ideologie verpflichtet sind als der Wahrheit, klar als solche zu benennen und argumentativ aufs Korn zu nehmen“ - so zu lesen in der „Zeit“ vom 13. September -, dann ist die Politik in der Pflicht. Das, Herr Minister, erfordert eine Distanzierung von Schmitz-Feuerhake, Lengfelder & Co. Sie wissen aus der Beschäftigung mit den Dingen, daß dies eine Distanzierung erfordert. Wir brauchen eine Rückbesinnung auf eine Verantwortungsethik, die sich davon löst, die mediale Transportierbarkeit eines Themas in den Vordergrund ihrer Überlegungen zu stellen, statt Antworten auf drängende Probleme der Zeit zu entwickeln, sie zu diskutieren und dann umzusetzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Erlauben Sie mir, eine Bemerkung an die Kabinettsmitglieder zu richten. Es ist nicht gestattet, von der Kabinettsbank aus Zwischenrufe zu machen. Ferner dürfen sich nur die Minister, die Abgeordnete sind, auf einen Platz der Abgeordneten setzen.

Das Wort hat jetzt der Herr Abgeordnete Gerckens.

Peter Gerckens [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Unruhe)

Ich glaube, die Konzentration läßt schon nach. Ich werde meinen Beitrag aber trotzdem leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der SSW fordert schon seit Jahrzehnten den Ausstieg aus der Atomenergie.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Seit 1988 haben wir in diesem Land endlich eine Regierung, die dieses Ziel unterstützt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Aber nicht mehr lange!)

Um so mehr bedauern wir, daß die rechtlichen Bedingungen des **Atomgesetzes** in Deutschland einen Ausstieg auf Landesebene weitgehend ausschließen.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wir brauchen eine andere Bundesregierung!)

Selbstverständlich befürwortet der SSW, daß die Regierung strengste Sicherheitsanforderungen an die Betreibergesellschaften stellt. Dies gilt für Krümmel, genauso für Brunsbüttel und andere Atommeiler. Die Frage der **Sicherheit** bei Atomreaktoren muß immer Vorrang vor der Wirtschaftlichkeit haben. Doch wenn es rechtlich irgendwie möglich ist - das ist unsere Grundhaltung -, die Kernkraftwerke abzuschalten, dann soll es die Regierung versuchen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß wir den Ausstieg aus der Atomenergie vollziehen müssen, steht für den SSW außer Frage. Die möglichen Gefahren und Risiken der Atomenergie sind allgemein bekannt und hier auch schon vorgetragen worden.

Schon heute ist es nicht mehr möglich, vertretbare Endlager für den gefährlichen Atommüll aus der Bundesrepublik zu finden. Sie kennen die Schwierigkeiten, die damit verbunden sind.

Wir müssen aber erkennen - das ist an sich ein Paradoxon -, daß man die Kernkraftwerke durch ständig neue technische Auflagen dauerhaft sehr schwer vom Netz bekommt. Entweder erfüllen die Betreiber die strengeren Sicherheitsanforderungen oder setzen vor Gericht durch, wieder ans Netz gehen zu dürfen. Man kann hoffen, daß das Urteil des **Bundesverwaltungsgerichts** zum Genehmigungsverfahren in Krümmel neue Möglichkeiten der **Stillegung** von Atommeilern geben wird. Die bisherigen Erfahrungen lassen aber befürchten, daß sich unter dem Strich nicht viel ändern wird.

In ihrem Bericht zur Lage der Energieversorgung in Schleswig-Holstein 1995 hat die Landesregierung deutlich gesagt: „Es muß daher eine parlamentarische Mehrheit in der Bundesrepublik gewonnen werden, um durch ein Kernenergieabwicklungsgesetz die Nutzung der Kernenergie in Deutschland zu beenden.“

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hoffen, daß sich zu gegebener Zeit eine neue Bundesregierung dann auch zu einer Gesetzesänderung durchringen wird.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus muß das immer noch gültige **Gesetz zur Förderung der**

Energiewirtschaft vom 13. Dezember 1935 endlich geändert werden.

(Beifall beim SSW)

Dieses alte Reichsgesetz, das heute noch die Monopolstellung der großen Energiekonzerne und somit auch der Atomindustrie gegenüber dezentralen Energieversorgern absichert, wurde in den 70er Jahren durch die SPD-Regierung leider nicht abgeschafft; das wissen Sie ganz genau. Mein Vorgänger, Karl Otto Meyer, hat in den Jahren 1985 und 1989 vergebens versucht, dies mit Anträgen zu Bundesratsinitiativen zu ändern.

Um eine Wende in der Energiepolitik durchzusetzen, fehlen darüber hinaus unserer Meinung nach überzeugende Konzepte dafür, wie man die Energieversorgung im Lande ohne Atomkraft sichern will. 1994 hatten die Atomkraftwerke einen Anteil von 80% an der Stromerzeugung. Diese Größenordnung zeigt, daß wir in dieser Frage noch einen weiten Weg zu gehen haben.

Der SSW tritt für eine verstärkte Förderung der **dezentralen Energieversorgung** mit der Energiebedarfsdeckung durch **Blockheizkraftwerke** mit Kraft-Wärme-Kopplung ein. Die sogenannte Fernwärmemodellstadt - ich spreche hier von Flensburg - darf nicht weiter nahezu das einzige positive Beispiel im Lande bleiben. Diese Form der Energiebedarfsdeckung muß weiter ausgebaut werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie weit man in der Fernwärme kommen kann - das haben wir hier schon wiederholt vorgetragen -, sieht man in Dänemark, wo es eine Ausbaquote von ungefähr 50 % gibt.

Auch die Energieeinsparung und das Stromsparen müssen zusammen mit der Effizienzsteigerung der Energieumwandlung

weiter gefördert werden. Regenerative Energiequellen wie Wind- und Sonnenenergie oder Biogas sollten noch intensiver als bisher genutzt werden. - Verzeihen Sie meine Stimme, aber so klingt das heute nun einmal.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gute Besserung!)

Im Rahmen ihrer Möglichkeiten ist die Landesregierung auf dem richtigen Weg. Das erkennen wir. Das, was fehlt, ist allerdings noch ein bundesweites **Energieversorgungskonzept**.

Gestatten Sie mir jetzt eine Anmerkung zu der immer wieder gemachten Aussage, Atomkraftwerke seien rentabler als andere Energieerzeugungsformen. Seit Mitte der achtziger Jahre versuchte die Thatcher-Regierung in England, die Energiewirtschaft Großbritanniens zu privatisieren. Das gelang relativ leicht, weil es sich größtenteils um Monopolbetriebe handelte. Es gab allerdings eine wesentliche Ausnahme: Es fand sich kein privater Investor für die britische Atomindustrie. Den Investoren war das wirtschaftliche Risiko möglicher Umweltbelastungen durch den Betrieb von Atomkraftwerken und deren Entsorgung einfach zu groß.

Das müßte eigentlich, Herr Kubicki, den Anhängern der freien Marktwirtschaft, der F.D.P., zu denken geben; denn dieses Risiko ist ja nicht kalkulierbar. Wenn die Atomkraft tatsächlich die billigste Energieart ist - -

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Sie können gleich noch reden, Herr Kubicki! - Wenn die Atomkraft tatsächlich die billigste Art ist, Strom zu erzeugen, frage ich: Warum wird die Atomindustrie in Deutschland seit vielen Jahren indirekt mit Milliarden-Zuschüssen subventioniert?

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Und direkt!)

- Direkt auch; damit haben Sie recht.

Würde der Gesetzgeber wie bei den erneuerbaren Energieanlagen die volle Haftung auch für die Atomanlagen verlangen, müßten diese sofort abgeschaltet werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Risiko eines Atomkraftwerkes kann nämlich überhaupt nicht kalkuliert werden und deshalb auch von der privaten Wirtschaft nicht versichert werden. So ist das.

In Deutschland hat der Gesetzgeber deshalb die Haftungsobergrenze für einen Atommeiler auf eine Milliarde DM beschränkt; davon haftet die Betreibergesellschaft nur mit der Hälfte des Betrages, und für die andere Hälfte kommt die allgemeine Gesellschaft auf, kommen wir als Steuerzahler auf. Auf dieser Grundlage zu behaupten, der Atomstrom sei billiger als andere Formen der Energieerzeugung, ist doch wohl bestenfalls Augenwischerei.

Ich möchte hier jetzt noch etwas anführen, was mir persönlich im Rahmen einer Anhörung über die Ausweisung von geeigneten Flächen zur Aufstellung von Windenergieanlagen an der Westküste gesagt worden ist. Wir sind ja mit der Windenergie auch dank dieser Regierung schon ein Stück weiter.

Als es um Windenergieanlagen ging - auch an der Westküste macht sich so langsam hier und da der Widerstand breit -, sagte mir in einem Gespräch ein Bürger: Lieber Windmühlen im Garten hinter dem Haus als einen Atommeiler vor der Haustür.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, daß das eine Aussage ist, die die Stimmung der Bürger wiedergibt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, Sie haben ja gerade von „Stimmung“ gesprochen. Ich sage Ihnen: Hier wird keine Stimmung gemacht. Wer ist denn hier für Stimmung verantwortlich? - Die Stimmung ist ja in der Bevölkerung schon gegen Atomenergie,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die Verunsicherung ist schon da. Der Bürger reagiert auf diese Form der Energieerzeugung. Das ist das Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es wird doch keine Stimmung gemacht, indem man sich mit diesem Problem befaßt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, wenn Sie bessere Argumente haben, können Sie die hier ja vortragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich kenne auch einen Bürger, der mir gesagt hat, lieber in der Nähe eines Atommeilers wohnen zu wollen als eine Windmühle im Garten zu haben! Aber hilft uns das weiter?)

- Sie können sich auf den Kopf stellen: Das wäre eine gymnastische Leistung, aber das würde Ihre Argumente hier nicht verbessern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, nach den noch vorliegenden Wortmeldungen würde die Debatte noch 15 Minuten dauern. Können wir noch so lange in die vereinbarte Mittagspause hinein weiterarbeiten?

(Widerspruch)

- Nein. Dann unterbreche ich jetzt die Sitzung; sie wird um 15.00 Uhr wiedereröffnet.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13.06 bis 15.02 Uhr)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich begrüße zunächst auf der Tribüne Soldaten der Flugabwehrraketengruppe 39 aus Stadum - herzlich willkommen! -

(Beifall)

sowie Damen und Herren vom CDU-Regionalverband Wacken.

Wir fahren mit der Beratung der Tagesordnungspunkte 2 und 19 fort. Die Aussprache ist wiedereröffnet. Das Wort hat Herr Minister Möller. Herr Möller, Sie haben noch drei Minuten Redezeit.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Er hat noch einiges richtigzustellen!
- Meinhard Füllner [CDU]: Er muß einiges wiedergutmachen, ja!)

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich vorab eine Bemerkung machen. Frau Happach-Kasan, ich gebe Ihnen recht;

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Insgesamt?)

alle Redner haben hier ihre **Betroffenheit über die Leukämieerkrankungen** bekundet. Die gilt natürlich nicht nur den Menschen in der Elbmarsch, sondern allen. Gerade weil ich einen erkrankten Freund hier in Kiel habe, möchte ich mich dem ausdrücklich anschließen, was Sie gesagt haben.

Meine Damen und Herren, Sie haben ja die Frage nach der **Notwendigkeit der Regierungserklärung** gestellt. Ich denke, Ihre polemische, aufgeregte Reaktion zeigt,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Wer? - Meinhard Füllner [CDU]:
Wessen?)

daß es richtig war, daß die Regierung noch einmal ihre Position zur Energiepolitik deutlich macht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Meinhard
Füllner [CDU]: Fakten waren
das, keine polemische Reaktion!)

Die Positionen sind - auch das ist wichtig für die Öffentlichkeit - klar:

(Meinhard Füllner [CDU]: Das
waren Zitate!)

unkritische Befürwortung der Kernenergie auf der einen Seite des Hauses

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Aber, Herr Möller! Mein Gott!

Das glaubt Ihnen doch keiner mehr außer Ihren eigenen Leuten!)

und kritische Position und Ausstiegswille auf der anderen Seite des Hauses.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das gilt offensichtlich auch in dieser Wahlperiode.

Ich denke, es war auch erforderlich, daß wir - und nach meinem Verständnis hat auch der Landtag einen Anspruch darauf -, wenn ein staatsanwaltschaftliches Ermittlungsverfahren läuft, über so eklatante Vorwürfe, wie sie in der „Monitor“-Sendung erhoben worden sind, berichten und daß wir Ihnen auch unsere Einschätzung des Urteils des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin, das große Beachtung gefunden hat, mitteilen. Wir haben das, wie ich meine, ausgesprochen sachlich dargelegt: Welches ist der Vorwurf? Was haben wir veranlaßt? Was ist das bisherige Ergebnis?

Allerdings ist es das gute Recht der Abgeordneten des Hauses, sich vor Ort zu erkundigen, und es ist auch das gute Recht der Abgeordneten, hier auch aus Stellungnahmen der Betreibergesellschaft zu zitieren. Aber mein Selbstverständnis von Aufsichtsbehörde geht nicht dahin, daß ich hier kritiklos die Presseerklärungen der HEW vorzutragen habe.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß über dieses Thema, bei dem es unterschiedliche Auffassungen gibt, nicht nur eine Friede-Freude-Eierkuchen-Diskussion stattfindet, finde ich richtig. Aber ich möchte es schärfstens zurückweisen, Herr Dr. Hennig, wenn Sie dieser Regierung Sicherheitsopportunismus vorwerfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Hennig, dieser Regierung Sicherheitsopportunismus vorzuwerfen, ist wirklich der Gipfel.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Opportunismus!)

Das ist wirklich der Hammer. Ich denke, da könnten Sie sich vielleicht auch einmal bei den Betreibern umhören; Sie tun das sonst ja auch im Vorfeld von Regierungserklärungen.

Was allerdings Opportunismus ist, ja blanker Zynismus, ist, wenn Sie im Wahlkampf erklären, der Haushalt des Landes könnte saniert werden, wenn die Stillstandszeiten der Kernkraftwerke etwas kürzer wären. Das ist Zynismus und Opportunismus in Sachen Sicherheit. Das sage ich Ihnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Es wird nicht richtiger, wenn Sie dies immer wiederholen! Das haben wir so oft dementiert, daß ich es nicht immer wieder sagen muß! Im übrigen steht das in keinerlei Zusammenhang hiermit!)

Ich möchte jetzt etwas zu unserer **Einschätzung der Rechtsposition** sagen. Sie haben mich überwiegend richtig zitiert, und ich bleibe dabei - das habe ich hier auch gesagt -: Wir haben 1991 die Genehmigung erteilt und sie vor allen Gerichten verteidigt, wir haben 1994 eine Anfahr genehmigung erteilt und haben den Antrag auf Widerruf der Betriebsgenehmigung abgelehnt, weil - so wörtlich, und das verschweigen Sie immer - wir nach dem derzeitigen Stand - 1994/1995 - keine Kausalität zwischen Leukämie und Betrieb des Kernkraftwerks herstellen konnten, analog zu dieser Rechtsprechung.

Das gilt auch heute noch - das habe ich ebenfalls gesagt.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Herr Minister, ich darf Sie an die Redezeit erinnern.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja, ich bin gleich fertig. - Aber ich bin nicht jemand - das werden Sie von mir nicht erleben -, der hier sagt, daß die **Ursachenforschung** nicht auch zu anderen Ergebnissen führen könne. Da teile ich in der Tat nicht die Auffassung von Herrn Vahrenholt. Ich sehe ja auch mit großem Einverständnis, daß die Ursachenforschung weiterbetrieben werden soll, nicht nur Ursachenforschung auf das Kraftwerk bezogen, sondern Ursachenforschung insgesamt.

Was nun Herrn Vahrenholt angeht, so hatte ich mich lange vor der heutigen Regierungserklärung für die nächste Woche mit ihm verabschiedet -

(Heiterkeit)

- Entschuldigung! - verabredet, zum Beispiel - -

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall Asta:

Herr Minister Möller!

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Nur noch zwei Sätze!

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Nein, einen Moment, bitte! Gestatten Sie zunächst einmal eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Hennig?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja, gern.

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Aber ich weise darauf hin: Sie haben Ihre Redezeit schon um zwei Minuten überzogen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das darf er aber, Herr Präsident!)

Dr. Otfried Hennig [CDU]: Herr Kollege Möller, ich will Sie nicht lange aufhalten, aber wenn Sie sagen, ich hätte Sie „überwiegend“ richtig zitiert, können Sie mir dann sagen, ob ich Sie an irgendeiner Stelle falsch zitiert habe?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja, Sie haben eben den Eindruck erweckt, ich hätte heute eine andere Position vertreten als in der Zeit 1994/1995, und Sie haben es unterlassen zu sagen, daß in allen unseren Bescheiden und Erklärungen immer Bezug auf den damaligen Stand der Erkenntnis genommen wurde. Ich habe ebenso gesagt, daß ich auch heute keine andere Erkenntnis habe, aber es kann eine andere Erkenntnis geben. Dazu stehe ich.

(Meinhard Füllner [CDU]: Also nicht falsch zitiert!)

Darum gebe ich keine Erklärung ab wie Herr Vahrenholt.

Mit Herrn Vahrenholt möchte ich eben auch darüber sprechen, daß er in der schon zitierten NDR-Sendung wörtlich gesagt hat, wenn der kleinste Verdacht bestünde, würde er als Aufsichtsrat des KKW-Betreibers HEW die Stilllegung veranlassen. Und da sagen Sie mir, es sei nicht berechtigt, auch an den Betreiber zu appellieren!

Darüber möchte ich mit ihm sprechen. Ich sehe zur Zeit nicht den von der Rechtsprechung geforderten kausalen Zusammenhang; aber öffentliche Verdachtsmomente gibt es genug. Darüber möchte ich mit Herrn Vahrenholt sprechen, welche Konsequenzen er als Betreiber daraus zieht.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war eine notwendige Ergänzung, aber schwach! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist das für eine Position: Ich sehe keinen Zusammenhang, aber Verdachtsmomente!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Sager.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es mutet schon etwas merkwürdig an, Herr Minister Möller, wenn Sie versuchen, dem Oppositionsführer die Vokabel „Sicherheitsopportunismus“ in den Mund zu legen. Er hat diese Vokabel nachweislich der Debatte heute morgen nicht gebraucht, und deshalb ist das nicht fair.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So sind die!)

Ich kann auch nicht nachvollziehen, warum Sie sich dann auch noch dazu haben hinreißen lassen, in bezug auf den

Debattenbeitrag unseres Fraktionsvorsitzenden die Vokabel „blanker Zynismus“ zu benutzen. Ich habe dafür wenig Verständnis, sehr geehrter Herr Minister, weil die lange Stilllegungszeit des Kernkraftwerkes Brunsbüttel von Ihnen in diesem Hause bisher noch nicht glaubwürdig begründet wurde. Das ist der eine Punkt.

Ein anderer Punkt ist, daß Sie als SPD sich nicht zu schade waren, im letzten Landtagswahlkampf - der liegt ja noch nicht so lange zurück - damit zu werben, daß das Anwachsen der inländischen Wirtschaft bei uns ein Stück weit oberhalb des Bundesdurchschnitts liegt. Verschwiegen haben Sie allerdings, daß die Ursache dafür das Wiederaufahren eines Kernkraftwerkes war.

(Zurufe von der SPD - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb sollten Sie sich an dieser Stelle zurückhalten.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Landesregierung scheint sich zunehmend die Einsicht festgesetzt zu haben, daß sich der Ausstieg aus der Kernenergie wegen fehlender Zuständigkeit nicht bewerkstelligen läßt. Aber anstatt die richtige Konsequenz daraus zu ziehen, nämlich auf nationaler Ebene für einen Energiekonsens einzutreten, beschreiten Sie weiter den Holzweg des sofortigen Totalausstiegs. Ihr plakativer Anspruch, global denken zu wollen, um lokal zu handeln, verkehrt sich somit genau ins Gegenteil.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Regierungserklärung von Herrn Möller ist voller Widersprüche. Sie versprechen, alle rechtlichen Möglichkeiten zum **Abschalten des Kernkraftwerkes** zu nutzen. Das ist dann die Beruhigungspille für Ihre rot-grüne Klientel.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er sagt, er hat gar keine Möglichkeiten!)

An anderer Stelle müssen Sie einräumen, den Knopf zum Abschalten nicht zu finden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Sie schüren Ängste, sprechen von einer Belastung für die Sicherheit der Menschen und geben nur wenige Seiten weiter unumwunden zu, daß Ihre Sicherheitsüberprüfungen zu keinerlei **Beanstandungen** geführt haben. Sie fordern - ganz auf Parteilinie - die Betreiber auf, Krümmel vorsorglich vom Netz zu nehmen, weil Sie dies nun einmal in dem Antrag von SPD und Grünen drinstehen haben, Sie müssen aber auch eingestehen, daß noch nicht einmal ein Vorziehen der periodischen Sicherheitsüberprüfung um ein Jahr erwartet werden kann. Das sind die Fakten Ihrer Regierungserklärung, Herr Möller.

Die Kernenergiepolitik dieser Landesregierung ist zum Scheitern verurteilt. Sie wollen den Ausstieg über die Frage behaupteter Sicherheitsmängel erreichen. So schüren Sie Ängste, anstatt einen konstruktiven und sachgerechten Dialog zu führen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dies zeigt sich leider auch an der verbalen Kraftmeierei des Ministers, wenn er die friedliche Nutzung der Kernenergie in Deutschland als katastrophenträchtig bezeichnet. - So geschehen hier heute morgen in diesem Hohen Hause!

Die CDU bekennt sich dagegen zu einer Politik, die die CO₂-Belastung bis zum Jahr 2005 um 25 % reduzieren hilft.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Deshalb sagen wir auch, daß mit regenerativen Energieträgern allein die **Klimawende** nicht geschafft werden kann.

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur mit ihnen!)

Dafür brauchen wir auf absehbare Zeit auch die CO₂-arme Kernenergie. Wir brauchen in Deutschland einen Energiekonsens, um für künftige Generationen zu gemeinsam akzeptierten Formen der Energiegewinnung mit allen damit verbundenen Folgen zu gelangen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Und dazu leistet die SPD bisher keinen Beitrag. Ganz im Gegenteil, sie verweigert sich. Ich zitiere dazu aus dem „Handelsblatt“ vom 10. September 1996:

„Durch Genehmigungsblockaden auf Länderebene stellen die Sozialdemokraten milliardenhohe Vorleistungen in Frage und leisten einer öffentlichen Hysterie gegen Kernkraft Vorschub.“

(Meinhard Füllner [CDU]: So ist es!)

Das sind die Fakten.

Die Problematik der Leukämieerkrankungen werden wir gleich im Rahmen des nächsten Tagesordnungspunktes diskutieren. Deshalb möchte ich an dieser Stelle dazu nur sagen, daß die Forderung der Landesregierung, Krümmel dürfe nicht wieder ans Netz gehen, bevor alle Ursachen der Leukämieerkrankungen im Umkreis des Kraftwerkes aufgeklärt seien, vor dem

Hintergrund der zur Zeit bekannten Fakten wie reiner Populismus anmutet.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

- Vielleicht können Sie ja freundlicherweise auch ein paar Fakten mit mir gemeinsam zur Kenntnis nehmen, denn sie sind nun einmal so, wie sie sind.

Bisher sind nämlich erhöhte radioaktive Werte in keiner der Untersuchungen festgestellt worden.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt doch überhaupt nicht!)

- Dann kommen Sie hier nach vorne und sagen Sie mir, wie Sie das belegen können. Das können Sie nämlich nicht.

Diese Untersuchungen sind unter anderem auch vom Öko-Institut in Darmstadt belegt. Noch deutlicher - das ist heute morgen schon zitiert worden - wird der Umweltsenator in Hamburg. Er stellt in einer ausführlichen Stellungnahme, gestützt auf namhafte Wissenschaftler - wer wollte dies hier im Landtag von Schleswig-Holstein bezweifeln -, fest, daß nach allen vorliegenden Erkenntnissen Krümmel als Ursache für die Leukämieerkrankungen ausscheidet. Das geht aus einer Expertise hervor, die gestern in Hamburg vorgestellt wurde und die, glaube ich, wissenschaftlich seriösen Anforderungen standhält. Im Kern ist es doch so, daß dies auch Minister Möller einräumt.

Die bisherigen Untersuchungen geben keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß ein **Kausalzusammenhang** zwischen **radioaktiver Strahlung** und **Leukämieerkrankungen** besteht. Insofern, Herr Minister, verstehe ich Ihre Forderung auf Seite 12 Ihrer Regierungserklärung nicht, wo Sie es für richtig und notwendig halten,

daß Krümmel nicht wieder ans Netz gehen soll, bevor die Ursachen der Leukämieerkrankungen im Umkreis des Kernkraftwerkes Krümmel aufgeklärt sind. Was soll diese Aussage anderes sein als eine Ergebnisadresse an die Grünen! Etwas anderes kann man daraus doch nicht schlußfolgern.

Weder das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts noch die „Monitor“-Vorwürfe rechtfertigen diese Regierungserklärung. Darauf hat der Oppositionsführer auch mit Fug und Recht hingewiesen. In Sachen BVG-Urteil liegt bis heute noch nicht einmal die schriftliche Urteilsbegründung vor. Vorgriffe auf die Gründe des Gerichts sind also von daher höchst spekulativ. Vielleicht hätte man deshalb wenigstens auf die Urteilsbegründung warten sollen.

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Die Art und Weise des Einbaus des Reaktordruckbehälters in Krümmel ist nicht nur unmittelbar nach dem Einbau selbst, sondern auch jetzt wieder überprüft worden. Die damaligen Prüfungsergebnisse sind so eindeutig wie die Zwischenergebnisse, die Herr Möller uns heute morgen präsentiert hat. Um es kurz zu sagen: Es gab keinerlei Beanstandungen. Das ist das, was auch in der Regierungserklärung von heute morgen steht.

Die Kernkraftwerke erfordern einen hohen technischen Sicherheitsstandard. Das ist völlig unzweifelhaft und eine Vorgabe im Atomrecht - das ist auch gut so.

Sehr geehrter Herr Minister, lassen Sie von einer Politik ab, die die Menschen vor Ort zusätzlich und unsachgemäß verunsichert.

(Holger Astrup [SPD]: Als wenn alles so simpel wäre! - Beifall bei CDU und F.D.P. - Ute Erdsiek-

Rave [SPD]: Das ist ja unglaublich!

- Das ist genau die Konsequenz aus der Regierungserklärung und der bisherigen Debatte, Frau Erdsiek-Rave. Wenn Sie zuhörten, stellten Sie fest, daß zusätzliche Verunsicherungen vor Ort, die niemandem nützen, die Konsequenz daraus sind.

Treten Sie in einen konstruktiven Dialog ein - und dazu fordere ich Sie im Namen der CDU-Fraktion auf -, der sich an Fakten und nicht an ideologische Vorgaben hält.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist schon unglaublich, was man hier zu hören bekommt. Die Verunsicherung der Bevölkerung erfolgt doch nicht von seiten einer Regierung, die sich seit acht Jahren auf die Fahnen geschrieben hat, die Sicherheit von Kernkraftwerken vor die Wirtschaftlichkeit zu stellen, sondern umgekehrt von Menschen, die es nicht wahrhaben wollen, daß Kernkraftwerke einen hohen Sicherheitsstandard und dementsprechend auch ein hohes Verantwortungsbewußtsein innerhalb des Ministeriums erfordern - das wir als SPD dem Ministerium auf jeden Fall attestieren.

Der Minister ist schon selbst auf die vielfach gefallenen Begriffe des Opportunismus eingegangen. Herr Dr. Hennig, bei Ihnen habe ich diesen Begriff meines Wissens siebenmal gezählt. Eben habe ich diesen Begriff noch einmal gehört. Durch eine Wiederholung wird das nicht besser. Jeder, der die Landtagsprogramme sowohl der SPD als auch der Grünen sowie unsere Praxis seit 1988 kennt, weiß, daß unsere Energiepolitik

auf die drei Maßgaben Energieverbrauch vermindern, Energie optimal nutzen und Energie ökologisch erzeugen ausgerichtet sind. Keines dieser drei Ziele läßt sich mit Kernkraftwerken erreichen. Das ist nun einmal so.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Deshalb ist und bleibt unser Ziel der **Ausstieg aus der Atomtechnologie**. In unserem Programm heißt es weiter - auch das hätten Sie lesen können -: Eine Technik, die niemals versagen darf und bei der Menschen niemals versagen dürfen, weil die Folgen unabsehbar und nicht beherrschbar sind, kann nicht verantwortet werden. Der Ausstieg aus der Atomenergie - das steht auch in diesem Programm, wo Sie es auch hätten nachlesen können - bedarf einer bundesgesetzlichen Regelung. Das haben wir immer gesagt, und das sagen wir heute auch. Solange in Bonn eine Koalition von Atomkraftbefürwortern, die angeblich eine CO₂-Minderung um 25 % mit der Atomkraft schaffen wollen, was mir völlig unerklärlich ist, weil es nicht geht,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

am Werk ist, wird es natürlich schwierig sein, einen Ausstieg aus der Atomkraft zu erreichen. Das hat Herr Möller so gesagt, das hat Herr Jansen so gesagt, und das hat jede SPD-Rednerin und jeder SPD-Redner von diesem Pult aus so gesagt. Solange aber Atomkraftwerke am Netz sind - auch das steht in unserem Programm -, werden wir durch unsere **Aufsichtspraxis** für einen **höchstmöglichen Sicherheitsstandard** der Atomkraftwerke sorgen. Unsere Sicherheitsphilosophie heißt: Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit. Jeder hätte das nachlesen können.

Es ist zweifelhaft, woher diese Leukämiefälle kommen, aber es gibt niemanden unter Ihnen - auch Frau Happach-Kasan kann das nicht -, der einen Positiv-Nachweis erbringen kann, daß sie nicht von radioaktiver Strahlung herrühren. Frau Dr. Happach-Kasan, können Sie das belegen? Sie haben an diesem Pult wie der lebendige Werbeprospekt der HEW gestanden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Zuruf des
Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]

In Ihrem sonst so hohen Wissenschaftlichkeitsanspruch waren Sie sich nicht zu schlecht, die Pressemitteilung der HEW herunterzubeten. Ich kann das nicht verstehen. Ich kann nicht sagen, daß das aus Krümmel kommt, aber ich kann genausowenig sagen, daß das nicht aus Krümmel kommt. Das haut nicht hin.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Was ist das für
eine Argumentation?)

Alle, die bisher in Schleswig-Holstein auf seiten der SPD zur Atomkraft Stellung genommen haben, haben das so getan, wie es Herr Möller getan hat. Er hat das sehr verantwortlich getan.

Noch ein Wort zur Frage des Opportunismus: Mich läßt das überhaupt nicht los. Im Koalitionsvertrag haben wir zwischen Roten und Grünen vereinbart - das war auch vorher unsere Politik -, daß wir bei jedem Schritt, der die Atomenergie angeht - egal ob es sich um die Sicherheitsüberprüfungen, um Störfälle oder sonstige Dinge handelt -, die Öffentlichkeit informieren. Ein gravierender Schritt, nämlich das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zur Klage von Frau Backhaus, steht im Raum. Natürlich hat die Öffentlichkeit einen Anspruch darauf, darüber richtig aufgeklärt zu werden. Wenn

Herr Möller das in seiner sachlichen und ruhigen Art so macht, wie er es gemacht hat, begrüßen wir das außerordentlich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Herr Dr. Hennig, wir machen vor allem einen sehr großen Unterschied zu der von Ihnen vorgetragenen üblen Art und Weise, mit Desinformation zu versuchen,

(Zurufe von der CDU)

Emotionalität hineinzubringen, die wir gerade versuchen herauszubringen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war schon ganz gut! - Meinhard Füllner [CDU]: Ziehen Sie Ihre Krawatte zuerst einmal gerade!)

Es geht nicht darum, Ängste zu schüren, sondern es geht darum, die berechtigten Ängste in der Bevölkerung aufzunehmen und der Bevölkerung zu zeigen, daß Politik in der Lage ist, mit diesen Ängsten umzugehen. Das ist verdammt schwierig. Wir versuchen das. Wir versuchen - darauf werden wir beim nächsten Tagesordnungspunkt zur Leukämie noch einmal eingehen -, das mit Hilfe von entsprechenden wissenschaftlichen und vernünftigen Grundlagen wirklich zu beurteilen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, wir werden uns weiterhin auf einem Kurs bewegen, der es uns ermöglicht, aus der Kernenergie auszusteigen. Wir haben dazu die Vorleistungen durch das Setzen auf **regenerative Energien** erbracht. Durch das Setzen auf eine höhere Effektivität - Blockheizkraftwerke - haben wir einen entscheidenden Schritt voran getan.

Herr Kubicki, wenn sich allerdings Ihr Kollege Rexrodt aus Bonn mit seinem Gesetzentwurf zum Energiewirtschaftsgesetz durchsetzt, gnade uns Gott. Das gilt vor allen Dingen für diejenigen in den Kommunen, die

viel investiert haben und viel Kreativität an den Tag gelegt haben, um eine vernünftige, vor Ort verankerte Energiepolitik nach dem Motto „Lokal handeln, global denken“ umzusetzen haben. Diese Kommunen werden dann ihre Investitionen in den Sand gesetzt haben.

Die großen Konzerne, für die Sie immer sprechen und die Sie auch vertreten - so wie das Frau Dr. Happach-Kasan heute auch getan hat -, werden dann den Reibach machen.

(Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Das ist nicht unsere Politik. Wir sind eher für eine Dezentralisierung und Regionalisierung der Energieversorgung. Das ist aber ein anderes Kapitel.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]:

Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Die Luft wird dünn für die Strommonopole. Deshalb ist wohl auch die Aufregung um so größer.

(Widerspruch bei der CDU)

Die große Mehrheit der Bevölkerung in diesem Lande lehnt die Atomenergie mittlerweile ab. Das tut sie nicht ohne Grund. Es ist erstaunlich, daß Sie von der Opposition so sicher sind, daß die **Leukämiefälle in der Umgebung des Kernkraftwerks Krümmel** nichts mit dem Atomkraftwerk zu tun haben. Trotzdem hat aber mittlerweile die CDU im Landtag von Niedersachsen eine Leukämiestudie

gefordert. Die CDU in Hamburg ist gleicher Meinung. Mittlerweile sehe ich, daß sich die CDU in diesem Landtag auch für eine Leukämiestudie ausspricht. Ich muß feststellen, daß das irgendwie sehr widersprüchlich ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Stimmt! - Beifall des
Abgeordneten Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]

Herr Dr. Hennig, wenn Sie uns vorwerfen, daß wir noch nicht den Ausstieg geschafft haben, obwohl wir ihn wollen, muß ich feststellen, daß dies im Zentrum an der Atomgesetzgebung liegt, wie wir sie in diesem Land haben. Sie hindert die Parlamente daran, den Willen der Mehrheit der Bevölkerung in diesem Land umzusetzen.

(Beifall der Abgeordneten Irene
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN])

Ich finde es eine Ungeheuerlichkeit, daß Sie das uns auch noch zum Vorwurf machen. Wir befinden uns in der Situation, daß wir eine Gesetzgebung haben, die den Energiekonzernen - Herr Kubicki, das ist keine freie Wirtschaft, da die Energiekonzerne nichts mit der freien Wirtschaft zu tun haben, sondern es sich um staatlich garantierte Monopole handelt -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die
werden doch von
Sozialdemokraten verwaltet!)

gegen den Willen der Bevölkerung eine Freiheit garantiert, diese Atomkraftwerke ständig weiterzubetreiben.

Das, was in Bonn geplant wird, kann man sehr gut vergleichen, wenn man das einmal auf den Verkehr überträgt. Das wäre so, als seien die großen Autokonzerne Mercedes, VW, BMW und Ford zusätzlich im Besitz

der Straßen, und würde es ein Gesetz gemacht, wonach andere Betreiber nur fahren dürfen, wenn noch Platz ist, weil die großen Konzerne die Straßen noch nicht mit ihren Autos gefüllt haben. Das bedeutet, derjenige, der ein Auto von einer anderen Firma kauft, weiß überhaupt nicht, ob er fahren darf. So ein Gesetz macht Ihr Kollege zur Zeit in Bonn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das halte ich für eine Ungeheuerlichkeit.

Wir brauchen endlich **Marktwirtschaft** im **Energiesektor**, damit das Monopol fällt und endlich Bewegung hineinkommt.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir brauchen freie Einspeisebedingungen zu gerechten Preisen für dezentrale Energieträger,

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P.)

damit wir endlich in der Energiewende vorwärts kommen. Ich hoffe auch, daß dieses Gesetz, das derzeit in Bonn geplant wird, mit Hilfe der Länder verhindert wird und daß wir endlich zu einer Neuregulierung des Energiemarkts kommen, der den regenerativen Energien und der Kraft-Wärme-Koppelung sowie einer Energiewende in diesem Land eine Chance gibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben im Energiesektor die Situation, daß wir es mit einer Gesetzgebung zu tun haben, die auf Dogmen basiert, von denen jeder weiß, daß sie falsch sind. Sie sind aber trotzdem gesetzlich festgeschrieben. Das erste **Dogma** ist die **Entsorgungssicherheit**.

Es wird behauptet - das Gesetz geht auch davon aus -, daß die Entsorgungssicherheit gegeben ist, obwohl es weltweit noch nicht eine einzige Möglichkeit gibt, Atommüll endzulagern.

(Meinhard Füllner [CDU]: Weil Sie das mit verhindern!)

Ich weiß nicht, ob die Grünen überall in der Welt an der Macht sind. Es ist doch merkwürdig, daß Sie das nicht schaffen, obwohl Sie hier in der Regierung sind, daß andere Länder das nicht schaffen, und Sie werfen den Grünen vor, daß sie das verhindert haben. Die sichere **Entsorgung** ist schlicht Dogma. Dies ist schon gesagt worden. Sichere Entsorgung heißt garantiert sichere Aufbewahrung von mehreren hundert Tonnen Plutonium auf 50 000 Jahre. Dann strahlt es noch die Hälfte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das Problem haben wir schon!)

50 000 Jahre muß das Zeug aufbewahrt werden. Jedes Jahr kommen 5 t Plutonium dazu, und Sie wollen immer so weitermachen!

Das zweite Dogma, Herr Kubicki! Es wird behauptet, ein großer Unfall sei nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen. Seit der Biblis-II-Studie wissen wir, daß je 1000 Jahre Betriebszeit eines Kernkraftwerkes mit einem großen Unfall zu rechnen ist. Das bedeutet bei 100 Reaktoren zehn Jahre.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Das ist nicht die Zahl der Grünen. Das ist das Ergebnis der Biblis-II-Studie. Daher ist es schlicht falsch, wenn behauptet wird, ein großer Unfall sei nach menschlichem Ermessen ausgeschlossen. Dennoch ist das gesetzlich so festgeschrieben. Das ist eine Katastrophe! Sie haben gesetzlich

festgeschrieben, daß es kein Risiko gibt, obwohl jeder weiß, daß es dieses Risiko gibt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir haben das gar nicht gemacht! Das haben die Sozialdemokraten gemacht!)

Drittens. Es ist geschrieben, daß die Vermeidung von Gefahren für Leib und Gesundheit gewährleistet ist, obwohl die CDU mittlerweile selber dafür ist, eine Studie zu erstellen, um genau das zu prüfen. Wie kann etwas per Gesetz ausgeschlossen werden, wo doch mittlerweile fast alle in diesem Hause der Meinung sind, daß man das überprüfen muß, daß man nicht weiß, ob es so ist?

Die Behauptung, daß in Krümmel keine exorbitanten Strahlenwerte gemessen werden, geht eben an dem Problem vorbei, daß es bei Atomkraftwerken nicht nur eine Strahlung gibt, die Schäden hervorruft, sondern daß es auch um Partikelemissionen geht, die sich im Körper einlagern. Bei Partikelemissionen treten ganz andere **gesundheitliche Gefährdungen** auf. Die Krebsgefahr ist um mindestens eine Zehnerpotenz, wenn nicht um zwei Zehnerpotenzen höher, als wenn es sich um reine Strahlung handelt. Das muß man wissen, wenn man über dieses Thema redet.

(Thomas Stritzl [CDU]: Es müssen heiße Partikel sein! Wie viele sind denn das?)

Ich fasse zusammen. Die Opposition versucht, eine Mammuttechnologie zu verteidigen, die einen Weg in eine zukunftsfreundliche, sparsame, regenerative Energieversorgung massiv blockiert. Wir werden uns nicht daran hindern lassen, in der Zukunft für eine entsprechende Energieversorgung einzutreten und sie auch durchzusetzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist wirklich schwer, die Sozialdemokraten noch loben zu können. Manchmal habe ich das Gefühl, es soll bewußt eine Strategie durchkreuzt werden, von der ich auch gelesen habe.

(Zurufe von der SPD: Gelesen! - Ursula Kähler [SPD]: Geschrieben!)

Herr Minister Möller, ich habe selten von Ihnen eine derart - ich sage es einmal mit meinen Worten - „beschämende“ Rede gehört. Ich komme auf die einzelnen Punkte gleich noch einmal zurück.

Wir haben am 26. Februar 1993 in diesem Hohen Hause eine Debatte über das **Kernkraftwerk Brunsbüttel** geführt. Man könnte den Redebeitrag von damals bedenkenlos noch einmal halten. Mittlerweile sind fast vier Jahre ins Land gegangen. Ich empfehle den Grünen, die ja erst seit April dieses Jahres dabei sind, sich einmal die Debatte vom 26. Februar 1993 zum Kernkraftwerk Brunsbüttel durchzulesen, in der meine Fraktion als Konsequenz auf alle Überlegungen und Vermutungen beantragt hatte zu fordern, die Landesregierung möge das Kernkraftwerk Brunsbüttel stilllegen. Damals hat die sozialdemokratische Mehrheitsfraktion dagegen gestimmt. Das fand ich einen sehr mutigen Schritt.

Herr Möller, ich komme jetzt zu dem, was ich Ihnen vorwerfe. Entweder Sie haben als Minister Sicherheitsbedenken, was das

Kernkraftwerk Krümmel angeht. Dann sind Sie von Gesetzes wegen verpflichtet, die Wiederinbetriebnahme zu verhindern. Oder Sie haben diese Bedenken nicht. Dann sollten Sie sich auch nicht hinstellen und so tun, als könnten Sie den Leuten draußen etwas anderes suggerieren. Ich glaube nicht, daß Sie sich in Ihrem Kopf teilen können, daß Sie schizophren sind und sagen: Ich habe persönliche Bedenken, aber diese reichen nicht aus, um dies im Zweifel auch juristisch zu begründen.

(Karl-Martin Hentschel
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Sie haben nicht zugehört!)

- Herr Hentschel, noch einmal: Ich finde es bemerkenswert, daß Sozialdemokraten solche Regelungen geschaffen haben - das Atomgesetz der siebziger Jahre haben Sozialdemokraten wesentlich mitzuverantworten -, und jetzt verpieseln sie sich. Wie beim Radikalenerlaß. Erst wird es von Sozialdemokraten eingeführt, und hinterher haben sie nichts mehr damit zu tun. Alle anderen sollen dann mit den Problemen fertig werden.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: So etwas
nennt man Lernprozeß!)

Ich sage doch nur: Solange ein Gesetz und solange Recht besteht, hat sich jeder daran zu halten oder es zu ändern. Niemand kann Herrn Minister Möller daran hindern, niemand kann das Land Schleswig-Holstein daran hindern, morgen eine Stilllegung zu verfügen. Das Problem ist nur, daß er dann bezahlen muß, daß er nach § 18 Atomgesetz entschädigen muß. Das will er vermeiden. Er will seine politischen Ziele durchsetzen, ohne für die Konsequenzen eintreten zu wollen. Und hier geht dann wirklich Wirtschaftlichkeit vor Sicherheit.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das halte ich für unehrlich. Ich bin gern bereit, mich an solchen Debatten weiter zu beteiligen, aber nicht in der Form, daß ich nach draußen der Bevölkerung suggeriere, ich träte vehement dafür ein, das Atomgesetz konsequent anzuwenden, die Sicherheitsstandards hochzuschrauben, ich setze mich vehement dafür ein, die rechtlichen Möglichkeiten zu nutzen, um meinem Ausstiegsziel näherzukommen, und anschließend stelle ich mich hin und sage: Aber ich habe gar keine rechtlichen Möglichkeiten. Was ist denn das für eine Politik? Was für ein Eindruck wird denn da bei der Bevölkerung erweckt? Das schafft Politikverdrossenheit, die Sie übrigens noch zu spüren bekommen werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, eine Mehrheit in diesem Lande sei seit 1988 für den **Kernenergieausstieg**, dann sage ich Ihnen: Die Mehrheit bröckelt aber bedenklich. 1988 hatten Sie 57 % zusammen, 1992 hatten Sie 51 %, jetzt sind Sie bei 47 % gelandet, und im Jahre 2000 werden Sie bei 40 % sein. Das ist dann eine Minderheit.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen voraus: Im Jahre 1998 wird in Bonn die christlich-liberale Koalition bestätigt werden. Damit wird die Mehrheit der Bevölkerung bestätigen, daß sie die Politik in guten Händen wähnt.

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und
CDU)

Jedenfalls nicht in Händen von Demagogen und Leuten, die etwas versprechen, was sie nicht einhalten können.

(Hans Wiesen [SPD]: Wolfgang,
wieviel Prozent habt ihr denn
dann?)

- Jedenfalls mehr, als du erwartet hast!

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Ebenfalls nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Nabel, ich möchte meine Argumentationslinie noch einmal ganz deutlich darlegen.

Erstens. Das Kernkraftwerk Krümmel hat eine Emission von Radioaktivität, die einen Bruchteil der natürlichen Radioaktivität beträgt.

Zweitens. Die mehrfach höheren Emissionen in Tschernobyl haben nicht zu einer Erhöhung der Erkrankungsrate an Leukämie geführt.

Drittens. Im 5-km-Bereich um das Kernkraftwerk Krümmel ist die Indikator-Leukämie für radioaktive Strahlung, die akute myeloische Leukämie, nicht vermehrt aufgetreten.

Daraus ziehe ich das Fazit: Es ist erforderlich, nach anderen **Ursachen für** das Auftreten von **Leukämie** zu suchen. Wem es um die Ursachen geht, der wird einen neuen Ansatz fordern und nicht darauf beharren, weiterhin, wie dies schon fünf Jahre lang geschehen ist, die Kernenergie für die Erkrankungen an Leukämie in der Elbmarsch südlich der Elbe verantwortlich zu machen. Ich meine, wir sollten aufhören, an Erkenntnissen herumzurütteln, die wir inzwischen, von vielen belegt, vor uns haben. Ich glaube, daß Minister Möller mit seiner Haltung eine ausgezeichnete Zusammenfassung der Untersuchungen, die von der Leukämiekommission empfohlen worden sind, gegeben hat. Diese muß man

endlich zur Kenntnis nehmen. Aber, Herr Möller, ich hätte von Ihnen schon erwartet, daß Sie auf den „Monitor“-Bericht, der tatsächlich zu Unruhe geführt hat, gleich reagiert und als Aufsichtsbehörde der Bevölkerung im Kreis Herzogtum Lauenburg gleich gesagt hätten, was denn davon zu halten ist und was Sie selbst als Aufsichtsbehörde wissen, anstatt damit bis zu einer Landtagssitzung drei Wochen später zu warten.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Dann schließe ich die Beratung.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD, Drucksache 14/232, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 16 und 20 auf:

a) Entschließung zur Fallkontrollstudie in der Elbmarsch

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/229

b) Neuorientierung in der Leukämieursachenforschung

Antrag der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/233

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 14/273

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist nicht der Fall. - Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jede schwere Erkrankung ist für betroffene Menschen und ihre Angehörigen eine große Belastung, die dann besonders schwer wiegt, wenn es sich um Krebserkrankungen handelt, und die noch schwerer wiegt, wenn Kinder an Krebs erkranken. Es ist umfassende Aufgabe aller politischen Ebenen, für Erforschung, Behandlung und Prävention solcher Erkrankungen zu sorgen. Dabei stehen zunächst spektakuläre Einzelfälle im Mittelpunkt, besonders, wenn es sich um dramatische Erkrankungen wie **Leukämie bei Kindern** handelt.

Auch ich möchte - wie schon der Minister - von dieser Stelle aus den Betroffenen deutlich machen, daß wir an ihrer Seite stehen und alles zur Erforschung der Ursachen tun werden. Die SPD bleibt dabei: Wir wollen aus der Nutzung der Atomenergie aussteigen, und wir werden alle rechtlichen Möglichkeiten zum **Abschalten der Atomkraftwerke** nutzen.

Wenn Erkrankungen zeitlich oder regional gehäuft auftreten, wenn von Epidemien oder sogenannten Clustern geredet wird, ist das bestehende Hilffsystem häufig überfordert. Beispiele dafür hatten wir in den vergangenen Jahren nicht nur in der Elbmarsch und im Kreis Pinneberg mit gehäuft aufgetretenen Leukämien oder Tumoren bei Kindern und Erwachsenen; auch in anderen Bereichen unseres Landes gab es sogenannte Cluster über zufällige Häufungen bestimmter schwerwiegender Erkrankungen. Das waren nicht nur Leukämien und Tumore.

Besondere Herausforderungen erfordern immer besondere Maßnahmen. Es ist deshalb zunächst alles zu tun, um zur Aufklärung

beizutragen. Dazu ist die umfassende Erhebung von Daten genauso nötig wie die Erforschung von Zusammenhängen. Politik muß dabei mit Praktikerinnen und Praktikern und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zusammenarbeiten und sich sehr häufig deren Beurteilung stellen, ohne selbst ausreichende Kenntnisse über die behandelte Materie zu haben.

In der wissenschaftlichen Literatur zur Erkrankung des blutbildenden Systems, wie Leukämien und Lymphomen, wird eine Vielzahl möglicher **Ursachen** diskutiert. Neben in den Körper aufgenommenen Chemikalien und Arzneimitteln, ionisierenden Strahlen und Viren werden Emissionen aus chemischen Anlagen, Pflanzenschutzmittel, Bau- oder sonstige Werkstoffe und vieles mehr verdächtigt. Selten gelingt es bisher, einzelne oder Kombinationen dieser Ursachen genau festzumachen. Jeder bei dem Versuch des Festmachens der Ursachen auftretende Streit unter den beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern führt fast zwangsläufig auch zum Streit unter den Beteiligten in der Politik. Wie wir seit vielen Jahren insbesondere bei der Beurteilung der Ergebnisse verschiedener Kommissionen oder Studien auch hier im Hause erleben, versucht jeder, vor allem Frau Happach-Kasan, mit sehr viel Anstrengung den Schein einer angeblich neutralen Wissenschaftlichkeit zu erzeugen.

Dabei ist es gerade das Thema Leukämie, das für politischen Streit und politische Profilierung denkbar ungeeignet ist. Es verdient eigentlich sachorientiert behandelt zu werden. Das habe ich heute bislang leider nicht erlebt. Vielleicht schaffen wir ja, das bei dem eigentlichen Tagesordnungspunkt zu diesem Thema noch in Gang zu kriegen.

Die schleswig-holsteinische SPD in Regierung und Landtag nimmt für sich in Anspruch, bisher und auch heute sachorientiert vorgegangen zu sein und alles getan zu haben, was im Rahmen eines Landes möglich ist. Wir haben eine

Fachkommission eingesetzt. Wir haben verschiedene Studien in Auftrag gegeben, im Falle der Pinneberger Leukämiefälle eine epidemiologische Task force eingesetzt und auf Bundesebene und in Nachbarländern um Mitarbeit und Mitfinanzierung geworben.

Daneben haben wir sofort nach dem Inkrafttreten des Bundeskrebsregistergesetzes mit den Vorarbeiten für ein eigenes **Krebsregister** begonnen. Das hat nicht jahrelang gelegen, Frau Dr. Happach-Kasan: Das ist zum 1. Januar 1995 beschlossen worden. Am 30. März 1995 hat Frau Ministerin Moser von dieser Stelle aus deutlich gemacht, daß sich die Regierung sofort an die Erarbeitung eines Krebsregistergesetzes macht. Das ist geschehen. Im März vor der Landtagswahl hat es einen entsprechenden Kabinettsbeschluß gegeben. Im Juni hat es einen Referentenentwurf gegeben, der in die Anhörung gegangen ist. Gestern ist dann der Gesetzentwurf beschlossen worden. Da kann man deutlich sagen: Wir haben in der Frage Krebsregister Wort gehalten. Wir sind das erste Land in der Bundesrepublik, das das Bundesgesetz umsetzt. Die Landesregierung hat dabei eine Meldepflicht für alle Ärztinnen und Ärzte vorgesehen und geht dabei über das unzureichende Bundesgesetz weit hinaus.

Die SPD-Fraktion begrüßt diesen Ansatz. Denn nur so wird gewährleistet, daß eine ausreichend hohe Zahl der neu auftretenden Krebserkrankungen erfaßt wird. Nach Meinung der Fachleute ist eine Erfassungsquote von mindestens 90 % nötig, um den Zweck eines Krebsregisters zu erfüllen. Mit diesem Krebsregister werden wir in Schleswig-Holstein in absehbarer Zeit über eine Datenbasis verfügen, die eine umfassende Ursachenforschung und Prävention für alle Krebsformen zumindest in Gang setzen kann und vielleicht auch insgesamt ermöglicht. Gesundheitsministerin Moser ist zu beglückwünschen, daß ihr der schwierige Balanceakt zwischen den Anforderungen der Wissenschaft und der

Gesundheit auf der einen und des Datenschutzes auf der anderen Seite gelungen ist, ohne den die Meldepflicht so umfangreich nicht durchsetzbar wäre.

Ich möchte in diesem Zusammenhang an die Ärztinnen und Ärzte des Landes appellieren, sich an den Meldungen zum Krebsregister zu beteiligen. Sie können nicht sagen, Frau Dr. Happach-Kasan: Die Ärzte machen es nicht. Wir müssen sie wirklich auffordern - und das am besten alle gemeinsam -, das mit uns in Gang zu setzen. Denn wir haben diese Diskussion um Cluster in verschiedenen Bereichen im ganzen Land, von Lauenburg bis nach Flensburg. Ohne die Mitarbeit der Ärztinnen und Ärzte ist dieses Register zum Scheitern verurteilt.

Wir werden das Gesetz noch in diesem Jahr verabschieden können und haben dann ein weiteres Instrument zur Analyse, zur Erforschung und - was uns besonders wichtig ist - zur Prävention von Krebserkrankungen.

Es ist darüber hinaus weiterhin angebracht, alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur weiteren und zielgerichteten **Ursachenforschung** dienen. Insbesondere unter dem Licht des Bundesverwaltungsgerichtsurteils wird weiterhin zu prüfen sein, Frau Dr. Happach-Kasan, ob zwischen dem Betrieb kerntechnischer Anlagen und auftretenden Leukämie-Clustern ein Zusammenhang bestehen kann. Das ist zu prüfen. Das hat das Gericht ausdrücklich vorgegeben. Wir können uns nicht hinstellen und sagen, dieser Zusammenhang besteht nicht. Wir müssen diesen erst einmal herstellen.

(Dr. Christel Happach-Kasan
[F.D.P.]: Den haben Sie doch
vier Jahre versucht herzustellen!)

- Mit einer Inzidenzstudie - das wissen Sie selbst - ist so etwas nicht nachweisbar. Dafür brauchen wir schon eine Fallkontrollstudie.

Zurück zum **Bundesverwaltungsgerichtsurteil!** Wir wollen also weiterhin prüfen, ob es einen Zusammenhang zwischen den Leukämieerkrankungen und dem Betrieb von kerntechnischen Anlagen geben kann. Ob es darüber hinaus zu einer Umkehr der Beweislast kommt, was von unserer Seite sehr wünschenswert wäre, oder das Atomkraftwerk Krümmel durch die Betreiber möglicherweise stillzulegen ist, wird die mit Spannung erwartete Begründung des Urteils ergeben. Wir haben Sie noch nicht.

Minister Möller hat heute morgen auf die lange bestrittenen Zusammenhänge zwischen BSE und dem Creutzfeldt-Jakob-Syndrom hingewiesen. An dieser Stelle könnte man als Wissenschaftlerin - wie Sie das für sich in Anspruch nehmen, Frau Dr. Happach-Kasan - den langen wissenschaftlichen Prozeß möglicherweise auf einen anderen Bereich transferieren. Ich glaube, daß wir diesen Prozeß auch weiterführen müssen. Wir dürfen auch in Zweifelsfällen mögliche Zusammenhänge nicht außer acht lassen. Wir müssen alle möglichen Ursachen untersuchen.

Dazu dienen nach unserer Auffassung sowohl die weitere Arbeit der Leukämiekommission, weitere strahlenbiologische Gutachten als auch die geplante retrospektive **Fallkontrollstudie**, die wir gemeinsam mit Niedersachsen allem Geschrei zum Trotz durchführen werden. Wir wissen uns mit allen Parteien des Niedersächsischen Landtages einig; Herr Hentschel hat das schon angeführt. Der Landtag in Niedersachsen hat einen Antrag beschlossen, der wortgleich mit unserer - also der von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten - Resolution übereinstimmt. Wir wissen uns zudem mit den Politikerinnen und Politikern der CDU und der F.D.P. in den betroffenen Regionen einig.

Meine Damen und Herren von der CDU und der F.D.P.: Ich fordere Sie auf, mit uns gemeinsam für die von BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN vorgelegte Resolution zu stimmen. Der Text von der CDU stimmt mich schon ganz zufrieden; er geht in die richtige Richtung. Wir können sicherlich darüber reden, diesem Antrag mit zuzustimmen. Den Antrag der F.D.P. lehnen wir allerdings ab.

Lassen Sie mich zum Schluß noch eines sagen! Ich will hier weder die Neutralität der Bundesstrahlenschutzkommission noch die der von ihr eingeladenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu dem schon öfter angesprochenen internationalen Kongreß in Heidelberg bewerten. Ich nehme an, Sie kommen noch darauf, Frau Dr. Happach-Kasan; ich war davon ausgegangen, Sie würden vor mir sprechen; deshalb spreche ich das jetzt an. Ich will das also nicht bewerten - das überlasse ich gern anderen -, aber ich will die Gelegenheit nutzen, sowohl an die Bundesregierung als auch an den Hamburger Senat zu appellieren, sich an der Durchführung der Fallkontrollstudie zu beteiligen.

Dieser Absolutismus, mit dem Herr Vahrenholt behauptet, es gebe keinen Zusammenhang, ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich kenne Herrn Vahrenholt als einen Politiker, der sicherlich nicht nur hart im Austeilen, sondern auch im Nehmen ist, aber seinen Absolutismus in dieser Frage kann ich nicht nachvollziehen. Ich muß das einmal überprüfen.

(Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich appelliere trotzdem an den Hamburger Senat, sich zu beteiligen.

(Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Ach, Herr Kubicki, hören Sie doch endlich auf! Sie waren gerade so schön still.

(Heiterkeit)

Bei Herrn Hennig haben Sie dauernd dazwischengeredet, Sie haben jeden Satz von Herrn Hennig mit einem Kommentar versehen.

(Holger Astrup [SPD]: Das langweilt!)

In dieser Frage aber, so meine ich, sollten Sie sich doch einmal ein bißchen beruhigen; denn Ihre Parteikolleginnen und -kollegen aus Nordniedersachsen haben sich ja, indem Sie Frau Dr. Happach-Kasans Aktivitäten ganz kräftig verurteilt haben, für die Fallkontrollstudie ausgesprochen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer?)

Sie haben gerade diesen Streit auch in Ihren eigenen Reihen; lassen Sie also Ihre Zwischenrufe nach!

Ich komme zum Schluß: Leukämie, insbesondere bei Kindern, ist eine schreckliche Erkrankung, die in allen Teilen der Republik auftritt und für die die Ursachen auch in allen Teilen der Republik liegen können.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Weder Frau Merkel noch Herr Seehofer noch Herr Kubicki noch der Hamburger Senat können sich der auf ihnen lastenden Verantwortung entziehen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Gegensatz zu Ihnen stehen wir dazu! Das unterscheidet uns beide!)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Sager.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die aufgetretenen **Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch**, im Raum Pinneberg und anderenorts sind eine bedrückende Tatsache, zumal und insbesondere wenn Kinder davon betroffen sind. Genau aus diesem Grunde zwingt dies alle politische Verantwortung Tragenden zu einer sachgerechten und sorgfältigen Vorgehensweise.

Emotionen, mögen sie vor allen Dingen bei den Leidtragenden auch noch so verständlich und nachvollziehbar sein, dürfen den Umgang der Politik mit diesem ernststen Thema allein nicht prägen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Bisher ist viel und lange untersucht worden. Die Ergebnisse zeigen, daß ein Kausalzusammenhang zwischen radioaktiver Strahlung auf der einen Seite und dem Vorkommen von Leukämieerkrankungen bei Kindern auf der anderen Seite nicht gegeben ist.

Die Sorgen und Ängste insbesondere der betroffenen Eltern wahrnehmen heißt deshalb, daß wirklich alle Einflußfaktoren - nicht nur verengt auf Radioaktivität -, die für eine mögliche Erkrankung bestimmend sein könnten, bei weiteren Expertisen untersucht werden müssen.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dafür braucht man eine Fallkontrollstudie!)

Ansonsten würden sich die Auftraggeber einer neuen Studie dem berechtigten Verdacht aussetzen, sie suchten nur an einer Stelle, ohne je fündig zu werden, weil nur die

in die eigene Ideologie paßt oder weil man es eben so verabredet hat.

Dies lehnen wir entschieden ab. Denn Vorurteile statt Fakten dienen niemandem, vor allem nicht den Betroffenen vor Ort. Für die **Einbeziehung aller möglichen Ursachen** spricht vor allem der ernst zu nehmende Hinweis darauf, daß das Kernkraftwerk Krümmel als Auslöser dieser schlimmen Krankheit ausscheidet.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Wieso?)

Ich verweise insoweit noch einmal auf die Expertise des Hamburger Umweltsenators vom gestrigen Tage.

(Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist keine Expertise, sondern
eine Meinung!)

- Das ist eine Expertise - auch ich habe das vorhin schon dazwischengerufen -, wobei Umweltsenator Vahrenholt - ich bitte, das wirklich einmal zur Kenntnis zu nehmen - ja nicht allein steht und dies nicht allein seine Vorstellungen sind, die er gestern öffentlich gemacht hat, sondern er greift zurück auf namhafte Wissenschaftler. Das wissen Sie ganz genau, und deshalb bitte ich Sie, Ihre Zwischenrufe an dieser Stelle zu unterlassen.

(Beifall bei der CDU und der
Abgeordneten Dr. Christel
Happach-Kasan [F.D.P.]

Wenn dies aber so ist, daß Krümmel ausscheidet - zumindest wenn dies namhaft gemacht wird in den unterschiedlichsten Untersuchungen und dies am gestrigen Tag so wieder geschehen ist -, dann brauchen wir für die Erforschung der Krebskrankheiten einen neuen, erweiterten Ansatz.

(Beifall der Abgeordneten Silke
Hars [CDU], Thomas Stritzl

[CDU] und Herlich Marie
Todsens [CDU])

Es gibt mittlerweile Hinweise, daß auch Viren für die Auslösung dieser schlimmen Erkrankung hauptsächlich sein können.

Die CDU-Fraktion ist deshalb der Auffassung, daß eine **neue Studie** vom Auftrag her so angelegt sein muß, daß sie auch tatsächlich neue Erkenntnisse zuläßt. Sie muß wissenschaftlich seriös sein und von einem anerkannten Institut durchgeführt werden. Dabei muß klar sein, daß die Vergabe für ein neues Gutachten an die Voraussetzungen einer anerkannten wissenschaftlichen Methode geknüpft wird.

(Beifall der Abgeordneten Silke
Hars [CDU], Thomas Stritzl
[CDU] und Herlich Marie
Todsens [CDU])

Dies ist unsere ganz konkrete Forderung an die Landesregierung, und wir bitten, dies vor Auftragserteilung umzusetzen.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN]: Klasse
Forderung, aber
selbstverständlich!)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, dabei erscheint uns der Vorschlag der F.D.P. durchaus sinnvoll zu sein, das Institut für medizinische Statistik und Dokumentation an der Gutenberg-Universität in Mainz zu beauftragen. Dort wurde bereits die Studie für Niedersachsen erstellt, wie wir wissen. Deshalb wäre eine Vergleichbarkeit mit den in Schleswig-Holstein anzustellenden Untersuchungen gegeben, was ganz sicher vorteilhaft wäre.

Es steht hier heute auch die Frage im Raum, ob die **Leukämiekommission** bestehen bleiben soll oder ob es besser ist, sie aufzulösen. Ich bin mit meiner Fraktion der Auffassung, daß eine Kommission, die es innerhalb von zwei Jahren nicht schafft, einen

Abschlußbericht vorzulegen, sich und ihre Arbeit selbst in Frage stellt. Insbesondere dann, wenn eine Studie in der von mir beschriebenen Form auf den Weg gebracht werden sollte, würden wir nach unserer Überzeugung einen ganz entscheidenden Schritt vorankommen.

Abschließend ein Wort zum **Krebsregister!** Die Errichtung eines solchen Krebsregisters wird von uns sehr positiv gesehen. Ich erinnere daran, daß hier die Bundesregierung dankenswerterweise vorangegangen ist und daß es unzweifelhaft ist, daß auch bei uns Handlungsbedarf besteht in Ausfüllung einer bundesgesetzlichen Regelung. Nur auf der Grundlage fundierter wissenschaftlicher Untersuchungen und eines objektiven Datenmaterials werden wir auf dem Gebiet der Erforschung der Krebskrankheiten entscheidend vorankommen können. Im Interesse der Menschen vor Ort und einer sachgerechten Aufklärung brauchen wir einen neuen Konsens der Sachlichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Hierzu möchte ich Sie im Namen meiner Fraktion herzlich einladen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte hier speziell auf den Antrag von Ihnen, Frau Happach-Kasan, eingehen. Ich schätze Ihre Arbeit in der Regel als korrekt und sachorientiert ein, allerdings geht beim Thema Krümmel - dafür haben Sie heute erneut den Beweis geliefert - regelmäßig alles bei Ihnen über Bord, sogar die sachliche Korrektheit.

(Zuruf der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Zu Ihrem eigenen Antrag samt Begründung möchte ich folgendes richtigstellen:

Zu Punkt 1: Nicht - wie von Ihnen behauptet - die Landesregierung, sondern das Bundesumweltministerium hat den Workshop in Heidelberg einberufen. Das Deutsche Krebsforschungszentrum, das als Bundeseinrichtung direkt Frau Merkel untersteht, hatte überwiegend handverlesene Atombefürworter dazu eingeladen.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!
- Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Diese beschäftigten sich so allgemein mit dem Thema Kernenergienutzung, daß zum Beispiel die Wissenschaftler aus England gar nicht bemerkten, daß das KKK mit gemeint war. Dazu gibt es inzwischen schriftliche Stellungnahmen aus England.

Das heißt, der Workshop befaßte sich im wahrsten Sinne des Wortes nur am Rande mit dem **Studiendesign der Fallkontrollstudie**, nämlich erst nach Abschluß des wissenschaftlichen Programms im Rahmen einer Podiumsdiskussion. Und man höre und staune: Den Teilnehmern lag nicht einmal der Text des Konzeptes vor.

Die niedersächsische Fallkontrollstudie hat das Leukämiecluster in der Elbmarsch eben nicht untersucht.

Im Gegensatz zu Ihnen, Frau Happach-Kasan, haben Ihre niedersächsischen Parteifreundinnen und Parteifreunde dies erkannt und in der letzten Landtagssitzung zusammen mit allen anderen Parteien für die Erarbeitung einer Fallkontrollstudie gestimmt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Sind wir da vertreten?)

Für diesen heute wieder vorgetragenen Unsinn, Frau Happach-Kasan, haben Sie von der niedersächsischen F.D.P. bereits öffentlich Prügel bezogen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Seit wann sind wir da im Landtag?)

Leider hat Sie das nicht daran gehindert, das heute erneut auf den Tisch zu legen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist Ihre Stellungnahme mit Ihrer Partei abgestimmt?)

In der von Ihnen hochgelobten niedersächsischen Fallkontrollstudie von Professor Michaelis werden außerdem Kinderleukämien nur ganz allgemein untersucht, die Nähe zu Kernkraftwerken wird gerade nicht als mögliche Ursache einbezogen, und - anders als von Ihnen behauptet - die sogenannte Graeves-Hypothese - ich weiß gar nicht, ob Sie wissen, was das ist - wird nicht übernommen, sondern es wird festgestellt, daß mehr als viermaliges Röntgen bei Kindern das Leukämierisiko signifikant erhöht.

Zur Erläuterung, Frau Happach-Kasan: Nach der Graeves-Hypothese ist die Ursache für die Entstehung von Leukämie ein mangelndes Training des Immunsystems; es sind nicht Viren.

Für eine Verursachung der Leukämieerkrankungen durch **Viren** - Herr Sager, Sie meinten, das heute auch wieder erwähnen zu müssen - gibt es bis heute ebenfalls keinerlei wissenschaftliche Hinweise.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Ausschließen können wir das auch nicht!)

Auch die niedersächsische Expertenkommission schloß Viren als Ursache aus.

(Reinhard Sager [CDU]: Das ist gar nicht richtig!)

Aber trotzdem! Alle Jahre wieder! Das hatten wir alles schon einmal. - Es wäre nett, wenn Sie zuhörten,

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Das haben Sie bei mir auch nicht gemacht, oder?)

es kommt nämlich jetzt ein Name, der Ihnen bekannt sein dürfte. Der Name „Töpfer“-Virus zeigt nämlich, wann das war, wann die Virus-Hypothese schon einmal auftauchte und aus welcher Richtung sie kam.

Neben Viren waren auch schon einmal sogenannte natürliche Dämpfe aus dem Boden im Gespräch und - wie so oft - der allgegenwärtige Meister Zufall.

Zufall wäre es allerdings, wenn sowohl Viren als auch Bodendämpfe genau im Umkreis des Kernkraftwerks Krümmel ihr Unwesen trieben, und zwar je dichter, desto doller. Genau das haben nämlich bisherige Untersuchungen ergeben - all dem zum Trotz, was Sie heute versucht haben, glauben zu machen. Es wurde nicht nur ein **räumlicher Bezug zum Kernkraftwerk** festgestellt, nämlich die weltweit höchste Dichte von Leukämieerkrankungen bei Kindern in der Umgebung eines AKW, sondern auch ein zeitlicher Bezug zu dessen Betrieb.

So ergab die Greiser/Hoffmann-Studie, daß von den zehn Jahren seit Inbetriebnahme in den ersten fünf Jahren keine erhöhte Leukämierate für Erwachsene zu verzeichnen war, dafür aber um so deutlicher in den darauffolgenden fünf Jahren, und zwar um bis zu 78 %. Dieses Ergebnis paßt wie erwartet oder befürchtet, denn die Latenzzeit

bei Erwachsenen beträgt mindestens fünf Jahre.

Jetzt möchte ich, daß Sie genau hinhören. Es sind betreibereigene Daten, die gezeigt haben, daß über dem Maschinenhausdach des Kernkraftwerkes - besonders deutlich im Jahr 1988 - überhöhte Radioaktivitätswerte gemessen wurden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Herr Minister, stimmt das?)

1987 fehlten zufällig alle Daten. Da versuchte doch wieder einmal der Meister Zufall, den Betreibern zu helfen.

Diese hohen Freisetzung fanden im wahrsten Sinne des Wortes ihren Niederschlag ab 1988 in Bodenproben, Pflanzen und Milch. Dies stellte die Bremer Physikprofessorin Schmitz-Feuerhake fest. Tschernobyl scheidet als Ursache aus, weil die entsprechenden Werte 1987 bereits deutlich tiefer abgesunken waren.

Wenn Sie all den Befunden der Bremer Physikprofessorin nicht glauben, sage ich Ihnen folgendes: Hinzu kommt, daß es offizielle Daten des Wasserwerks Geesthacht für 1989 gibt, die eine extrem hohe Belastung des Trinkwassers mit Radioaktivität aufzeigen, und zwar deutlich höher als nach Tschernobyl. Ich hätte gern von Ihnen eine Erklärung für diese Befunde in den offiziellen Trinkwasserdaten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die sind dort hingezogen!)

Zusätzlich zum dargelegten räumlichen und zeitlichen Bezug konnte Herr Dr. Dieckmann mit den Daten der Greiser/Hoffmann-Studie auch eine Dosis-Wirkungsbeziehung für alle Leukämieformen bei Erwachsenen nachweisen. Die Dosis-Wirkungsbeziehung kommt als stärkstes Indiz einem Beweis sehr nahe. Kurz gesagt: Je dichter am AKW, desto größer ist das Erkrankungsrisiko.

Aber für unsere F.D.P. kommt Krümmel als Verursacher trotz allem nicht in Frage; anders als für Ihre Parteifreunde aus Niedersachsen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Reden Sie nicht so einen Unsinn,
mein Gott! Von welchen
Parteifreunden reden Sie
eigentlich?)

Und das alles, obwohl seit Jahren weltweit immer mehr für einen **Zusammenhang zwischen Kernenergienutzung und Leukämieentstehung** spricht! Schließlich ist die Problematik in Krümmel nicht erstmals aufgetaucht.

Bereits 1984 hatten britische Wissenschaftler für Sellafield und Douwnrey signifikant häufigere Leukämieerkrankungen bei Kindern festgestellt.

Ende 1995 machten französische Epidemiologen ähnliche Befunde für La Hague bekannt.

1994 wurden - fast gleichzeitig mit der Greiser/Hoffmann-Studie - auch für das AKW Pilgrim in den USA entsprechende Ergebnisse - ebenfalls für Erwachsene - veröffentlicht.

Frau Happach-Kasan, trotz allem muß ich eines anerkennen. Wenigstens zur Zeit wird von Ihnen mal wieder eine Fallkontrollstudie nicht grundsätzlich abgelehnt. Beim Nachtragshaushalt 1995 forderte die F.D.P. noch die Streichung aller Mittel „zur Aufklärung der Ursachen von Leukämieerkrankungen im Raum Geesthacht/Elbmarsch“ und verlangte statt dessen, die zu streichenden 500 000 DM „zur Förderung der Knochenmarkspende“ zu verwenden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Richtig! - Dr. Ekkehard Klug
[F.D.P.]: Ja!)

Die folgende Pressekampagne ging allerdings daneben, weil deutlich wurde, daß hier nur an Symptomen, nicht aber an den Ursachen kuriert werden sollte. Entsprechend empört reagierten die betroffenen Bewohner der Elbmarsch.

Nun zu Punkt 3 Ihres Antrages! Frau Happach-Kasan, Sie haben doch ansonsten immer so erstaunlich schnell genaue Informationen aus der eigentlich vertraulich arbeitenden **Leukämiekommission**. Nur bei bestimmten Zahlen klappt das offenbar nicht so ganz. Die Frage ist, ob da wieder einmal Meister Zufall mitspielt.

Die Kommissionstätigkeit hat bis heute nicht - wie von Ihnen behauptet - 5 Millionen DM, sondern nur 2,5 Millionen DM gekostet. Davon wurden zum Beispiel 188 000 für die EDV-Ausrüstung von Amtsärzten ausgegeben - eine gute und bleibende Investition, auch für das von Ihnen wie von uns geforderte Krebsregister. Weitere 100 000 DM gingen an Siemens - ich möchte, daß Sie einmal genau hinhören -, und zwar zu Händen eines Herrn Meyer zu Schwabedissen, der ohne Wissen und ohne Zustimmung der Kommission dem Ökoinstitut vom Betreiber auf Steuerzahlerkosten als Aufpasser zur Seite gestellt worden war.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat der Minister zugelassen?)

Gut 300 000 DM kostete darüber hinaus die **Chromosomenuntersuchung** bei Kindern und Erwachsenen, die von der Kommission in Auftrag gegeben wurde, nachdem eine entsprechende Untersuchung von Eltern und Geschwistern betroffener Kinder, die der BI in Auftrag gegeben hatte, eine erhöhte Rate an veränderten Chromosomen ergeben hatte. Als Vergleichsregion wurde nicht - wie behauptet - ein unbelastetes Gebiet gewählt,

sondern, obwohl von Wissenschaftlern dringend abgeraten worden war, Plön, ein sogenannter hot spot nach Tschernobyl.

Die wegen Ungereimtheiten in den Ergebnissen notwendige Nachuntersuchung zu dieser Chromosomenstudie, die aufzeigte, daß das Robert-Koch-Institut - früher BGA - für die Unbrauchbarkeit der Studie verantwortlich war, kostete weitere 100 000 DM.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das hat der Minister alles zugelassen?)

- Ich will den Minister auch nicht loben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Er hat das zu verantworten! Sie haben das zu verantworten, nicht wir!)

Im übrigen hätte die Kommission wesentlich schneller und sparsamer arbeiten können, wenn nicht immer wieder Verzögerungsstrategien gefahren worden wären.

So erlaubte zum Beispiel die Ex-F.D.P.-Frau Edda Müller nicht, daß der inzwischen ihr unterstellte frühere Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit von der Kommission gehört werden konnte, nachdem er sich gegenüber der Presse äußerst kritisch zur Sicherheit des Kernkraftwerks Krümmel geäußert hatte. Frau Müller setzte sich auch nicht dafür ein, daß, wie von der Kommission ebenfalls mehrfach gewünscht, folgende Unterlagen zur Verfügung gestellt wurden: die Monatsberichte, die Schreiberstreifen und die Bodenproben vom Gelände des AKW.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dafür ist Heide Simonis unmittelbar verantwortlich!)

Bis heute sind diese Unterlagen der Kommission nicht zugänglich gemacht worden.

(Thomas Stritzl [CDU]: In welchem Kabinett war die noch mal Ministerin?)

- Nicht in einem rot-grünen!

Nun zur angeblichen Verweigerung - Herr Sager, Sie haben das eben auch aufgeführt - des Abschlußberichtes durch den Vorsitzenden der Kommission! Frau Happach-Kasan, Herr Professor Wassermann hat den Ministern Müller und Möller seinen Rechenschaftsbericht bereits im Januar 1996 vorgelegt. Der gemeinsame Bericht von Niedersachsen und Schleswig-Holstein steht zur Zeit noch aus, weil Niedersachsen seinen Bericht von nicht fertiggestellt hat.

Ihr Antrag und die Begründung dazu sind also gespickt mit sachlichen Fehlern und falschen Behauptungen und zeigen nur, daß Ihnen jedes Mittel recht ist, das Ziel zu erreichen, die Kommission zu zerschlagen, deren Arbeit zu entwerten und - wenn es paßt - die Ergebnisse umzuinterpretieren, weil alles Ursache für die Leukämieerkrankungen sein darf, nur nicht Krümmel.

Zu Punkt 4! Das ist ein Selbstgänger. Das **Krebsregister** ist gemäß Koalitionsvertrag in Arbeit.

(Thomas Stritzl [CDU]: Gemäß Koalitionsvertrag! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dankenswerterweise hat die Sozialdemokratie damit früher angefangen!)

Es erübrigt sich, hier auszuführen, daß wir Ihren fehlerhaften Antrag natürlich ablehnen. Die Begründung des Antrags meiner Partei erübrigt sich ebenfalls. Das geht aus dem vorher Gesagten hervor. Ich bitte Sie daher,

unserem Antrag zuzustimmen, wie auch Ihre Parteifreunde in Niedersachsen das getan haben.

Herr Nabel hat vorhin schon angedeutet, daß natürlich überhaupt keine Bedenken dagegen bestehen, den CDU-Antrag zu übernehmen. Auch das ist ein Selbstgänger.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Winking-Nikolay, die Zahl betreffend die **Kosten der Leukämiekommission** habe ich der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage sowie einer Pressemitteilung der Landesregierung entnommen. Die Landesregierung hat in der vorigen Legislaturperiode immer Wert darauf gelegt zu erklären, daß sie den Kongreß in Heidelberg angeregt hat. Ich gehe davon aus, daß das auch so ist.

Wenn die Greiser-Studie auf diesem Kongreß in Heidelberg nicht in schriftlicher Form vorgelegen hat, dann liegt das an Herrn Professor Greiser. Ob er sie vorlegt oder nicht, ist seine Sache. Sie ist dort diskutiert worden, und zwar mit einem Ergebnis, das Ihnen nicht ganz in den Kram paßt.

(Zurufe der Abgeordneten Konrad Nabel [SPD] und Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Kann ich vielleicht auch einmal zu Wort kommen?

Sie sollten die Studie von Professor Michaelis vollständig lesen, und Sie sollten auch die Zusammenfassung vollständig lesen. Dann werden Sie sehen, daß es verschiedene Inzidenzen gegeben hat.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Lesen Sie es doch bitte durch, und gucken Sie es genau nach!

(Konrad Nabel [SPD]: Was sind Sie so böse!)

- Ja, ich bin böse, wenn jemand nicht bei der Wahrheit bleibt und hier ein falsches Bild erstellen will.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich vermisse auch, Frau Winking-Nikolay, daß Sie einmal darstellen, daß das weltweit größte **Cluster** an Leukämieerkrankungen in der Gemeinde Sittensen, fern eines Kernkraftwerkgeschehens ist. Dort sind in drei Jahren sechs Kinder gestorben. Wir bedauern dies sehr.

Doch nun zur Begründung des Antrags „Neuorientierung in der Leukämieursachenforschung“.

Krebserkrankungen sind in Deutschland die zweithäufigste Todesursache. 2000 Kinder erkranken jährlich an Krebs, etwa 700 an Leukämie. Treten die Erkrankungen in einer Region und während einer kurzen Zeitspanne in einer Bevölkerungsgruppe gehäuft auf, nennt man dies Cluster.

In der Elbmarsch erkrankten in den Jahren 1990/91 sechs Kinder und ein junger Erwachsener an Leukämie. Die Ursache wurde bis heute nicht gefunden. Wir wissen aber immerhin, daß das Kernkraftwerk Krümmel nicht die Ursache ist. Professor Gaßmann hat dies sehr deutlich in seiner Zusammenfassung der Studie von Professor

Greiser dargelegt. In der Gemeinde Elbmarsch kombiniert sich eine erhöhte Rate akuter lymphatischer Leukämien bei Kindern mit einer normalen Rate aller Leukämietypen bei Erwachsenen.

(Wortmeldung der Abgeordneten Dr. Adelheid Winking-Nikolay [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Glocke der Präsidentin)

- Ich kann jetzt keine Zwischenfrage zulassen.

In der Stadt Geesthacht wurde bei den Erwachsenen eine erhöhte Rate chronischer Leukämien beschrieben. Allerdings gab es in zehn Jahren nur eine einzige Kinderleukämie, was unterdurchschnittlich ist.

Zusammengefaßt: Beide Phänomene, Phänomen eins und zwei, können keine gemeinsame Ursache haben. Im 5-Kilometer-Bereich um das Kernkraftwerk Krümmel ist die **Indikatorleukämie** für radioaktive Strahlung, die akute myeloische Leukämie, nicht vermehrt aufgetreten. Von daher ist auszuschließen, daß das Kernkraftwerk die Ursache für diese Erkrankungen ist.

(Konrad Nabel [SPD]: Wer legt denn fest, was der Indikator ist?)

Anders als Energieminister Möller sieht der grüne Amtskollege Umweltminister Steenblock weiterhin eine höchstwahrscheinliche Verantwortung des Kernkraftwerks. Neun Untersuchungen, die - so Möller - gezeigt haben, daß die Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch nicht durch den Betrieb des Kernkraftwerks verursacht worden sind, überzeugen Herrn Steenblock nicht. Wir dürfen sicher sein, daß auch eine zehnte, elfte oder zwölfte Untersuchung sein Votum nicht ändern wird. Er ist nicht in der Lage, wissenschaftliche Ergebnisse bei seiner Meinungsbildung zu berücksichtigen, und er will dies auch nicht;

(Konrad Nabel [SPD]: Dieser Absolutismus!)

denn die Grünen brauchen die Symbolpolitik gegen Kernkraftwerke, um ihre Existenzberechtigung überhaupt noch unter Beweis stellen zu können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ihr Festhalten, Herr Nabel, an der widerlegten Strahlenhypothese für die Erkrankungen in der Elbmarsch verhindert eine ergebnisoffene Erforschung der Ursachen von Leukämie. Wer, Herr Nabel, soll Ihnen glauben, daß Sie eine ergebnisoffene Forschung wollen? Ich kann dies nicht erkennen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie, was? Sie sind doch genauso interessengeleitet!)

In Deutschland gibt es etwa **50 Leukämiecluster**. Elf sind allein in Niedersachsen beobachtet worden, eines davon in der Elbmarsch. Für kein Cluster ist es bisher gelungen, eine gemeinsame Ursache für die Erkrankungen festzustellen. Dies gilt auch für das Cluster in der Elbmarsch. Wir müssen daher feststellen, daß die Konzentration der Leukämieforschung auf die Erforschung von Clustern ohne Erfolg geblieben ist. Wir brauchen eine Neuorientierung. Sie muß sich an den Erfordernissen der Erforschung der Leukämieursachen orientieren und darf sich nicht an politischen Vorgaben orientieren. Sie muß weiträumiger und umfassender angelegt werden, als es den Bedürfnissen der jeweiligen Bürgerinitiativen entspricht. Vorbeugender Gesundheitsschutz braucht die Aufklärung der Ursachen von Erkrankungen. Das Land hat in der Gesundheitsvorsorge Verantwortung für alle Menschen im Land und nicht nur für ausgewählte Gruppen, deren Sorgen sich zur Erreichung anderer Ziele instrumentalisieren lassen.

Die Grünen müssen sich fragen lassen, wie lange sie noch kranke Kinder als Marionetten ihrer verfehlten Energiepolitik mißbrauchen wollen.

(Beifall bei der F.D.P. - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist unverschämt! Das ist bodenlos! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Die heute auch in einem Antrag der Grünen geforderte **Fallkontrollstudie** ist abzulehnen. Auf dem internationalen Heidelberger Workshop haben die versammelten Wissenschaftler das von Professor Greiser erarbeitete Studienkonzept als ungeeignet für die Erforschung der Ursachen der Leukämie bewertet. Diese Studie dient nicht dem Ziel der Leukämieursachenforschung. In der Konzeption der Inzidenzstudie hat Professor Greiser vor der Durchführung der Studie selbst erklärt - Herr Nabel, hören Sie ganz genau zu; ich zitiere -:

(Konrad Nabel [SPD]: Sie machen sich lächerlich!)

„Vor dem Start einer Fallkontrollstudie oder anderer analytischer Studien zur Aufklärung der Ursachen eines regionalen Clusters wäre es sinnvoll zu untersuchen, ob dieses Cluster auch bei Patienten im Erwachsenenalter zu finden ist. Sollte dieses nicht auffindbar sein, ist eine weitere Ursachenforschung über die bereits durchgeführten Analysen hinaus nicht erfolgversprechend.“

Mit dieser Aussage hat er recht. In der südlichen Elbmarsch ist kein erhöhtes Risiko für Erwachsene gefunden worden. Also brauchen wir auch nach seinen Kriterien die Studie nicht. Gleichwohl bewirbt sich Professor Greiser um diesen Auftrag, und das will ich nicht kritisieren. Die Akquisition

dieses millionenschweren Auftrages für das von ihm geleitete Bremer Institut für Präventionsforschung und Sozialmedizin leistet einen erheblichen Deckungsbeitrag für das Institut. Daher zielt das Konzept von Professor Greiser darauf ab, politische Entscheidungsträger zur Zustimmung zu veranlassen. Erfordernisse der Leukämieursachenforschung bleiben dagegen unberücksichtigt. Ihm ist daraus kein Vorwurf zu machen, sondern denen, die eine solche Studie kaufen, von der der Verfasser und die Kritiker sagen, daß sie nichts bringt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Völlig zu Recht überschrieb das „Deutschlandradio“ 1994 eine Sendung wie folgt: Restrisiko Wissenschaft - ein Leukämiecluster und sein Mißbrauch durch die Wissenschaft - der fast unerschöpfliche Profit aus Gutachten.

In Niedersachsen ist vom Institut für medizinische Statistik und Dokumentation eine landesweite Fallkontrollstudie zu den Ursachen von Leukämie bei Kindern durchgeführt worden. Im Interesse der Aufklärung kindlicher Leukämien fordert die F.D.P. eine solche Studie auch für Schleswig-Holstein. Sie sollte landesweit durchgeführt werden und insbesondere den Zeitraum umfassen, in dem im Kreis Pinneberg eine Häufung kindlicher Leukämien auftrat. In Niedersachsen haben sich bei der Durchführung der Studie Hinweise auf die Graeves-Hypothese ergeben, die besagt, das unter anderem **Viren** ursächlich an der Entstehung kindlicher Leukämien beteiligt sind. Für eine solche Studie ist eine Begleitung durch die Leukämiekommission nicht erforderlich. Die Fachbeamten in den Ministerien sollten in der Lage sein, eine solche Studie zu begleiten. Die **Leukämiekommission** sollte aufgelöst werden. Ihre Auflösung ist überfällig. Die Zusammensetzung der Kommission mit Befürwortern und Gegnern der Kernenergie hat nicht zu einem Austausch der Argumente geführt, sondern zu gegenseitiger Lähmung.

Die Positionen sind zementiert. Der Vorsitzende war nicht in der Lage, dieses Gremium zu einer zielgerichteten Arbeit anzuleiten. Seine eigenen Schritte in die Öffentlichkeit haben gezeigt, daß er dies auch nicht wollte.

Die Kommission hat neun Untersuchungen empfohlen. Trotz über dreijähriger Tätigkeit steht die abschließende Bewertung der einzelnen Untersuchungen jedoch aus. Es ist mehr als ungewöhnlich, daß eine Kommission Untersuchungen empfiehlt, sich aber hinterher nicht mit der Ergebnissen auseinandersetzen will. Das wirft doch die Frage auf: Waren die Ergebnisse vielleicht nicht so, wie sie erwartet wurden? Widersprechen die Ergebnisse den Vorstellungen der Kommissionsmitglieder, die diese Untersuchungen angeregt haben? Die Bewertung der Untersuchungsergebnisse durch das Energieministerium legt diese Vermutung nahe.

5 Millionen DM an Kosten hat die Kommissionsarbeit bisher verursacht. Das wäre nicht viel, wüßten wir jetzt mehr über die Ursachen von Leukämie. Aber wir wissen nur, daß das Kernkraftwerk nicht die Ursache für die Erkrankungen ist. 5 Millionen DM sind jedoch viel Geld vor dem Hintergrund, daß für die einzelnen Untersuchungen keine abschließende Bewertung vorliegt. Auch der zum 31. Dezember fällig gewesene Abschlußbericht fehlt.

Genau diese Bewertung der Ergebnisse von selbst empfohlenen Arbeiten sollte doch den Schwerpunkt einer Kommissionsarbeit bilden, die sich der Aufklärung von Ursachen verpflichtet fühlt.

(Beifall des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Interessieren nun die Ergebnisse nicht mehr, weil sie nicht so ausfielen, wie sie es sollten?

Die Kommission muß Rechenschaft ablegen über die Begründungen für die einzelnen Untersuchungen und deren Wert für die Erforschung der Ursachen des Leukämieclusters. Der Vorsitzende der Kommission hat sich im November 1994 zur Vorlage des Abschlußberichtes verpflichtet. Wir fordern diesen Bericht ein.

(Beifall bei der F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich das vor Augen führt, was die Medien in den letzten Wochen über die Leukämiefälle in der Elbmarsch gebracht haben, ist es begreiflich, daß sich die Menschen in diesem Land verwirrt fühlen. Manche Wissenschaftler bestreiten jeden Zusammenhang zwischen dem Atomreaktor Krümmel und den Leukämiefällen; andere pochen darauf, daß das Gegenteil der Fall ist. Politiker zweifeln das fachliche Niveau der von der Landesregierung eingesetzten Leukämiekommission an. Ärzte klagen persönlich gegen das Kernkraftwerk Krümmel. Bürgerinitiativen blasen zum Sturm auf den Meiler und so weiter.

Auf jeden Fall scheint die Stimmung zu diesem Thema - verständlicherweise! - auf dem Siedepunkt zu sein. Das zeigt ja auch die heutige Debatte.

Für den SSW möchte ich deshalb festhalten: Unserer Meinung nach ergibt sich bereits aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zu Krümmel die Notwendigkeit, nochmals einen etwaigen Zusammenhang zwischen dem Kernkraftwerk und den Leukämiefällen in der Elbmarsch zu untersuchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Als Laie in Sachen medizinischer Untersuchungen will ich mich nicht an der Schlammschlacht um Hypothesen und Forschungsmethoden beteiligen. Ich meine, wir haben hier so ein bißchen eine Schlammschlacht erlebt. Ich erwarte von der Landesregierung, daß sie nach ihrem Ermessen die besten Wissenschaftler für die geplante Studie heranzieht.

Für den SSW haben die Sorgen der Menschen in der Elbmarsch den absoluten Vorrang. Wir müssen die Ängste und die Bedenken der Leute vor Ort ernst nehmen. Deshalb kann man gerade jetzt eine Änderung der Leukämieuntersuchungen in der Elbmarsch, wie von der F.D.P. gefordert, unserer Meinung nach nicht vornehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Damit würden wir hier unserer Verantwortung denjenigen gegenüber, die sich um die Gesundheit ihrer Kinder und um die eigene Gesundheit große Sorgen machen, nicht gerecht werden.

Die Leukämiekommission konnte keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen den Leukämiefällen und Krümmel feststellen. Da muß ich Ihnen natürlich völlig recht geben, Frau Happach-Kasan: So ist das. Doch selbst bei den Folgeerkrankungen im Gebiet um Tschernobyl war es für Wissenschaftler außerordentlich schwierig, einen kausalen Zusammenhang zwischen den Krebsfällen und der Reaktorkatastrophe nachzuweisen. Auch das ist schon gesagt worden. Aber niemand - vielleicht außer der Internationalen Atomenergiebehörde - wird doch ernsthaft bestreiten wollen, daß die vielen Krebsfälle

nach Tschernobyl eine Folge der freigesetzten Strahlung sind.

Auch kann ich mich noch gut daran erinnern, wie vor einigen Jahren diskutiert wurde, ob es einen Zusammenhang zwischen der Erkrankung von Malern und der Einatmung von Lösungsmitteln gibt. Diese Sache wird heute nicht mehr in Frage gestellt. Das zeigt doch nur, daß weder Forschung noch Wissenschaft in einem wertefreien Raum stattfindet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Deshalb sind wir der Auffassung, daß die Untersuchungen nicht gestoppt werden dürfen, bevor der schlüssige Beweis vorliegt, daß der Atommeiler Krümmel nichts mit den Leukämiefällen zu tun hat.

Im Grunde genommen ist es doch so, daß es den Betreibern des Kernkraftwerkes obliegt, diesen Beweis anzutreten - nicht der Öffentlichkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und des
Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD])

Auch wenn keine entsprechende Rechtslage gegeben ist: Aus moralischen Gründen müßte die Betreibergesellschaft das Kernkraftwerk so lange stilllegen, bis bewiesen werden kann, daß der Betrieb Krümmels nichts mit den Leukämiefällen zu tun hat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Heute würde mich in diesem Zusammenhang interessieren, was die Regierung zu den Aussagen des Reaktorexperthen Sauer sagt; wir haben das heute morgen schon angesprochen. Herr Sauer, der ehemals Leiter der Abteilung für Reaktorsicherheit im Kieler Energieministerium war, vertritt ja - wie wir wissen - die Auffassung, daß die

Landesregierung schon 1994 die **Betriebsgenehmigung für Krümmel** hätte widerrufen müssen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Warum hat er es nicht getan?)

Bei der Wiederanfahrtsgenehmigung für Krümmel im Oktober 1994 hätte die Betreiberin den Nachweis führen müssen, daß der Reaktor nicht ursächlich für die Leukämiefälle in der Elbmarsch verantwortlich ist, sagt Herr Sauer.

(Zuruf des Abgeordneten
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich frage mich: Welche Bedenken hatte man, sich zur Stilllegung durchzuringen? Das ist hier ja auch schon diskutiert worden.

Ich komme jetzt noch einmal zu dem Antrag der Fraktion der F.D.P.! Wir halten es schon für bedenklich, daß Sie jeden Zusammenhang zwischen Krümmel und den Leukämiefällen einfach zur Seite fegen. Ich meine beispielsweise Hinweise, die gerade auch von Ärzten gegeben wurden, die in der Region arbeiten und wohnen. Das wird Ihnen ja auch von Ihren eigenen Parteifreunden in der betroffenen Region vorgeworfen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Quatsch!)

wie wir aus der Presse erfahren haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da
müßten Sie sich schon ein
bißchen genauer erkundigen!)

- Ich habe das ja nur der Presse entnommen.

Auch möchte ich beanstanden, daß Sie eine landesweite **Fallkontrollstudie** zu den Ursachen von Kinderleukämie abwarten wollen. Dem SSW dauert das ganz einfach zu lange. Wir können den Menschen in der Elbmarsch einfach nicht zumuten, daß jetzt so getan wird, als seien ihre Leukämiefälle

ein Problem von vielen. Das sind sie durch ihre Häufigkeit und durch die Nähe zu einem Atommeiler eben nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der Frage des letzten Punktes des F.D.P.-Antrages sind wir uns im Prinzip einig: Es ist in der Tat an der Zeit, daß die Landesregierung ein **Krebsregistergesetz** vorlegt

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- das kommt; das weiß ich -, so daß alle Krebsfälle in unserem Land in Untersuchungen mit einbezogen werden können. Aber in der jetzigen Lage hilft dieses Krebsregister nicht bei der Aufklärung der Problemfälle in der Elbmarsch.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

Das Krebsregister könnte man frühestens in einigen Jahren für aussagekräftige Untersuchungen nutzen.

Wir werden dem Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und auch dem Änderungsantrag der Fraktion der CDU zustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Dr. Winking-Nikolay.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte noch einmal etwas zu dem CDU-Antrag sagen. Es muß deutlich sein, daß wir

dem Text des Antrags zustimmen, wenn auch in der Debatte versucht worden ist, diesem Text eine völlig andere Richtung zu geben. Der Text ist eine Selbstverständlichkeit.

Nun komme ich zu Ihnen, Frau Happach-Kasan: Es ist völlig klar, daß eine neue **Fallkontrollstudie** ergebnisoffen sein muß. Aber alle Ihre Ausführungen zeigen, daß gerade Sie das nicht wollen, wenn Sie das Kernkraftwerk von vornherein als Verursacher ausschließen.

Zur Erklärung der verschiedenen **Leukämiecluster** möchte ich Sie daran erinnern, daß vor etwa einem Jahr im „Spiegel“ ein Artikel geschrieben wurde: Leukämie in der Elbmarsch - mit dem Tenor: Dazu kann man ja vielleicht sagen, daß das mit Krümmel zusammenhängt. Aber - ha ha! - es gibt ja auch noch gehäuft Leukämiefälle bei Berkenthin, wo es ja nun kein Kernkraftwerk gibt. Wir anderen wissen aber, daß Berkenthin in der Hauptwindrichtung der Sondermülldeponie Rondeshagen liegt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Sofort schließen!)

Das war offenbar dem „Spiegel“ nicht bekannt. So wird es für andere Leukämiecluster in Pinneberg oder wo auch immer Ursachen geben, wenn man dem auf den Grund geht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr.
Ekkehard Klug [F.D.P.]

Genau dieses Auf-den-Grund-gehen möchten wir mit einer ergebnisoffenen Fallkontrollstudie erreichen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Rondeshagen stilllegen - sofort!)

- Das würden wir gern tun, wenn wir es könnten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Dort auf der Regierungsbank
sitzt der, der das machen kann!)

- Herr Minister Steenblock ist da auch auf dem besten Weg.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Rondeshagen stilllegen, schließen!
Wunderbar!)

Ich komme jetzt zu der immer wieder von Ihnen angeführten Meinung des Herrn Gaßmann. Frau Happach-Kasan, ich glaube, daß Sie genauso wie ich wissen, daß Herr Gaßmann Hämatologe und nicht Epidemiologe ist.

(Wortmeldung der Abgeordnete
Dr. Christel Happach-Kasan
[F.D.P.]

Herr Gaßmann selbst - hören Sie mir zu, dann wissen Sie das, was Sie vielleicht erfragen wollen - hat sich in einem Gespräch in der Landesgeschäftsstelle der Grünen im Zusammenhang mit Epidemiologie wörtlich als „Fachidioten“ bezeichnet.

Frau Happach-Kasan, es steht uns gut an, in so schwierigen Fragen keine Fachidioten zu Rate zu ziehen, sondern Fachleute, und die Fachleute sitzen zum Beispiel in dem Institut von Professor Greiser in Bremen.

Zu Ihren Ausführungen zur **Verteilung der Leukämie** bei Kindern und Erwachsenen um das Kernkraftwerk! Immer wieder wird angeführt - auch das ist im übrigen so eine beliebte Geschichte von Herrn Gaßmann -, daß im Süden praktisch keine Erwachsenen an Leukämie erkrankt sind. Es stünde uns gut an - wir sind immerhin Schleswig-Holsteiner -, uns einmal die Situation vor Ort anzuschauen. Im Süden wohnen sehr wenige Leute, die Besiedelung ist sehr dünn; im Norden liegt der Ort Geesthacht mit vielen tausend Einwohnern. Die Fallkontrollstudie muß genau klären, ob die Erwachsenen in Geesthacht, die an Leukämie erkrankt sind,

einer besonderen Exposition am Arbeitsplatz in Krümmel oder bei der GKSS ausgesetzt sind und ob vielleicht dies die Ursache für die große Leukämieerkrankungsrate bei Erwachsenen in Geesthacht ist.

Auch die Behauptung, daß Kinder nur im Süden erkrankten, stimmt nicht. Der neueste kindliche Leukämiefall ist in Grünhof, nördlich der Elbe. Wie inzwischen bekannt wurde, handelt es sich bei einem Fall der früheren Leukämieerkrankungen um ein Kind, das nur zwei Monate, bevor die Erkrankung festgestellt wurde, aus Geesthacht nach Tespe umgezogen ist. Frau Happach-Kasan, auch diese Argumentationsschienen fallen zusammen wie ein Kartenhaus.

Noch einmal zur **Graeves-Hypothese!** Ich dachte, Sie hätten es vorhin verstanden, aber offenbar haben Sie so an Ihrem vorbereiteten Redetext geklebt, daß Sie sich nicht davon lösen konnten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Nehmen Sie doch mal Ihre Brille
ab!)

- Das kann ich leider nicht, weil die kaputt ist. Das tut mir schrecklich leid.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Wegen des vorbereiteten Textes!
- Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete, ich darf Sie bitten, zum Schluß zu kommen.

Dr. Adelheid Winking-Nikolay
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Glauben Sie wirklich, daß ich mich auf den Quatsch, den ich hier von Frau Happach-Kasan gehört habe, gestern vorbereiten konnte?

(Zurufe von CDU und F.D.P.:
Unerhört!)

Zur Graeves-Hypothese! Das betrifft ein mangelndes Immuntraining. Frau Happach-Kasan, Ihnen als Biologin müßte bekannt sein, was das bedeutet. Dazu gibt es zwei weitere Hypothesen, zum einen die, daß Kinder, die Kindergärten besuchen, weniger Leukämie bekommen, und zum anderen genau die umgekehrte Hypothese, daß **BESONDERS** behütete, lange gestillte Kinder häufiger an Leukämie erkranken. Viren kommen in dieser Hypothese nicht vor. Vielleicht streichen Sie das einmal in Ihrem Manuskript.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber in der Wirklichkeit kommen die Viren vor!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Minister Steenblock.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Und der kündigt jetzt an, daß er
Rondeshagen stilllegt!)

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
Natur und Forsten:

Weil das dichter an Schönberg dran ist, nicht wahr? - Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir im Nachgang zur Rede von Frau Happach-Kasan ein paar Anmerkungen!

Frau Happach-Kasan, wenn Sie hier Überlegungen über die Existenzberechtigung von Parteien anstellen - und das als Mitglied der F.D.P., die ihre Existenz in den meisten Parlamenten nur noch der künstlichen Beatmung durch die CDU verdankt -, ist das ziemlich problematisch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir wollen mal gucken, wo Sie in vier Jahren sind, Herr Steenblock!)

- Herr Kubicki, jeder macht sich mit seinen Wahlergebnissen so lächerlich, wie er kann. Ich würde ganz vorsichtig und ruhig sein und mich bescheiden im Hintergrund halten, auch wenn Ihnen das schwerfällt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das gucken wir uns mal 1998 an! -
Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Sprechen Sie jetzt als
Vizebundeskanzler?)

Meine zweite Vorbemerkung ist gravierender. Ich möchte das hier sagen, weil mir solche Stilfragen am Herzen liegen, auch wenn ich glaube, daß man manchmal durchaus etwas Heftigeres einstecken muß. Wenn Sie einer Partei, der auch ich angehöre, unterstellen, sie würde die Leukämiefälle in der Elbmarsch, die Schicksale der Kinder, der Familien für ihre Parteipolitik instrumentalisieren,

(Zurufe von der F.D.P.:
Offensichtlich!)

und in diesem Zusammenhang auch noch den Begriff von „Marionetten“ bemühen, dann ist das ein Stil der Auseinandersetzung, den ich schärfstens zurückweise. Ich formuliere das sehr vorsichtig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Glocke der
Präsidentin)

Ich bitte Sie, diese Äußerung zurückzunehmen und sich dafür zu entschuldigen, weil diese Art von menschenverachtender Politik keiner Partei dieses Hauses ansteht und ich das auch keiner Partei dieses Hauses unterstelle.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Stritzl?

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Wenn das nicht von meiner Redezeit abgeht, gern.

(Zurufe: Doch! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das steht so in der Geschäftsordnung!)

- Dann empfehle ich Ihnen die Geschäftsordnung des Bundestages. - Bitte eine kurze und präzise Frage!

Thomas Stritzl [CDU]: Herr Minister, Ihre Kollegin Frau Dr. Winking-Nikolay hat vorhin Ihrer Vorgängerin im Amte des Kabinetts Simonis, Frau Dr. Müller, schwerwiegendes Versagen bis hin zur vorsätzlichen Unterdrückung von möglichen Erkenntnisquellen im Hinblick auf die hier zur Rede stehende und zu erörternde Fragestellung Reaktorsicherheit/Leukämie vorgeworfen. Herr Minister, ich frage Sie: Teilen Sie die Auffassung von Frau Dr. Winking-Nikolay?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gute Frage! - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Mein lieber Mann!)

- Ich teile die Auffassung meiner Parteikollegin Frau Dr. Winking-Nikolay in vielen Punkten, nicht in allen Punkten dieser Äußerung.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Präzise Antwort! Antwort fehlt! - Anhaltende Zurufe von CDU und F.D.P. - Glocke der Präsidentin - Erneute Wortmeldung des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Wenn Sie weiter herumkrakeelen wollen, dann können Sie gern - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe und Aufmerksamkeit bitten. - Herr Minister, Sie haben das Wort.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt, Natur und Forsten:

Ich gestatte keine weitere Zwischenfrage. - Ich möchte gern eine weitere Vorbemerkung machen, weil hier der Eindruck entsteht, diese Landesregierung wende sich dem Thema der **Krebserkrankungen** nur instrumentalisiert im Zusammenhang mit dem **AKW** zu. Ich hätte mir gewünscht, daß nicht nur der Abgeordnete Konrad Nabel, sondern auch Rednerinnen und Redner der CDU und der F.D.P., die dies zum Teil beantragt haben, zur Kenntnis genommen und positiv hervorgehoben hätten, daß die zuständige Ministerin dieses Landes, Frau Moser, gestern einen Gesetzentwurf zum **Krebsregister** vorgelegt hat, der vor dem Hintergrund der miesen Vorarbeit der Bundesregierung zu diesem Thema, in der CDU und F.D.P. die Verantwortung tragen, hervorragend ist und für den ich mich herzlich bedanken möchte, weil er das Maximum, das Optimum aus der Situation macht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Jetzt zum Thema **Leukämie in der Elbmarsch!** Ich möchte Ihnen gern zu Beginn meiner Ausführungen mitteilen, daß

mir gestern der Landrat des Kreises Herzogtum Lauenburg mitgeteilt hat, daß es in der Stadt Geesthacht einen neuen Leukämiefall gibt. Dort ist ein weiteres Kind an Leukämie erkrankt. Der Fall ist erst jetzt bekanntgeworden. Die Eltern sind damit einverstanden, daß das bekanntgemacht wird, möchten aber gern - ich bitte die Medienvertreter, das zu akzeptieren -, daß Einzelheiten dieses Falles nicht veröffentlicht werden. Es gehört jedoch zur Informationspflicht der Landesregierung, über solche Fälle zu unterrichten, um deutlich zu machen, daß es einen weiteren Fall gegeben hat.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:
Auch Herrn Möller war das bekannt! Warum hat er das nicht mitgeteilt?)

- Das Themengebiet Leukämie ist meinem Ministerium zugeordnet. Ich habe, als der Fall bekannt wurde, sofort das Kabinett informiert. Auch Herr Möller war darüber informiert.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ist das nicht Sache der Gesundheitsministerin?)

Ich möchte an dieser Stelle nur die Information geben und das nicht weiter interpretieren, sondern deutlich machen, daß auch diese Nachricht den dringenden Handlungsbedarf für die Untersuchung der Fälle im Bereich der Elbmarsch, aber auch im Kreis Pinneberg, wo wir eine andere Ursachenquelle mit untersuchen müssen, unterstreicht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist genau die Instrumentalisierung, die Sie hier beklagen!)

Ich möchte Ihnen kurz noch einmal die Vorgeschichte in Erinnerung rufen. Die **Inzidenzstudie** über Leukämien und

Lymphome in den Landkreisen Herzogtum Lauenburg, Lüneburg und Harburg hat den Auswertungen von Professor Greiser zufolge unter anderem eine Häufung von Leukämien im Fünf-Kilometer-Umkreis des Kernkraftwerkes Krümmel ergeben. Das muß festgestellt werden. Einem derartigen Fall - so lautete die Empfehlung der schleswig-holsteinischen Fachkommission bereits bei ihrer Befürwortung dieser Inzidenzstudie - sollte sich eine **Fallkontrollstudie** anschließen. Angesichts der bundesweiten Bedeutung der Häufung von Leukämieerkrankungen im Umkreis eines Kernkraftwerkes versuchte die damalige Landesregierung, den damaligen Bundesumweltminister zur Durchführung einer bundesweiten Fallkontrollstudie zu gewinnen.

Zwischenzeitlich kam hinzu, daß die epidemiologische Task Force der Ärztekammer Auffälligkeiten in der Häufung von **Leukämieerkrankungen** in einem Teil des **Kreises Pinneberg** festgestellt hatte. Die Landesregierung versuchte daraufhin, Pinneberg als zweite schleswig-holsteinische Region in die angestrebte nationale Fallkontrollstudie einzubeziehen. Professor Greiser hat deshalb ein Design-Konzept für eine retrospektive Fallkontrollstudie aufgestellt. Sie kennen das Konzept, das dann auch in Heidelberg diskutiert wurde, mit dem Erfolg - von dem ich annehme, daß dies schon lange Absicht war -, daß sich die Bundesregierung still und heimlich aus ihrer Verantwortung herausgestohlen hat, daß sie sich von dem gesamten Konzept verabschiedet hat und überhaupt keine Verantwortung für die Aufklärung von Leukämieursachen übernimmt.

Angesichts der fortbestehenden Besorgnisse der Bürgerinnen und Bürger im Raum Geesthacht und im Kreis Pinneberg beabsichtigen die Landesregierung von Schleswig-Holstein und die Landesregierung von Niedersachsen, nunmehr gemeinsam eine eigene sogenannte „norddeutsche

retrospektive Fallkontrollstudie“ durchzuführen. Grundsätzlich geht es - so ist es im Design von Professor Greiser nachzulesen - bei **retrospektiven Fallkontrollstudien** um die Ermittlung von Zusammenhängen zwischen potentiellen Risikofaktoren und Erkrankungshäufigkeiten oder Sterblichkeitsrisiken sowie um eine Abschätzung, wie groß der Anteil der einzelnen Risikofaktoren an der Krankheitsbelastung der Bevölkerung ist. Zu Recht nennt Professor Greiser seine Studie „Fallkontrollstudie zu Risikofaktoren für Leukämien und Non-Hodgkin-Lymphomen in Norddeutschland“, das heißt, es werden die unterschiedlichen bekannten und eventuell noch nicht bekannten Risiken der Studienregion ermittelt.

Ich sage es deutlich: Da eine monokausale, das heißt auf einen einzigen Faktor zurückzuführende Ursache von Leukämieerkrankungen und eine streng kausale Beweisführung nicht zu erwarten ist - dies wird auch von der Fachkommission so gesehen -, ist es ein wichtiges Ziel dieser Studie, einen bedeutenden Baustein zum Aufbau einer Inzidenzkette zu liefern und eine möglichst hohe Stufe von Plausibilität für eine maßgebliche Beteiligung eines Risikofaktors zu erreichen. Es geht also um Plausibilitäten, es geht nicht um monokausale Erklärungsmodelle.

Das Gebiet, in dem die **norddeutsche Fallkontrollstudie** durchgeführt werden soll, umfaßt zunächst das Gebiet der Inzidenzstudie von Professor Greiser; das sind die Landkreise Herzogtum Lauenburg, Lüneburg und Harburg. Diese Region wird um den südlichen Teil des Kreises Stormarn wegen der räumlichen Nähe zu Geesthacht und Krümmel erweitert. Die nordwestliche Studienregion umfaßt den Kreis Pinneberg sowie den südlichen Teil des Kreises Steinburg. In den Gebieten Stormarn, Pinneberg und Steinburg müssen die Erkrankungen zunächst festgestellt und erfaßt werden; das heißt, zunächst erfolgt die

Inzidenzerfassung, und danach folgt die Fallkontrollstudie.

Wir haben, um auch eine gewisse Öffentlichkeit, eine gewisse Absicherung des Studiendesigns zu erreichen - das ist ja auch eine Forderung der CDU in ihrem Antrag -, nicht die Leukämiekommission damit beauftragt, sondern wir haben für diese Studie in Abstimmung mit dem Land Niedersachsen einen eigenen **wissenschaftlichen Beirat** berufen. Dieser Beirat hat das Studiendesign überprüft und dazu noch einige Vorschläge gemacht. Dieser Beirat ist plural zusammengesetzt und hat die von Ihnen gewünschte internationale Legitimation.

Zu den **Kosten der Studie** ist schon eine ganze Menge gesagt worden; sie werden zwischen Schleswig-Holstein und Niedersachsen aufgeteilt werden.

Ich verstehe, daß in Teilen der Bevölkerung eine gewisse Ungeduld herrscht, die darin begründet liegt, daß diese Studie noch nicht in Auftrag gegeben worden ist. Wir halten es aber angesichts des Volumens und auch angesichts der Steuergelder, die in eine solche Untersuchung fließen, für geboten, das Studiendesign, die Auftragsvergabe, die Installierung sehr sorgfältig von einem Kontrollgremium, einem wissenschaftlichen Beirat, vornehmen zu lassen und dies auch in enger Absprache mit Niedersachsen zu tun, weil wir uns sehr wohl der Verantwortung bewußt sind, die die Öffentlichkeit zu Recht von dieser Landesregierung erwartet. Wir werden dieser Verantwortung gerecht werden, weil wir - das sage ich auch ganz deutlich im Gegensatz zu Frau Happach-Kasan - den Atomkraftwerken und gerade dem Atomkraftwerk Krümmel natürlich keinen Persilschein ausstellen. Wir wissen, daß dieses Kraftwerk eine mögliche Ursache von Leukämien sein kann. Das wird untersucht werden. Es gibt eben - auch nicht im Sinne einer wissenschaftlich exakten Vorverurteilung - keinen Ausschlußgrund für

Krümmel. Deshalb wird dies mit untersucht werden.

Mir wäre es - das sage ich an dieser Stelle auch noch einmal ganz deutlich - sehr viel lieber gewesen, wenn die deutsche **Industrie** statt des ständigen Geredes davon ihre Selbstverpflichtungserklärungen einmal wahrgemacht hätte; es heißt ja immer: Wir brauchen kein Ordnungsrecht, sondern wir können das alles wunderbar allein regeln! Mir wäre es - wie gesagt - lieber gewesen, man hätte sich auch einmal einer so hochsensiblen Frage wie der des Kraftwerks Krümmel angenommen und gesagt: Wir verpflichten uns selbst - weil wir nicht genau wissen, ob das nun an Krümmel liegt oder nicht -, bis zu einer endgültigen Klärung das Kraftwerk ruhen zu lassen und diese Auseinandersetzung nicht polarisierend in die Öffentlichkeit hineinzutragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Bezahlen Sie das dann?)

So würde ich verantwortungsvolle Selbstverpflichtungspolitik der Industrie verstehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN und SPD - Wolfgang
Kubicki [F.D.P.]: Dann schließen
Sie Rondeshagen!)

Dann würde weder bei Ihnen, Herr Kubicki, noch in anderen Teilen der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen, hier gehe es nur um Profit. Hier geht es nämlich um das, was Herr Möller heute morgen auch schon deutlich gemacht hat, um Sicherheit vor Wirtschaftlichkeit und vor Prinzip!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:
Dann schließen Sie
Rondeshagen, Herr Steenblock!)

Wir erleben doch nicht zum erstenmal bei der Frage der Leukämiefälle die Auseinandersetzung in der Form, daß sich

Teile der Industrie und auch Teile des politischen Spektrums den Vorwürfen entgegenstellen, die wir, die Umweltbewegung, die die SPD und andere kritische Gruppen in dieser Gesellschaft erhoben haben, daß es nämlich bestimmte Stoffe gibt, die Krankheiten verursachen. Welche Widerstände haben wir denn immer zu überwinden gehabt - bei den Holzschutzmitteln, bei Formaldehyd, bei den Pestiziden! Es waren doch immer die Widerstände auf dieser Seite des Hauses, die vielen unschuldigen Kranken, die erst einmal leiden müssen,

(Widerspruch bei CDU und
F.D.P. - Wolfgang Kubicki
[F.D.P.]: Eine solche
Unverschämtheit!)

bevor es sich herumspricht, welche gesundheitlichen Risiken wir in dieser Gesellschaft nicht mehr hinzunehmen bereit sind!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie
kommen hierher und sagen, Sie
wollten sich entschuldigen! Das
ist die größte Unverschämtheit!
Ausgerechnet so ein Saubermann
wie Sie! Pfui Geige! - Glocke der
Präsidentin!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Minister, ich darf Sie auf die Redezeit aufmerksam machen.

Rainer Steenblock, Minister für Umwelt,
Natur und Forsten:

Ich sage zum Schluß, Herr Kubicki:

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das
zum Thema „Stil“! Erbärmlich ist
das!)

Die Landesregierung setzt alles daran, eine rasche Durchführung der Fallkontrollstudie

zu erreichen. Wir sind uns unserer Verantwortung für den gesundheitlichen Umweltschutz der Bevölkerung bewußt, und wir werden uns in dieser Verantwortung auch der Bevölkerung stellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, ja, Sie sind der einzige Bewahrer der Gesundheit der Bevölkerung!)

Herr Möller und ich gehen heute abend nach Geesthacht, und ich würde mich freuen, wenn auch Vertreter der Oppositionsparteien nach Geesthacht gingen und sich dort den kritischen Fragen stellen würden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist nur Abstimmung in der Sache beantragt worden. Ich lasse zunächst über den Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/229, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des SSW angenommen.

Dann lasse ich über den Antrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 14/233, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt worden.

Schließlich lasse ich über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/273, abstimmen. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Der Antrag ist bei Enthaltung der F.D.P.-Fraktion

sowie der Abgeordneten Kähler und Nabel angenommen.

Ich begrüße jetzt auf der Tribüne die Pionier-Brigade 10 aus Schleswig.

(Beifall)

Als nächsten Punkt rufe ich den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig-Holsteinischen Schulgesetzes

Gesetzentwurf der Fraktion der F.D.P.
Drucksache 14/212

Wird das Wort zur Begründung gewünscht?
- Das ist nicht der Fall. Ehe ich dann die Grundsatzberatung eröffne und Herrn Dr. Klug das Wort erteile, möchte ich darum bitten, daß das Plenum etwas mehr Ruhe bewahrt und daß Gespräche außerhalb des Raumes geführt werden.

Herr Dr. Klug, Sie haben das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das geltende Schulgesetz hat sich im Datenschutzbereich als wirklichkeitsfremd erwiesen. Die Bestimmung, derzufolge Lehrer ihren privaten PC nicht zur **Verarbeitung von Schülerdaten** einsetzen dürfen, ist überholt. Sie steht auch in der Praxis - wie alle Beteiligten wissen - einer effektiven Verbesserung des **Datenschutzes im Schulbereich** im Wege.

Der Landesdatenschutzbeauftragte, Herr Dr. Bäumler, hat wiederholt die an den Schulen bestehende Situation massiv kritisiert, dies zuletzt in seinem 18. Tätigkeitsbericht.

Die geltenden Bestimmungen werden de facto in vielen Fällen nicht eingehalten. Von seiten des zuständigen Ministeriums gibt es

keine erkennbaren Anstrengungen, diesen Mißstand zu beseitigen. Herr Dr. Bäumlert hat bei der Beratung im Bildungsausschuß sinngemäß ausgeführt, daß nach seiner Auffassung folgende Alternativen bestehen: Entweder sorgt die Landesregierung für eine konsequente Einhaltung des zur Zeit im Gesetz stehenden Benutzungsverbots, oder sie trägt dem Datenschutz vielmehr durch Rückgriff auf intelligente technische Lösungen Rechnung, indem man zum Beispiel die Verschlüsselung von Daten oder andere Sicherungsmaßnahmen vorschreibt und dann unter diesen Vorgaben den Einsatz von privaten PC zur Verarbeitung von Schülerdaten erlaubt.

Die F.D.P.-Fraktion hält letzteres aus mehreren Gründen für den besseren Weg. Deshalb schlagen wir Ihnen heute auch die nun vorgelegte **Änderung des Schulgesetzes** vor. Ich möchte die Gründe, weshalb wir dies für den richtigen Weg halten, kurz anführen:

1. Aus liberaler Sicht sind Verbote immer dann überflüssig und schädlich, wenn das jeweils angestrebte Ziel auch ohne solche Verbote erreicht werden kann.
2. In der Praxis hätte das Kultusministerium auch in Zukunft erhebliche Schwierigkeiten, das geltende Benutzungsverbot tatsächlich durchzusetzen. Das hat bereits die Vergangenheit deutlich gemacht. Dem Datenschutz an Schulen wird in Wirklichkeit viel besser geholfen, wenn die Lehrer künftig Schülerdaten auf privaten PC verarbeiten dürfen, dies jedoch nur unter den erforderlichen Datenschutzauflagen.

Im Bundesland **Hessen**, das, wie Sie wissen, zur Zeit auch rot-grün regiert wird, ist dies seit Jahren durch eine entsprechende **Datenschutzverordnung** vernünftig geregelt. Die Erfahrungen mit der dortigen Regelung sind nach unserer Kenntnis durchweg positiv.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Danach erfordert die Ausnahmegenehmigung zunächst eine Begründung. Diese Begründung liegt im Schulbereich in der Regel darin, daß den Lehrern in den Schulen kein entsprechend ausgestatteter PC-Arbeitsplatz zur Verfügung steht. Weiterhin sind der von der Datenerhebung erfaßte Personenkreis und die Art der gespeicherten Daten genau zu kennzeichnen. Ferner muß es Fristen für die Löschung dieser Daten geben. Darüber hinaus müssen auch die vorgesehenen Sicherungsmaßnahmen benannt werden, zum Beispiel Verschlüsselung der Daten, also Paßwortschutz und Verriegelung der PC-Tastatur als mögliche Lösungen.

Entsprechende Regelungen müßte die Landesregierung nach einer Gesetzesänderung, wie wir sie jetzt vorschlagen, auch für den Bereich des Landes Schleswig-Holstein erlassen. Als Muster oder Grundlage könnte dazu die hessische Datenschutzverordnung dienen, wobei wir empfehlen, daß in Schleswig-Holstein eine entsprechende Regelung unter Einbeziehung des Landesdatenschutzbeauftragten und in Absprache mit ihm durch die Landesregierung erlassen wird.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die F.D.P.-Fraktion hält eine Beseitigung der angesprochenen Probleme, die das geltende Schulgesetz schafft, für überfällig. Es ist nicht angemessen, mit der Korrektur des Gesetzes zu warten, bis die Landesregierung vielleicht irgendwann einmal eine größere Schulgesetznovelle zu mehreren Punkten vorlegt.

Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß - wie man hört - im Rahmen des bevorstehenden Haushaltsbegleitgesetzes

zumindest in einem Punkt von seiten der Landesregierung eine Änderung des Schulgesetzes beabsichtigt ist. Über diesen Einzelfall werden wir dann, wenn der Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegt, sicherlich noch ausgiebig zu streiten haben. Sie können aber daran ablesen, daß die Landesregierung auch aus ihrer Sicht heraus einzelne Änderungen des Schulgesetzes vorab in der nächsten Zeit vorzunehmen beabsichtigt. Dann ist es auf jeden Fall angemessen und sinnvoll, daß wir die seit vielen Jahren überfällige Neufassung der Datenschutzbestimmungen im Schulgesetz zügig vornehmen, um die Situation des Datenschutzes an den Schulen nachhaltig zu verbessern.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Schröder.

Sabine Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Klug, ich kann mich kurz fassen, da wir im Grundsatz übereinstimmen; denn der Antrag der F.D.P.-Fraktion zielt darauf ab, das derzeit nach dem Schulgesetz bestehende Verbot, **private Datenverarbeitungsgeräte** durch Lehrkräfte zu nutzen, aufzuheben. Das ist durch die Praxis tatsächlich längst überholt. Insofern ist ein Nachholbedarf vorhanden, der aber auch gründlich mit den Datenschützern abgestimmt werden muß.

Nach § 50 Abs. 2 des Schulgesetzes ist eine Zulassung nur in begründeten Ausnahmefällen möglich. Praxis ist jedoch, daß Lehrerinnen und Lehrer zu einem wesentlichen Teil ihre Vorbereitungen für den Unterricht zu Hause erledigen. Die Nutzung privater PC und damit auch eine Nutzung der Schülerdaten ist daher kein Ausnahmefall.

Herr Dr. Klug, ich bestätige Ihnen ausdrücklich, daß Sie im Bildungsausschuß am 12. September 1996 gut aufgepaßt haben, da Sie das von der Staatssekretärin angekündigte Vorhaben zur Änderung des Schulgesetzes klug und öffentlichkeitswirksam im Antrag der F.D.P.-Fraktion aufgegriffen haben.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie hat gesagt, sie will das Gesetz präzisieren! Was sie vorhat, hat sie aber nicht gesagt!)

Sie haben dieses Vorhaben in einen Antrag umgemünzt. Das ist aber meiner Meinung nach noch nicht klug genug; denn Ihr Antrag bedeutet, daß immer nur Ausnahmefälle genehmigt werden müssen. Das geht mir im Grunde genommen nicht weit genug.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Neuregelung darf nicht so sein, daß eine Nutzung von den Schulleiterinnen und Schulleitern genehmigt wird oder nicht. Eine Nutzung muß grundsätzlich gestattet sein. Es muß demnach nicht nur ein Ermächtigungsrahmen im Schulgesetz geschaffen werden.

Deshalb bin ich damit einverstanden, wenn wir das im Bildungsausschuß gründlich beraten und sehen, ob wir eine **grundsätzliche Regelung** treffen können, ohne daß die Schulleiterin oder der Schulleiter großzügig oder weniger großzügig Genehmigungen erteilen muß.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Volquartz das Wort.

Angelika Volquartz [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Dr. Klug hat darauf hingewiesen, daß der **Landesdatenschutzbeauftragte** zu Recht moniert hat, daß die Bildungsministerin immer noch keine **Datenschutzverordnung für den Schulbereich** erlassen hat. Er hat weiter - das ist Gegenstand des Gesetzentwurfs der Kollegen von der F.D.P. - moniert, daß **personenbezogene Schülerdaten** auf **privaten Computern** verarbeitet werden.

Der Gesetzentwurf will den Forderungen des Datenschutzes und der Schulpraxis in doppelter Hinsicht Rechnung tragen, zum einen durch die Änderung des § 50 des Schulgesetzes und zum anderen durch eine Rechtsverordnung. Das scheint uns ein gangbarer Weg zu sein. Wenn der Gesetzentwurf der F.D.P.-Fraktion formuliert, die Schulleiterin oder der Schulleiter könne in begründeten Ausnahmefällen gestatten, daß Lehrerinnen und Lehrer Daten von Schülerinnen und Schülern auf Datenverarbeitungsgeräten außerhalb der Schulen verarbeiten, wird man wohl davon auszugehen haben, daß auf dieser Grundlage Lehrer, die über solche Geräte verfügen und sie entsprechend nutzen wollen, auch die Genehmigung des Schulleiters erhalten. Das bedeutet, die angepeilte Ausnahme dürfte eher die Regel werden, Frau Schröder.

Dabei ist auch zu bedenken, daß Lehrerinnen und Lehrer schon immer - Frau Schröder, darauf haben Sie hingewiesen -, auch heute Klassenarbeiten in der Wohnung durchsehen und benoten oder auch Zeugnisse schreiben, weil in der Schule überhaupt kein Raum für die Lehrerinnen und Lehrer vorhanden ist.

(Holger Astrup [SPD]: Bloß an den Gesamtschulen!)

Natürlich werden auch immer wieder im häuslichen Bereich Elterngespräche geführt und Aufzeichnungen verwahrt. Die Daten befinden sich also jetzt schon in privaten Wohnungen.

Der Computer mit seinen technischen Möglichkeiten bietet die Gewähr dafür, daß diese Daten einfach unter Verschuß genommen werden können. Das ist der eine Teil des Problems. Dann gehört natürlich auch dazu, daß derjenige, der mit Daten arbeitet, für ihre Verwahrung die Verantwortung trägt. Dies und die Festlegung von Grenzen der Verfügbarkeit von Schuldaten im häuslichen Bereich können einer Rechtsverordnung vorbehalten bleiben.

Kurz gesagt: Wenn wir einmal davon ausgehen, daß das Ministerium in der Rechtsverordnung die Dinge im Sinne des Gesetzgebers und des Datenschutzbeauftragten realisiert, dann sehen wir keinen Grund, gegen diesen Entwurf Bedenken anzumelden. Wir stimmen zu.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist eine witzige Sache. Da hat man vor fünf Jahren das **Schulgesetz** novelliert und hat mehr oder weniger schlicht vergessen, diesen Passus aufzunehmen. Das soll jetzt korrigiert werden. Dies hat zu einem Gespräch im Bildungsausschuß geführt, und Herr Klug hat, wie Frau Schröder dies schon dargestellt hat, schnell die Gelegenheit genutzt. Dagegen ist nichts einzuwenden. Nun muß

man sich aber fragen, ob hier auch nicht eine gewisse Strategie eine Rolle spielt.

Lehrerinnen und Lehrer haben schon immer mit Bleistift, Kugelschreiber, Füller und so weiter Schuldaten zu Hause verarbeitet. Etwas anderes kommt ja auch angesichts der Organisationsform, in der Lehrerinnen und Lehrer nun einmal arbeiten, gar nicht in Frage. Ich gehe jede Wette ein, wenn wir anfangen wollten, dies zu verändern, würden wir einen Sturm der Entrüstung ernten. Daran will ich gar nicht rühren. Aber, Herr Dr. Klug, es reicht halt nicht. Das Gesetz, das Sie freundlicherweise aus dem „Chaosland Hessen“ zitieren, das seit mehreren Jahren rot-grün regiert wird, stammt aus dem Jahre 1992, und es reicht für heutige Zeiten nicht mehr aus.

(Beifall bei der SPD)

Hier geht es nicht um eine Ausnahmeregelung. Jeder Lehrer und jede Lehrerin bedient sich natürlich, weil sie oder er viel mit Texten zu tun hat, moderner Methoden und hat womöglich einen **PC** zu Hause. Das Problem stellt sich allerdings in dem Moment, in dem diese PC über Internet vernetzt und zugänglich sind. Hierin sehen wir dann auch ein Problem. Ansonsten muß man ein bißchen aufpassen, daß man nicht sozusagen in einen Datenschutzselbstlauf hineingerät.

Dennoch glauben auch wir, daß eine solche Verordnung sinnvoll ist, damit wir nicht von der Realität überrollt werden. Unsere Meinung ist, es wird höchste Zeit, eine solche Verordnung zu verabschieden, allerdings mit einer Aktualisierung, weil sich die Dinge - wie gesagt - im Computer-Zeitalter sehr viel schneller verändern, und dann eben auch nicht als **Ausnahmegenehmigung**, sondern als eine grundsätzliche Genehmigung, wobei man dann allerdings darüber sprechen muß, wie Rechenschaft darüber abgelegt und wie das Know-how über den Umgang mit Computern erworben wird. So etwas, wie im

Datenschutzbericht dargestellt, daß eine Schulleiterin einfach aus Versehen oder aus Unkenntnis Daten mitübermittelt, die sie aus ihrem Text nicht herausbekommt, darf natürlich nicht passieren. Allerdings halte ich es auch beinahe für eine Selbstverständlichkeit, daß, wer mit solchem technischen Instrument umgeht, auch das Know-how lernt.

Wir meinen, noch in diesem Jahr sollte es in enger Abstimmung mit dem Datenschutzbeauftragten möglich sein, im Bildungsausschuß einen konsensfähigen Entwurf zu erarbeiten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich habe Zweifel, ob der hier vorgelegte **Gesetzentwurf** dem entspricht, was sich der Datenschutzbeauftragte wünscht. In seinem 18. Tätigkeitsbericht hat er auf verschiedene Beispiele hingewiesen, die deutlich dokumentieren, daß beim Umgang mit **Schuldaten** vieles im argen liegt. Dabei geht es insbesondere um ein Problem, das immer weiter um sich greift. Immer mehr Menschen benutzen **Computer**, und immer mehr Menschen schaffen sich Computer für den Hausgebrauch an. Dazu gehören natürlich auch Lehrer. Das haben wir zur Genüge erklärt bekommen.

Statt bestimmte Arbeiten in der Schule zu erledigen, werden Unterlagen mit nach Hause genommen. Im Ergebnis werden auch personenbezogene Daten auf privaten PC abgespeichert. Der Zugang zu diesen Daten ist meistens nicht geschützt.

Mit ihrem Antrag reagiert die F.D.P.-Fraktion nun auf das, was wir im Bildungsausschuß unlängst besprochen haben, als der Tätigkeitsbericht des Landesdatenschutzbeauftragten auf der Tagesordnung stand. Wenn ich das aber richtig verstanden habe, ging es dabei in erster Linie um ganz andere Lösungsmöglichkeiten. Es wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die häusliche Verarbeitung von schülerbezogenen Daten von der Vorschrift des § 50 Abs. 2 Schulgesetz nicht erfaßt wird. Es wurden zwei Wege vorgeschlagen, um das Verbot durchzusetzen, wonach personenbezogene Schülerdaten auf privaten PC nicht verarbeitet werden dürfen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:
Das müssen Sie noch einmal lesen; das haben Sie nicht begriffen!)

- Lassen Sie mich doch einmal ausreden! - Einerseits könne das Ministerium unter Androhung von Sanktionen nachdrücklicher auf die Einhaltung der Vorschrift hinwirken, und andererseits könne es dem Datenschutz durch intelligente technische Lösungen Rechnung tragen. Dies waren die Möglichkeiten, die im Bildungsausschuß diskutiert wurden.

Mit der hier vorgelegten Änderung des Schulgesetzes wird keiner dieser Wege beschränkt. Statt dessen wird die Regelung geschaffen, Daten zu Hause nicht verarbeiten zu dürfen, im Falle einer **Ausnahmegenehmigung** hierzu aber ermächtigt zu sein. Sicherlich: Hiermit wird eine bestehende Lücke im Schulgesetz geschlossen. Die Frage ist aber, ob die Lücke ausreichend geschlossen wird. Wenn nämlich die Möglichkeit eröffnet wird, in Ausnahmefällen zu Hause zu arbeiten, müßte für diese Fälle auch geregelt sein, wie man durch technische Lösungen den Zugriff anderer auf die Daten verhindern kann. Wird die Formulierung den Forderungen des

Datenschutzbeauftragten gerecht? Ich bin mir da nicht sicher. Mich ärgert auch, Herr Klug, daß Sie die Arbeit des Ausschusses für eigene Zwecke ausnutzen. Wir waren ja eigentlich in der Diskussion schon viel weiter.

(Beifall bei der SPD)

Das kann doch nicht Sinn der Sache sein, daß man etwas, was einvernehmlich im Ausschuß diskutiert wurde, gleich als Antrag ins Parlament bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin bereit, der Ausschußüberweisung zuzustimmen. Aufgrund der genannten Bedenken will ich gleich anregen, daß der Landesdatenschutzbeauftragte im Ausschuß anzuhören ist.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Ministerin Böhrk.

Gisela Böhrk, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Ich will mich dem voll anschließen, was Frau Spoorendonk gesagt hat. Manchmal ist das, was wie ein Abstaubertor aussieht, doch kein Tor. Herr Dr. Klug, das, was Sie vorgeschlagen haben, wird das Problem nicht lösen. Es ist eher Augenwischerei, zu versuchen, eine **Ausnahmeregelung** zu konstruieren, von der man augenzwinkernd weiß, daß sie die Datenschutzgesetzgebung unterlaufen wird. So einfach können wir es uns nicht machen, wenn wir den berechtigten Interessen der Lehrkräfte nach vernünftigen Arbeitsmöglichkeiten und dem Interesse des **Datenschutzes** Rechnung tragen wollen.

Frau Fröhlich, es ist nicht so, daß wir bei der Erstellung des Schulgesetzes nicht daran gedacht hätten, diesen Aspekt des Datenschutzes mit aufzunehmen. Es ist vielmehr so gewesen, daß die technologische Entwicklung deutlich gemacht hat, daß inzwischen viele Lehrkräfte PC benutzen, und zwar nicht nur für die Unterrichtsvorbereitung, die ja einfach und ohne Probleme zu bewältigen und auch datenschutzrechtlich überhaupt nicht zu beanstanden ist, sondern daß der PC mehr und mehr zu einem ganz normalen Arbeitsgerät wird und daß die **Lehrkräfte** nicht in der Lage sind, ihren PC in der Schule zu benutzen, weil es keine Lehrerarbeitsplätze in den Schulen gibt. Insoweit haben wir hier eine Sondersituation, die wir mit anderen Situationen von öffentlich Beschäftigten und mit anderen Datenschutzsituationen nicht vergleichen können.

Die Lehrkräfte benutzen also mehr und mehr ihre PC auch dazu, Schülerdaten zu speichern und zu bearbeiten. Wir können derzeit zwar davon ausgehen, daß die Lehrkräfte mit den personenbezogenen Daten sorgsam und im Rahmen ihrer dienstlichen Aufgaben umgehen. Aber dieses Vertrauen kann den Datenschutz nicht ersetzen.

Wenn Sie jetzt fordern, Regelungen für begründete Ausnahmefälle zu schaffen, dann gilt das, was ich eben sagte. Wenn es sich wirklich durchsetzt, werden es keine begründeten Ausnahmefälle sein, sondern es wird der Regelfall sein. Insofern müssen wir eine Regelung schaffen, die auch wirklich trägt.

Sie haben in Ihrer Begründung angeführt, daß es darum geht, Datensicherheit durch programmtechnische Gestaltung bis hin zur Verwendung geprüfter und freigegebener Programme zu ermöglichen. Welche Möglichkeiten es hier gibt, ist in der Tat die Frage, die wir im Ausschuß und mit dem Datenschutz erörtern müssen. Das Problem

kann nicht einfach auf das Verhältnis Schulleitung/Lehrkraft verlagert werden. Wir müssen vielmehr eine stärkere Lockerung des bisherigen Verbotes dadurch bekommen, daß wir technische Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen.

Was Sie über Hessen gesagt haben, können wir so nicht nachvollziehen. Es stimmt zwar, daß die Hessen eine entsprechende Regelung haben. Aber in diesem Falle ist ja nicht nur die geschriebene Regelung relevant, sondern auch die Umsetzung. Und es gibt eine Reihe von Hinweisen darauf, daß die Handhabung des Genehmigungsverfahrens in **Hessen** nicht unerhebliche Probleme aufwirft.

Es ist also deutlich, daß wir in **Schleswig-Holstein** Hessen nicht einfach abschreiben können, sondern daß wir gemeinsam mit dem Datenschutzbeauftragten sorgfältige Überlegungen anstellen müssen, um die Arbeitssituation sowohl datenschutzrechtlich als auch von der Sache her gesehen optimal für die Lehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler zu gestalten. Deswegen sollten wir dies im Bildungsausschuß gemeinsam erörtern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag erhält Herr Abgeordneter Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst einmal ist es erfreulich, daß wir offensichtlich in der Sache, was die **Gesetzesänderung** anbetrifft, vorankommen werden. Wir werden uns dann sicherlich auch im Ausschuß auf eine vernünftige Regelung einigen können und zu dem Ergebnis gelangen, gemeinsam das geltende Schulgesetz abzuschaffen, nämlich das Verbot der Nutzung privater PC von **Lehrern** für **Schülerdaten**. Das muß man

immer dazusagen. Sonst dürfen Sie diese ohnehin benutzen.

Zu der Grundlage unseres Gesetzentwurfs möchte ich aber noch etwas hinzufügen und aus dem Protokoll des Bildungsausschusses vom 29. August 1996 auf zwei Sätze hinweisen:

Erstens. Staatssekretärin Köster hat in dieser Sitzung deutlich gemacht - ich zitiere aus dem Protokoll -:

„Das Ministerium sei immer wieder bemüht, dem Verbot, Schülerdaten auf dem lehreigenen häuslichen PC zu verarbeiten, auf dem normalen Dienstweg Nachdruck zu verleihen.“

Die Botschaft: Das Verbot soll nachdrücklicher durchgesetzt werden.

Der zweite Satz in dem Protokoll des Bildungsausschusses lautet:

„Eventuell müsse § 50 des Schulgesetzes im Zuge der ohnehin anstehenden Novellierung des Schulgesetzes präzisiert werden.“

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie denn auch tun?)

Dies habe ich - offen gestanden - so verstanden, daß Sie eine detailliertere Verbotsregelung mit Sanktionen einbauen wollten, und nicht, daß Sie das Verbot aus dem Gesetz rausnehmen wollen. Das hätte Frau Köster im Ausschuß auch sagen können, wenn sie das vorgehabt hätte.

(Zuruf von der SPD: Das hat sie doch!)

- Das hat sie mit Sicherheit nicht gesagt. Sie hat im Zusammenhang mit der Diskussion über die Verbote und ihre Durchsetzung von einer Präzisierung des geltenden

Schulgesetzes gesprochen. Das ist der Ausgangspunkt gewesen und nicht das, was hier behauptet wird.

(Beifall der Abgeordneten
Angelika Volquartz [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Bildungsausschuß zu überweisen. Weitere Ausschüsse werden mit dem Gesetzentwurf nicht befaßt. - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 5 und 39 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Bericht des Landtagspräsidenten gemäß § 28 des Schleswig- Holsteinischen Abgeordnetengesetzes über die Angemessenheit der Entschädigung sowie der Aufwandsentschädigung der Abgeordneten

Drucksache 14/254

b) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Schleswig- Holsteinischen Abgeordnetengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Peter Gerckens [SSW]

Drucksache 14/271

Ich erteile zunächst dem Herrn Landtagspräsidenten Arens das Wort.

Heinz-Werner Arens, Landtagspräsident:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zwei Punkte vorweg:

Erstens. Ich denke, es ist angemessen und auch notwendig, diese Diskussion öffentlich zu führen.

Zweitens. Es ist nun einmal verfassungsrechtlich zwingend, daß Abgeordnete über ihre Diäten beziehungsweise die Angemessenheit der Diäten selbst zu entscheiden haben. Das ist verfassungsrechtlich zwingend. Ansonsten würde man in anderem Falle gegen Verfassungsgrundsätze des freien Mandates verstoßen.

Die Diskussion über die Frage der Angemessenheit der **Diäten** von Abgeordneten hat gezeigt, daß wir damit nicht unbedingt eine populäre Diskussion führen. Zum Teil wird sie auch als Gelegenheit mißverstanden, Vorurteile gegen Politikerinnen und Politiker zu schüren. Gut begründete Entscheidungen sollten aber selbstbewußt vertreten werden können. Deswegen möchte ich zur Klarstellung drei grundsätzliche Bemerkungen voranstellen:

Erstens. Wir als unmittelbar gewählte **Volksvertretung** sind in der Ausübung unseres Mandates den Bürgerinnen und Bürgern zur **Rechenschaft** verpflichtet. Sie erwarten von uns zu Recht Sachkunde, Verantwortungsbewußtsein und Engagement für unser Land und auch für die Bürgerinnen und Bürger und deren Anliegen. Die Anforderungen an die einzelnen Politikerinnen und Politiker sind dementsprechend groß. Hinzu kommen in vielerlei Hinsicht besondere Einschränkungen, zum Beispiel der außergewöhnliche Zeitaufwand, mit dem ein Mandat verbunden ist. Gerade in Zeiten, in denen Politik nicht die allergrößte Popularität genießt - um es zurückhaltend zu sagen -, mag sich die eine oder der andere ein zweites

Mal mit ihrer oder seiner Familie beraten, ob sie oder er ein solches Mandat antritt oder antreten kann.

Sachkunde, Verantwortungsbewußtsein und Engagement gibt es nicht zum Null-Tarif. Unabhängig und professionell zu arbeiten, bedarf auch einer angemessenen finanziellen Absicherung. Kompetente und engagierte Politikerinnen und Politiker sollten im Vergleich zu anderen Bereichen der Wirtschaft und des öffentlichen Dienstes nicht schlechter bezahlt werden. Mit Selbstbedienung hat dies nichts zu tun.

Meistens sind es dieselben Kritiker, die über zuwenig Selbständige und Professoren in den Parlamenten klagen und gleichzeitig die Entschädigung der Abgeordneten für überzogen halten.

Mit diesem Ihnen jetzt unterbreiteten Vorschlag bleiben die Entschädigungen und Aufwandspauschalen der Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages der Struktur und dem Proporz nach so bestehen wie bisher. Verfechtern wie Kritikern bleibt es deshalb unbenommen, die Argumente aus den vergangenen Jahren zu wiederholen.

Zweitens. Die grundlegende Diskussion einer **Reform der Abgeordnetenentschädigung** wird nach Vorliegen des Urteils des **Bundesverfassungsgerichtes** nötig sein. Es ist das erste Mal ein Datum gesetzt. Das wäre das Frühjahr 1997. Danach hätte sich eine Sachverständigenkommission mit der Struktur der Abgeordnetenentschädigung zu befassen und uns zu beraten. Als Fraktionen hätten wir uns dann darüber zu verständigen, wie diese Kommission zusammengesetzt und wie sie arbeiten sollte. Das wäre die Arbeit des nächsten Jahres.

Drittens. Der **Schleswig-Holsteinische Landtag** hat 1991 und 1993 sogenannte **Nullrunden** durchgeführt. Angesichts der allgemeinen Preis- und Einkommensentwicklung halte ich eine Erhöhung der Diäten um 1,5 % für

angemessen. Vergleiche mit Einsparungen in vielen, ja fast allen Bereichen der öffentlichen Haushalte greifen von daher fehl, weil damit zumeist strukturelle Einsparungen, aber in keinem Fall Lohnkürzungen verbunden waren oder sind.

Daß Abgeordnete ihre eigene Entschädigung festlegen, bleibt immer prekär und verführt leicht zu pauschaler und undifferenzierter Kritik - manchmal allerdings auch dazu, Äpfel mit Birnen zu vergleichen. Gleichwohl wird niemand bezweifeln können, daß die vorgeschlagene 1,5prozentige Diätenerhöhung im Bereich der allgemeinen Einkommens- und Preisentwicklung liegt. Soviel vorweg.

Zum Vorschlag konkret, den ich zur besseren Information der Öffentlichkeit kurz in den wesentlichen Punkten erläutern will. Seit dem 1. Oktober 1995 beträgt die **Grundentschädigung** monatlich 7150 DM. Dieser Betrag wird zwölfmal im Jahr - kein dreizehntes- und vierzehntesmal - gezahlt und ist zu versteuern. Urlaubs- und Weihnachtsgeldzahlungen gibt es nicht.

Zum **Ausgleich** der allgemeinen **Preis- und Lohnentwicklung** halte ich eine Anhebung der Entschädigung entsprechend dieser Preissteigerung um 1,5 % - monatlich gerundet 110 DM - mit den zukünftig 7260 DM für angemessen. Die Grundlage dafür bilden entsprechend der Diätenkommission des Jahres 1994 die Daten der Einkommens- und Preisentwicklung des Vorjahreszeitraumes im alten Bundesgebiet. Ich schlage vor, diese Grundentschädigung ab dem 1. Januar 1997 anzuheben.

Die zusätzlichen Entschädigungen für besondere parlamentarische Funktionen sind ebenfalls zu versteuern und werden zwölfmal im Jahr gezahlt. Sie variieren je nach Funktion zwischen 20 und 125 % eines Basisbetrages von 6700 DM. Der Basisbetrag wurde letztmalig zum 1. Oktober 1995 angepaßt. Ich schlage vor, diesen

Basisbetrag der zusätzlichen Entschädigung ebenfalls ab dem 1. Januar 1997 um ebenfalls 1,5 % anzuheben. Das sind gerundet 100 DM. Die Bemessungsgrundlage liegt künftig somit bei 6800 DM.

Die steuerfreien **Aufwandsentschädigungen** gemäß § 8 ff. Abgeordnetengesetz und die Kostenpauschale gemäß § 9 Abs. 1 Abgeordnetengesetz sind nicht dem Einkommen zuzurechnen, sondern sind der tatsächlich entstandene Aufwand bei der Ausübung des Mandates beziehungsweise eine pauschalierte Erstattung der allgemeinen Kosten, die sich aus der Arbeit des Abgeordneten ergeben. Ich halte diese weiterhin für angemessen und empfehle, die gesetzliche Regelung für die steuerfreie Aufwandsentschädigung und die Kostenpauschale unverändert zu belassen.

Die **Mitarbeiterkostenerstattung** gemäß § 9 Abs. 3 Abgeordnetengesetz ermöglicht die Erstattung der nachgewiesenen Aufwendung für die Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bis zu einer Höhe von 1285 DM monatlich. Danach sollen die Abgeordneten die Möglichkeit haben, eine Mitarbeiterin oder einen Mitarbeiter zehn Stunden wöchentlich mit einer Vergütung entsprechend VerGr. VI b BAT zu beschäftigen.

In den letzten Jahren wurde der Erstattungsbetrag vielfach entgegen diesem Grundgedanken nur entsprechend den Steigerungen bei der Grundentschädigung erhöht und bleibt daher heute um 130 DM hinter dem Betrag nach dem Berechnungsmodus zurück. Dies, so denke ich, ist aus sozialen Gründen nicht hinnehmbar. Ich schlage hier Angleichung vor entsprechend um 130 DM im Monat ebenfalls ab 1. Januar 1997 auf künftig 1 415 DM.

In einer parlamentarischen Demokratie läßt es sich nicht vermeiden, daß das Parlament in

eigener Sache entscheidet. Ich habe das bereits ausgeführt. Dazu haben wir zu stehen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlägen zu folgen und sie zu unterstützen und darüber abschließend in der nächsten Tagung Ende Oktober/Anfang November in diesem Hohen Hause zu beraten.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Astrup.

Holger Astrup [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! In der „Bild“-Zeitung hieß es in der vergangenen Woche in einer Überschrift zu diesem Thema lapidar: „Sie bedienen sich wieder.“ Gemeint waren Sie, meine Damen und Herren, gemeint war ich, wir alle waren gemeint. Das heißt, der einfachen Frage, ob nicht auch **Abgeordnete** wie alle anderen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer selbstbewußt, aber gleichzeitig verantwortungsbewußt die leidige Frage der jährlichen **Anpassung** oder Nichtanpassung ihrer eigenen **Bezüge** so beantworten, wie es der Präsident dem Hohen Hause vorgeschlagen hat, sollten wir selbstbewußt begegnen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Wir sollten nicht so tun, als würden wir mit dieser vorgeschlagenen Erhöhung etwas Unrechtes tun. Bei einer Diätenerhöhung ist die Tatsache, daß wir selbst darüber abstimmen müssen, immer etwas fatal. All denjenigen, die man in einem Gespräch fragt, ob sie nicht über ihr Gehalt selbst bestimmen wollten, und die dann freudig erregt ja sagen, kann ich nur raten, einmal in einer unserer Fraktionssitzungen Zeuge zu sein, wie schwer sich die Abgeordneten mit der Beantwortung der Frage tun: Dürfen wir uns

in diesem Jahr eine Erhöhung genehmigen? Wir müssen sie uns genehmigen, wenn wir sie uns genehmigen wollen, denn andere tun es für uns nicht.

Das heißt, Zeitpunkt und Höhe einer jeden **Diätenerhöhung** - egal, wann und wie hoch - sind immer falsch. Und weil das so ist, tun wir gut daran, alle gemeinsam sehr sorgsam und sensibel an die Erhöhungsdiskussion heranzugehen.

Ich bin dem Herrn Präsidenten sehr dankbar, daß er deutlich gemacht hat, worüber wir inhaltlich reden. Wir reden darüber, daß, wenn wir so beschließen, wie vorgeschlagen, wir in den letzten sechs oder sieben Jahren unsere Gehälter in der Tat zusammengerechnet etwas über 12 % würden erhöht haben. Das sind im Schnitt aber lediglich 2 % im Jahr. Da sage ich für mich - auch selbstbewußt -: Das ist in Ordnung. Wir haben zwei **Nullrunden** gehabt und hatten gehofft, damit Signale auszusenden. Das hat aber niemanden beeindruckt. Deshalb gehöre ich zu denjenigen, die sagen - das tue ich heute auch für meine Fraktion -: Regelmäßige, sehr bescheidene und verantwortbare Erhöhungen sind mir persönlich lieber, als alle zwei oder drei Jahre über Prozentsätze reden zu müssen, die dann in der Tat den Sprung als unverantwortlich erscheinen lassen.

Ich möchte - auch für die Ohren der Öffentlichkeit - einmal darstellen, womit sich ein normaler - oder „ohne“ - Abgeordneter in diesem Hohen Hause finanziell vergleichen darf.

Normale **Landtagsabgeordnete** in **Schleswig-Holstein** erhalten ein Gehalt in der Größenordnung eines Realschullehrers.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist kein Gehalt!)

- Ja, ist ja schon gut. Bei dieser Größenordnung sage ich: Das ist in Ordnung. Weniger sollten wir nicht diskutieren; denn

ich glaube, daß man bei der Verantwortung, die jeder einzelne von uns hat, wenn er hier im Hohen Hause seine Stimme erhebt beziehungsweise seine Hand für zu verabschiedende Gesetze hebt, richtig und vernünftig eingeordnet ist.

Wir befinden uns mit unseren Diäten bundesweit am unteren Ende der Skala. Das sollte uns zwar nicht veranlassen, dieses untere Ende zu verlassen, aber doch selbstbewußt dort zu bleiben, wo wir sind. Wir sollten nicht so tun, als würde eine Diskussion, die das Bundesverfassungsgerichtsurteil in den Vordergrund stellt, uns erheblich weiterbringen. Dieses Argument hören wir seit mindestens drei bis vier Jahren. Ich kann mich sehr gut daran erinnern, daß die ehemalige Präsidentin des Landtages, Frau Erdsiek-Rave, jedesmal gesagt hat: Demnächst kommt ein Urteil, und dann müssen wir natürlich alles auf den Kopf stellen. Das ist auch völlig in Ordnung. Aber solange das nicht der Fall ist, sehe ich keinen Anlaß, den Kopf in den Sand zu stecken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Auch Abgeordnete - das meine ich sehr ernst - haben ein Recht auf eine angemessene finanzielle Ausstattung. Auch sie haben ihre Familie zu ernähren, und auch sie haben unabhängig von Ortszuschlägen und Urlaubsgeld all das in ihren Familien finanziell sicherzustellen, was von ihnen erwartet wird.

Die SPD-Landtagsfraktion stimmt dem **Vorschlag des Präsidenten** zu, 1,5 % Erhöhung bei den Grunddiäten, 1,5 % Erhöhung bei den Funktionszulagen und vor allem die dringend erforderliche Erhöhung bei den Bezügen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Wahlkreisen. Das Ganze könnte sinnvollerweise nach der zweiten Lesung zum 1. Januar 1997 beginnen. Ich hoffe, daß wir - wie üblich - bei dieser

sensiblen Diskussion und den langen Erörterungen in den Fraktionen zuvor zu einem möglichst breiten Zustimmungsgrad für diese bescheidene Erhöhung kommen.

Ich danke Ihnen und empfehle Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuß.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Füllner.

Meinhard Füllner [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Was mich an diesen Debatten immer wieder störte und auch heute stört, ist, daß sie stets den Eindruck erwecken, als stünden wir in einem Rechtfertigungszwang über das, was wir hier zu beraten haben.

(Beifall bei der CDU)

Diese Beratungen erfolgen auf der Grundlage klarer verfassungsrechtlicher und gesetzlicher Regelungen. Wer das nicht mag oder ändern will, muß die **Verfassung** ändern. Der Präsident hat darauf hingewiesen und hat zitiert, was das **Bundesverfassungsgericht** zu dieser Frage der Selbstbewilligung gesagt hat.

Dies ist auch immer wieder ein Teil einer Kampagne gegen den Parlamentarismus und gegen die Abgeordneten. Ich finde, an dieser Stelle muß auch ein kritisches Wort an die Adresse des Präsidenten des Bundes der Steuerzahler unseres Landes gesagt werden, mag er sonst auch in guter Weise Wächter sein für eine sparsame Haushaltsführung und die Ausgabe öffentlicher Finanzen.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist ein eingetragener Verein, Herr Kollege!)

Ich denke, wenn der Präsident des Bundes der Steuerzahler diesen maßvollen Ansatz der **Empfehlungen des Präsidenten** zum Anlaß nimmt, einen Rundumschlag gegen die Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages zu fahren, indem er sagt, sie täten ohnehin nichts und ihre Zahl könnte halbiert werden, dann muß das von uns geschlossen zurückgewiesen werden.

(Beifall bei CDU, SPD und F.D.P.)

Meine Damen und Herren, es ist vieles gesagt worden; ich will nur noch einige wenige Worte hinzufügen. Auch wir halten die Empfehlung des Präsidenten für maßvoll. Wir stimmen zu, daß sich die Empfehlungen auf einen ganz engen Teil der Entscheidungen begrenzen, die wir in diesem Zusammenhang eigentlich zu fällen hätten. Ich weise darüber hinaus noch einmal darauf hin, daß wir uns auf eine schwierige Diskussion im nächsten Jahr werden einstellen müssen, nämlich dann, wenn wir den neuen **Spruch des Bundesverfassungsgerichts** zu verarbeiten haben. Das geschieht dann in seinen ganzen Teilen, angefangen von der Altersversorgung bis hin zur Festsetzung der **Struktur der Entschädigungen** sowie des Ganzen dessen, was wir heute vorgelegt bekommen haben. Dann wird es zu langfristig gültigen Entscheidungen kommen müssen, aber eines darf dabei nicht passieren, daß nämlich die Methodik der Beratungen eine andere sein wird. Ich glaube, sie wird die gleiche bleiben müssen.

Ich verkenne nicht - Herr Astrup, Sie haben es anklingen lassen -, daß es auch in unserer Fraktion kritische Stimmen gegeben hat, gerade auch von Abgeordneten, die neu in diesen Landtag gekommen sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Denen war es zuwenig!)

Die sagen - teilweise selbstverständlich nachvollziehbar -: Ich bin kaum in den Landtag gekommen, und schon reden wir über eine Erhöhung der Entschädigungen. Ich habe dafür großes Verständnis - wir alle sollten dafür Verständnis haben -, dennoch denke ich, daß der Zeitpunkt immer falsch ist.

Lassen Sie mich in dem Zusammenhang sagen - dieser Aspekt gilt auch für Sie und für Ihre Fraktion, Frau Fröhlich, daß ich es angesichts all dessen, was hier - zur verfassungsrechtlichen Problematik schon gesagt worden ist, für völlig unangemessen halte, wenn Sie dies in Zusammenhang mit einer Spendenaktion Ihrerseits bringen. Es dient der sachlichen Debatte über die Entschädigungen und die Versorgung der Abgeordneten nicht, wenn Sie das so leichtfertig in populistische Aktionen einmünden lassen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die ist mir öffentlich von einem Mitglied Ihrer Fraktion nahegelegt worden!)

Das wird dieser Diskussion letztlich nicht gerecht. Das sollten wir einmal ganz selbstkritisch sehen.

Das, was uns jetzt auf dem Tisch liegt, haben wir im Ausschuß zu beraten. Ich hoffe, daß wir zu einer großen Mehrheit in diesem Hause kommen, wenn wir im Oktober in der zweiten Lesung darüber beschließen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist keine zwei Wochen her, daß an einem Freitag, dem 13., von CDU und F.D.P. ein Sparpaket unsozialsten Ausmaßes geschnürt worden ist, begründet mit der Notwendigkeit, alle - ich betone: alle! - Bürgerinnen und Bürger müßten jetzt in die Sparmaßnahmen einbezogen werden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Dann nehmen wir alle und auch Sie daran teil!)

Doch heute stellt sich die Situation anders dar. Es wird nicht mehr an den allgemeinen **Sparzwang** appelliert, sondern wir diskutieren darüber, daß auch wir mehr Lohn bekommen müßten, wenn denn überall **Lohnerhöhungen** stattfinden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es geht überhaupt nicht um Lohn!)

Wir reden überhaupt nicht mehr darüber, wer in der Bevölkerung nicht mehr, sondern weniger erhält; wir reden über unsere Diäten.

Dabei mißt sich der Landtag nicht an denjenigen, denen Kohl & Co. ständig penetrant einschärfen, sie müßten ihre Bedürfnisse zurückschrauben. Ich kann das nicht mehr hören. Das wird vor allen Dingen den Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern, den Kranken, den Rentnerinnen und Rentnern, aber auch den Erwerbslosen immer wieder gesagt.

Nein, der Landtag wird sich vermutlich an den Besserverdienenden orientieren, an denen, die in unserer Zweidrittelgesellschaft schon jetzt zu den Gewinnerinnen und Gewinnern gehören. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen in dieser gesellschaftlichen Situation, in der es landauf, landab ans Eingemachte geht, eine **Erhöhung der Diäten** ab. Auch Diäten müssen prozentual

erhöht werden - das ist hier sehr klar und deutlich gesagt worden -, aber nicht in einer Zeit, verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, in der der Sparhammer gnadenlos bedient wird.

(Angelika Volquartz [CDU]: Das müssen Sie auch der SPD-Fraktion sagen!)

Deshalb sind es keine alten Argumente, die wir bringen, sondern es ist eine neue Situation mit neuen Argumenten. Es geht dabei nicht um die 100 DM, die bei Bezügen unserer Größenordnung jede und jeder verschmerzen kann,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ich weiß nicht, was Sie verschmerzen können!)

sondern es geht um das politische Signal, das von dieser Diätenerhöhung ausgehen wird. Dieses Signal halten wir für fatal.

Wir erwarten daher vor allem von der CDU und von der F.D.P., von jeder und jedem einzelnen **Abgeordneten**, daß sie oder er den **Sparbeitrag**, den sie oder er von fast jeder Bürgerin und von fast jedem Bürger in diesem Land erwartet, selbst leistet, ihn sich selbst abverlangt und deshalb die Diätenerhöhung ablehnt. Diese Diätenerhöhung ist angesichts der politischen Diskussion, die in diesem Land stattfindet, unsensibel. Es geht hier nicht um Recht oder Unrecht, sondern um die aktuelle politische Situation.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mein Gott, ist das schlimm!)

Ernsthaft debattieren muß der Landtag jedoch über die **Verteilung der Gesamtdiäten**. Ob Fraktionsvorsitzende und parlamentarische Geschäftsführer mehr arbeiten als andere, ist dabei nicht die Streitfrage. Es muß um die Höhe der Sonderzuweisung für diese Ämter gehen.

„Normale“ Abgeordnete verbringen ihre Zeit auch nicht im Schaukelstuhl, sondern mehr auf dem heißen Stuhl, nämlich in der Region, vor Ort, wo sie all das vertreten müssen, was wir hier beschließen. Auch die Frage, ob es nicht möglich ist, vielleicht 50 % dessen, was ein Landtagsabgeordneter zum Teil außerhalb des Landtagsmandates noch in einem Beruf verdient,

(Thorsten Geißler [CDU]: Wer denn?)

auf die Diäten anzurechnen, muß hier diskutiert werden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Welche sind das denn?)

Es muß rechtlich geklärt werden, inwieweit das machbar ist.

Völlig unbegreiflich ist mir, liebe Kolleginnen und Kollegen - ich bin hier ja noch neu -, wieso ich hier **Sitzungsgelder** erhalte. In welchem Arbeitsverhältnis ist es denn üblich, daß die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nur dafür, daß sie morgens kommen und unterschreiben, noch einmal extra kassieren?

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Füllner?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, ich habe nur fünf Minuten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die Diskussion um die Änderung des Abgeordnetengesetzes weiter betreiben, wenn es 1997 keine Entscheidung aus Karlsruhe gibt. Wir treten für eine weitgehende Gleichstellung aller

Abgeordneten ein. Wir wollen, daß die Diäten die tatsächlichen Beziehungen inklusive der Sitzungsgelder widerspiegeln. Das ist eine Form von Transparenz.

Die Anhebung der Bezüge für die regionale Mitarbeiterin oder den regionalen Mitarbeiter begrüßen wir natürlich. Sie entspricht einem BAT-VI-Gehalt. Sie ist nicht nur gerecht, sondern überfällig. Ich bitte darum, über diesen Punkt getrennt abzustimmen.

Nun geht es immer um die bösen Grünen, die erst immer alles ablehnen und dann das Geld einkassieren, um es zu verprassen. Da sage ich Ihnen: Das, was in der Zeitung stand, daß wir alle uns verpflichteten zu spenden, ist so falsch. Natürlich spendet jede und jeder von uns ganz viel. Aber gerade diejenigen, die keine Sonderzuweisungen bekommen, also beim Realschullehrerinnen- oder Realschullehrergehalt liegen, werden sich in dieser Situation nicht verbindlich verpflichten zu spenden. Es wäre unehrlich, das zu behaupten. Uns geht es um eine Angleichung dessen, was die oder der normale Abgeordnete hat, an das, was andere haben. Das muß im Konsens geklärt werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte an sich meinen Vorschlag von vor zwei Jahren wiederholen, Frau Heinold, nämlich daß wir sämtliche Diäten einfach abschaffen und die Parlamentarier und Parlamentarierinnen dieses Landtages ihren politischen Dienst ohne jede Entschädigung versehen. Ich bin gespannt, wie viele Leute ich von denen, die hier heute sitzen, wiedersehen würde.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn man Verträge mit anderen Ländern macht, kann man sich das leisten, Herr Kollege!)

Ich halte diese Argumentation für unglaublich populistisch, Frau Kollegin Heinold.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Sie wäre für mich glaubwürdiger, wenn Frau Fröhlich anschließend käme und mir erklärte, wie viele grüne Abgeordnete ohne Funktionszulage sind. Das würde ich gern wissen. Vielleicht gibt es ja welche. Eine Fraktion, die alle **Funktionszulagen** in Anspruch nimmt und deren Vertreterin oder Vertreter sich hier hinstellt und so redet, wie Sie das getan haben, Frau Heinold, ist für mich unglaubwürdig.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im übrigen möchte ich einigen von Ihnen, die einen bürgerlichen Beruf vielleicht nicht ausüben, sagen, daß das hier kein Gehalt oder kein Lohn ist, sondern eine **Entschädigung**. Es gibt beispielsweise in diesem Parlament - auch bei den Sozialdemokraten - Freiberufler, die ihr Büro besetzen müssen. Die Kollegin Aschmoneit-Lücke und ich beispielsweise müssen jemanden einstellen dafür, daß wir hier tätig sind, der Geld kostet.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich auch!)

- Frau Fröhlich, möglicherweise sind die, die Sie einstellen müssen, preiswerter als die, die wir einstellen müssen,

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

weil diejenigen, die wir einstellen müssen, eine gewisse Grundqualifikation haben müssen.

(Ursula Kähler [SPD]: Glauben Sie, daß die anderen Menschen keine Grundqualifikation haben?)

- Frau Kähler, versuchen Sie doch einmal, einen Anwalt für 2300 DM zu bekommen. Wenn Sie das schaffen, stelle ich den gern ein. Das ist leider nicht möglich.

Wenn Sie wollen, daß dieses Parlament weiter von weiten Bevölkerungskreisen entvölkert wird und künftig nur noch Realschullehrerinnen und -lehrer und Leute vergleichbarer Gehaltsstufen hier sitzen, müssen Sie so weitermachen. Das ist dann aber kein Parlament, wie der Gesetzgeber sich das vorgestellt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Fraktion empfindet die **Vorschläge des Präsidenten** als äußerst maßvoll, um das vorsichtig zu formulieren. Ich will die Abgeordneten dieses Landtages nur daran erinnern, daß eine Parkplatzgebühr von netto 50 DM im Monat für die Parkplätze, die wir hier nutzen müssen, ins Haus steht. Das frißt die Diätenerhöhung netto völlig auf.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Bahn! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kommen Sie mit der Bahn, Herr Kubicki, das ist viel billiger!)

- Herr Hentschel, wenn Sie es schaffen, daß von Strande hierher eine Bahn fährt, garantiere ich Ihnen, daß ich mit der Bahn von Strande nach Kiel komme. Aber das werden nicht einmal Sie schaffen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Machen wir, Herr Kubicki! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kubicki-

Methode: Wenn das nur nicht mir geschieht, dann ja!)

- Herr Hentschel, es mag sein, daß sich Ihre Parlamentarismusvorstellungen auf einem Gehaltsniveau von 2000 DM oder 4000 DM realisieren lassen. Das ist nicht der Parlamentarismus, nicht die Demokratie, die ich mir vorstelle. Ich werde überall dafür werben, daß Sie dafür nicht die Mehrheiten bekommen - nicht nur in dieser Frage, sondern auch in anderen Fragen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Daran sind Sie ziemlich gescheitert!)

Meine Fraktion wird die Vorschläge des Präsidenten unterstützen, schon allein deshalb, Herr Hentschel, weil wir die Sozialdemokraten nicht allein im Regen stehenlassen wollen. Frau Heinold, was Sie an uns gerichtet gesagt haben, können Sie gern auch an Ihren Regierungspartner richten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mir kommen die Tränen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die vorgeschlagene Änderung des Abgeordnetengesetzes hat zu einer Welle des Protestes in den Medien geführt.

(Meinhard Füllner [CDU]: Das stimmt doch gar nicht!)

Es hat ja auch in früheren Jahren unschöne Geschichten zum Thema Diätenerhöhung gegeben. Aber vielleicht spielt in diesem Zusammenhang nicht zuletzt auch die

Presseerklärung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Rolle; denn sie haben bekanntlich im Vorfeld unserer heutigen Debatte angekündigt, einer **Anhebung der Diäten** nicht zustimmen zu wollen. Die Begründung war, man könne den Bürgern nicht abverlangen, den Gürtel enger zu schnallen, wenn man den eigenen Gürtel um ein Loch erweitere. Das ist natürlich ein ernstzunehmender Einwand.

Was ich aber angesichts des Protests der Bündnisgrünen nicht verstehen kann und was ich wirklich vermisste, sind die Änderungsanträge zur vorgeschlagenen Gesetzesänderung.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wenn Sie so vehement gegen die Anpassung unseres Lohnes eintreten, ist nicht ganz zu verstehen, weshalb Sie nicht andere Vorschläge gemacht haben und versuchen, die Abgeordneten hiervon zu überzeugen. Ich verstehe auch nicht, warum Sie im Vorfeld der Landtagssitzung nicht versucht haben, im Ältestenrat ein Gespräch mit dem Landtagspräsidenten herbeizuführen; Möglichkeiten hat es ja gegeben.

Ich denke, daß wir die **Grundentschädigung** einmal getrennt von sonstigen Entschädigungen betrachten sollten. Diese Grundentschädigung soll um 1,5 % erhöht werden; das sind 110 DM im Monat. Wenn wir uns einmal vor Augen führen, daß die Tarifabschlüsse zwischen ÖTV und Arbeitgebern für 1997 1,7 % betragen und die Deutsche Angestelltengewerkschaft 1,3 % ausgehandelt hat, dann ist für mich nicht ganz zu erkennen, worin hier die Maßlosigkeit liegen soll.

(Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Ich verstehe die Haltung der Bündnisgrünen in diesem Punkt nicht. Hätten wir heute das

Wort „Populismus“ nicht schon so arg strapaziert, dann wäre mir das Wort an dieser Stelle wieder eingefallen; denn dadurch wird doch nur die Stimmung gegen Politiker angeheizt.

Ich meine, wir sollten uns alle darin einig sein, daß Politiker für ihre Arbeit auch angemessen bezahlt werden müssen. 1,5 % als Ausgleich für Preissteigerungen sind angemessen und nicht überzogen. 18 Jahre lang hat meine dänische Gewerkschaft für mich Tarifabschlüsse ausgehandelt. Ich hatte diesbezüglich nie ein schlechtes Gewissen. Gleichzeitig habe ich mich in all den Jahren als SSW-Mitglied aktiv dafür eingesetzt, daß wir eine Steuer- und Finanzpolitik bekommen, die dazu beiträgt, daß der Unterschied zwischen Arm und Reich in unserer Gesellschaft verringert wird. Das ist doch der Punkt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Wir können doch nicht so verschleierte, verschwommene Diskussionen führen. Das erinnert mich an eine Sache, die neulich passierte; ich möchte das einmal zum besten geben.

Ich bekam einen Anruf

(Zurufe: Oh!)

- ja, das kommt vor - und wurde gefragt, ob ich an einem Gebetsfrühstück teilnehmen wollte. Ich wußte gar nicht, was das ist. Mir wurde erklärt, so etwas gebe es inzwischen im Bundestag. Man habe das aus den USA importiert; denn häufig, sagte man mir, sei es doch so, daß wir als Politiker nur noch beten könnten, wozu ich sagte: Nein, in einer solchen Situation befinde ich mich nie. Ich will gerne beten. Aber wenn ich Politik mache, dann will ich handeln und etwas bewegen. Dann will ich doch keine Gebetsfrühstücke machen und auch keine verschwommenen Diskussionen.

Also, der SSW begrüßt ausdrücklich, daß hinsichtlich des Übergangsgeldes und der Altersentschädigung die **Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts** abgewartet werden soll; das ist klar. Ich denke, für uns alle steht fest, daß wir uns voll und ganz an das Ergebnis dieser Entscheidung halten werden.

In dem **Bericht des Landtagspräsidenten** werden Argumente dafür angeführt, daß die zusätzlichen Entschädigungen um 1,5 % angehoben werden sollten. Ich kann dieser Argumentation folgen. Wir werden auch dieser Sache zustimmen. Sollte es jedoch gravierende Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der zusätzlichen Entschädigungen geben, dann könnten wir uns sicherlich im Ausschuß darauf verständigen, von diesen Veränderungen abzusehen. Ich meine, wir müssen uns mit der Sache befassen. Was vorgeschlagen worden ist, ist angemessen und nicht überzogen.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Ich möchte zunächst in der Loge unsere früheren Kollegen Frau Hamer und Herrn Solterbeck herzlich begrüßen.

(Beifall)

Ich stelle fest, daß der Landtag von dem Bericht des Herrn Landtagspräsidenten Kenntnis genommen hat.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf dem Innen- und Rechtsausschuß zur weiteren Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Das ist gegen die Stimmen

113

der Abgeordneten von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Frau Tengler, Herrn Eichelberg und Frau Strauß so beschlossen.

Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, die Sitzung an dieser Stelle zu beenden, da noch Folgeveranstaltungen stattfinden. Wir werden die Beratungen morgen um 10.00 Uhr mit dem Tagesordnungspunkt 10 - Einsetzung einer Enquetekommission „Chancen und Risiken der Gentechnologie“ - fortsetzen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.
Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß: 17.47 Uhr